



Bundesministerium  
der Finanzen

Das Ministerium



# Monatsbericht des BMF Mai 2008





# Monatsbericht des BMF

## Mai 2008



# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial .....</b>	<b>7</b>
<b>Übersichten und Termine .....</b>	<b>9</b>
Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2008 .....	30
Termine .....	32
<b>Analysen und Berichte .....</b>	<b>35</b>
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2008 .....	37
Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2008 .....	43
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2008 .....	55
13. Nordisch-Baltische Finanzministerkonferenz am 17./18. April 2008 in Hamburg .....	59
Frühjahrstagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzministertreffen in Washington D.C. ....	67
<b>Statistiken und Dokumentationen .....</b>	<b>71</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	74
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	98
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	102

## Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

derzeit erleben wir eine rege Diskussion um neue Steuerkonzepte und viele Forderungen nach Steuersenkungen. Die Ergebnisse der Steuerschätzung vom Mai in Meißen liegen nunmehr vor und zeichnen ein positives Bild von den Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte. Bund, Länder und Gemeinden verzeichnen – trotz der weltweiten Krisenerscheinungen auf den Finanzmärkten – kontinuierliche Steuerzuwächse. Die positive gesamtwirtschaftliche Lage hilft auch, Einnahmeausfälle durch die zu Beginn des Jahres in Kraft getretene Unternehmensteuerreform teilweise zu kompensieren. So liegt das Körperschaftsteueraufkommen für das 1. Quartal 2008 nur um 700 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Sind vor diesem Hintergrund Forderungen nach Steuersenkungen nicht gerechtfertigt?

Zeichnen wir das Bild zu Ende: Schulden von mehr als 1500 Mrd. € lasten auf den öffentlichen Haushalten. Die Ausgaben des Bundes für Zinsen erreichten in den ersten drei Monaten 2008 bereits 14,7 Mrd. €. Das ist annähernd das 15-fache der Ausgaben für das Elterngeld im gleichen Zeitraum. Grundsätzlich gilt: Der Preis für höhere Schulden ist eine höhere Zinslast. Das schränkt Haushaltsspielräume ein, zum Beispiel für wichtige Investitionen in Bildung oder den Erhalt der Infrastruktur. Höhere Schulden sind auch die Steuern von morgen und damit eine Last, die wir zukünftigen Generationen aufbürden.

Die Bundesregierung hat in diesem Jahr bereits eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, die Bürger und Unternehmen entlasten. Dazu gehören die Unternehmensteuerreform mit einer deutlichen Absenkung der Körperschaftsteuersätze und die zweite deutliche Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung seit 2006 auf jetzt nur noch 3,3 %. Das wird Investitionen und Beschäftigung in Deutschland fördern. Die



deutliche Anhebung der Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) verbessert die Bedingungen für eine breitere Hochschulbildung. Das stärkt Deutschlands langfristiges Wachstumspotenzial. Alle diese Maßnahmen sind wichtig und richtig, gleichzeitig belasten sie jedoch auch die öffentlichen Haushalte. Spielraum für zusätzliche Steuerentlastungen gibt es daher derzeit nicht, wenn Deutschland den Weg aus der Schuldenfalle schaffen will.

Trotz einer guten Einnahmensituation wird sich der Bund 2008 weiter neu verschulden. Wegen der Steuerentlastungen wird auch das Defizit des Gesamtstaats wieder leicht steigen. Das wirkt in der erwarteten konjunkturellen Abkühlung stützend. Allerdings: Es ist lediglich mit einer leichten Dämpfung der konjunkturellen Dynamik zu rechnen; voraussichtlich setzt sich der Aufschwung weiter fort. Zusätzliche Steuerentlastungen über die bereits beschlossenen Maßnahmen hinaus würden zu einer pro-zyklischen Fiskalpolitik führen und die Chance einer durchgreifenden und nachhaltigen Haushaltssanierung vereiteln. In der Vergangenheit hat es die Politik allzu oft gerade in Phasen des Wirtschaftsaufschwungs verpasst, Schulden abzubauen, und war später im Abschwung gezwungen, zusätzlich zu sparen. Dies hat wirtschaftliche Schwächephasen verlängert und die Konsolidierung schmerzhafter gemacht. Diesmal sollte die Politik die Chance nicht verpassen, den Aufschwung konsequent zur Konsolidierung zu nutzen.

Vergegenwärtigt man sich dieses Gesamtbild, dann steht die Schlussfolgerung nach dem

Ergebnis der Steuerschätzung fest: Auf Basis der vorliegenden Beschlüsse und der gesamtwirtschaftlichen Lage ist das ehrgeizige Ziel, die Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt bis 2011 auf Null zu reduzieren, weiterhin erreichbar. Neue Finanzierungsspielräume für Steuersenkungen oder gar zusätzliche Ausgabenprogramme haben sich jedoch nicht ergeben.

Am 17. und 18. April 2008 fand in Hamburg eine Konferenz der Nordisch-Baltischen Finanzminister statt. Schwerpunktthemen waren Fragen der Bildungsfinanzierung und Chancen und Risiken von Staatsfonds. Mit Norwegen und Russland waren zwei Länder vertreten, die mit einem Staatsfonds operieren und dessen Funktion erläutern konnten.

Vom 11. bis 13. April 2008 trafen sich die Ministerausschüsse des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington D.C. Im Vorfeld kamen wie üblich die G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure zusammen. Hauptthemen waren die Finanzmarktkrise und die Risiken für das weltweite Wachstum angesichts steigender Öl- und Nahrungsmittelpreise. Die G7-Finanzminister indossierten ein 100-Tage-Programm zur Beseitigung von Schwachstellen

im Finanzsystem. Nicht zuletzt auf Initiative von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hatten die G7-Finanzminister bereits im Herbst den Auftrag erteilt, die Ursachen der Finanzmarkturbulenzen zu analysieren und Empfehlungen zu entwickeln. Die Reform des IWF ist mit den Entscheidungen zu Quoten- und Stimmrechtsverteilung und zur Finanzierung des IWF bei dem Treffen ein gutes Stück weitergekommen. Angesichts der zum Teil dramatischen Wirkungen des Nahrungsmittelpreisanstiegs auf Entwicklungsländer forderte der Ministerausschuss die Weltbank auf, gezielte Unterstützung bei der Bekämpfung von Unter- und Mangelernährung für die am stärksten betroffenen Länder zu leisten. Dazu gehören kurzfristig wirkende Hilfsmaßnahmen ebenso wie die Unterstützung bei einer langfristigen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.



Dr. Thomas Mirow  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen





## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	27
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2008 .....	30
Termine .....	32



## Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich April mit 99,5 Mrd. € um 3,2 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis (+ 3,3 %). Die Ausgabensteigerung des Bundeshaushalts ist neben höhe-

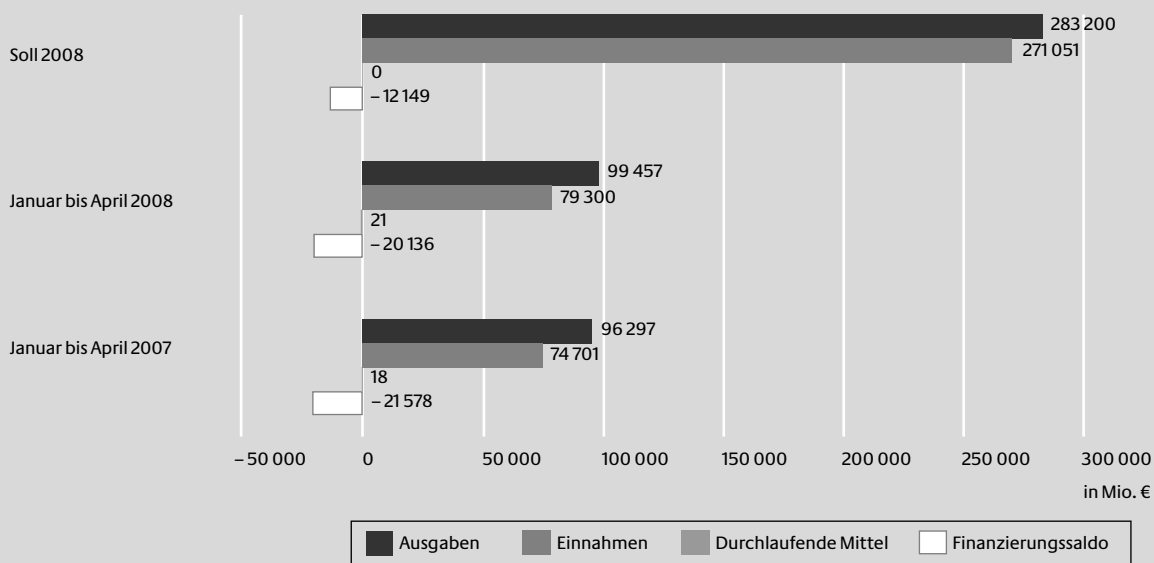
ren Zinszahlungen in erster Linie, wie auch in den Vormonaten, auf die in 2008 wieder aufgenommene Zahlung der Bundeszuschüsse an die Postbeamtenversorgungskasse zurückzuführen.

### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2008	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis April 2008
Ausgaben (Mrd. €)	283,2	99,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,7	3,3
Einnahmen (Mrd. €)	271,1	79,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	6,0	6,2
Steuereinnahmen (Mrd. €)	238,0	67,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,4	4,5
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 12,1	- 20,1
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 31,1
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	- 11,9	10,9

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse.

### Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 79,3 Mrd. € um 4,6 Mrd. € (+ 6,2 %). Dabei beruht die höhere Gesamtentwicklung der Einnahmen hauptsächlich auf den im Vergleich zum entsprechenden Vorjahres-

zeitraum um 2,9 Mrd. € (+ 4,5 %) gestiegenen Steuereinnahmen. Hierzu trugen in erster Linie Mehreinnahmen bei den Gemeinschaftsteuern bei. Die Verwaltungseinnahmen legten im Vergleich mit dem Zeitraum von Januar bis

## Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis April 2008		Ist-Entwicklung Januar bis April 2007		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	49 353	50 045	16 542	16,6	16 141	16,8	2,5
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 373	4 985	2 227	2,2	1 985	2,1	12,2
Verteidigung	28 540	29 299	9 743	9,8	9 171	9,5	6,2
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 930	6 043	1 939	1,9	2 601	2,7	- 25,5
Finanzverwaltung	3 093	3 471	933	0,9	921	1,0	1,3
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 837	13 758	3 718	3,7	3 637	3,8	2,2
BAföG	1 092	1 297	504	0,5	477	0,5	5,7
Forschung und Entwicklung	7 146	7 835	1 611	1,6	1 632	1,7	- 1,3
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	139 751	140 322	51 448	51,7	50 322	52,3	2,2
Sozialversicherung	75 520	75 664	30 421	30,6	30 479	31,7	- 0,2
Arbeitslosenversicherung	6 468	7 583	2 528	2,5	2 156	2,2	17,3
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 679	34 895	11 414	11,5	11 906	12,4	- 4,1
darunter: Arbeitslosengeld II	22 654	20 880	7 561	7,6	7 989	8,3	- 5,4
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 332	3 900	1 319	1,3	1 456	1,5	- 9,4
Wohngeld	876	1 000	133	0,1	188	0,2	- 29,3
Erziehungsgeld	2 001	474	332	0,3	874	0,9	- 62,0
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 513	2 332	896	0,9	975	1,0	- 8,1
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	853	999	254	0,3	220	0,2	15,5
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 743	1 771	471	0,5	518	0,5	- 9,1
Wohnungswesen	1 225	1 223	387	0,4	451	0,5	- 14,2
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 605	5 975	2 628	2,6	2 418	2,5	8,7
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 023	711	232	0,2	167	0,2	38,9
Kohlenbergbau	1 772	1 900	1 817	1,8	1 698	1,8	7,0
Gewährleistungen	697	1 065	150	0,2	135	0,1	11,1
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 802	11 149	2 980	3,0	2 810	2,9	6,0
Straßen (ohne GVFG)	5 871	7 296	1 141	1,1	1 023	1,1	11,5
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 904	15 319	2 650	2,7	2 315	2,4	14,5
Bundeseisenbahnvermögen	5 263	5 054	495	0,5	1 507	1,6	- 67,2
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 965	3 719	590	0,6	725	0,8	- 18,6
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 601	43 862	18 766	18,9	17 916	18,6	4,7
Zinsausgaben	38 721	41 818	18 146	18,2	17 609	18,3	3,0
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>270 450</b>	<b>283 200</b>	<b>99 457</b>	<b>100,0</b>	<b>96 297</b>	<b>100,0</b>	<b>3,3</b>

einschließlich April 2007 um 1,7 Mrd. € (+ 17,3 %) zu. Im Wesentlichen haben hierzu der erstmalig in diesem Jahr von der Bundesanstalt für Arbeit an den Bund zu leistende Eingliederungsbeitrag sowie höhere Privatisierungserlöse beigetragen.

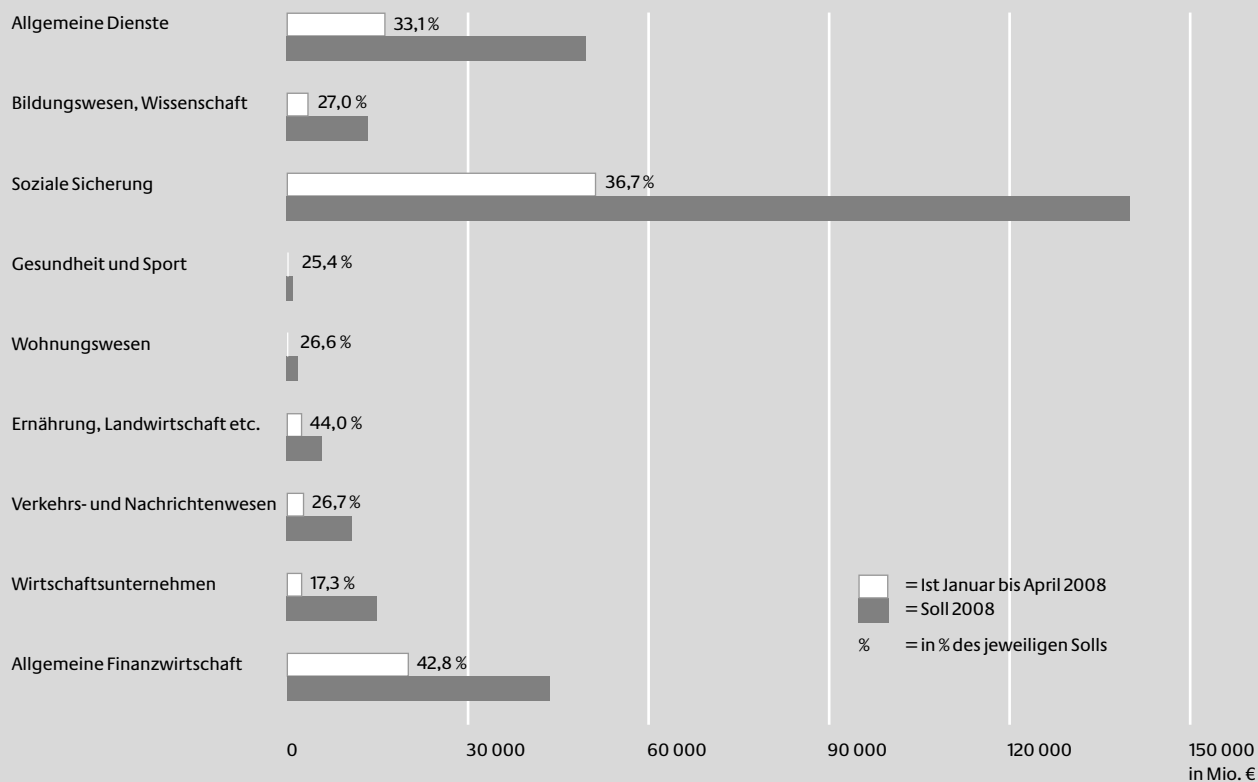
Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo in Höhe von – 20,1 Mrd. € und den einzelnen Positionen der Finanzierungsübersicht lassen sich

keine belastbaren Vorhersagen zum weiteren Jahresverlauf ableiten. Der dargestellten Nettotilgung in Höhe von 10,9 Mrd. € steht ein kassenmäßiger Fehlbetrag in Höhe von – 31,1 Mrd. € gegenüber. Die Aussagekraft der Zahlen für das Jahr 2008 ist auch mit dem Ergebnis einschließlich April noch gering.

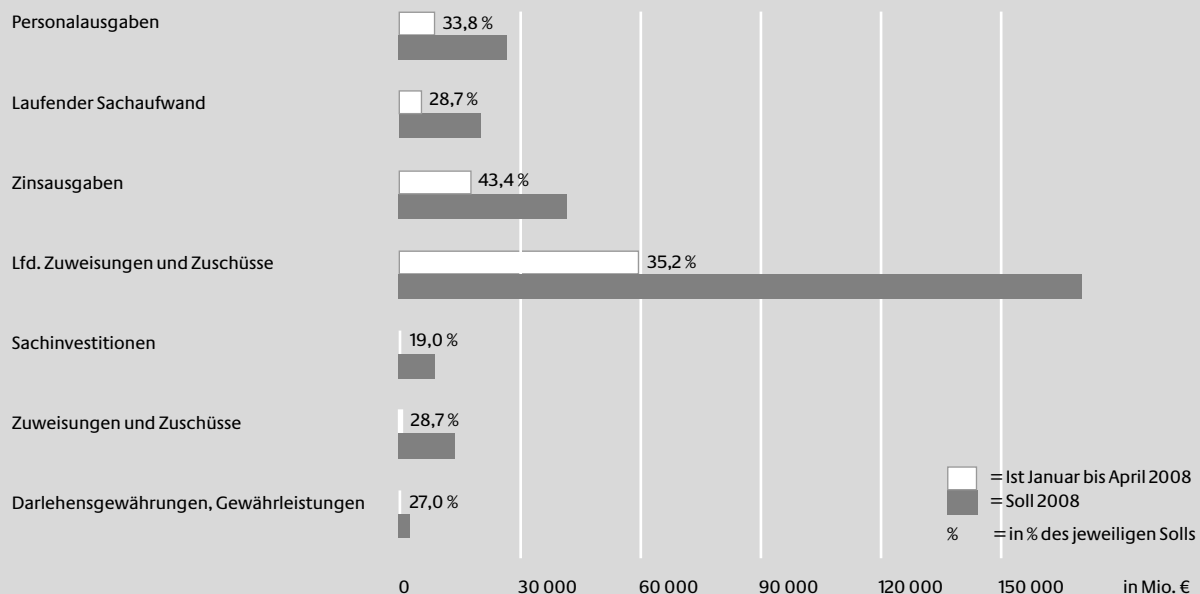
## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis April 2008		Ist-Entwicklung Januar bis April 2007		Veränderung ggü. Vorjahr
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	in %
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>244 235</b>	<b>258 509</b>	<b>92 776</b>	<b>93,3</b>	<b>90 000</b>	<b>93,5</b>	<b>3,1</b>
Personalausgaben	26 038	26 762	9 035	9,1	9 034	9,4	0,0
Aktivbezüge	19 662	20 276	6 644	6,7	6 648	6,9	– 0,1
Versorgung	6 376	6 486	2 391	2,4	2 386	2,5	0,2
Laufender Sachaufwand	18 757	19 778	5 680	5,7	5 073	5,3	12,0
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 365	1 473	371	0,4	307	0,3	20,8
Militärische Beschaffungen	8 908	9 581	2 921	2,9	2 282	2,4	28,0
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 723	2 388	2,4	2 484	2,6	– 3,9
Zinsausgaben	38 721	41 818	18 146	18,2	17 609	18,3	3,0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	160 352	169 769	59 772	60,1	58 130	60,4	2,8
an Verwaltungen	14 003	14 463	3 370	3,4	4 292	4,5	– 21,5
an andere Bereiche	146 349	155 307	56 497	56,8	54 001	56,1	4,6
darunter:							
Unternehmen	15 399	23 740	7 004	7,0	5 331	5,5	31,4
Renten, Unterstützungen u.a.	29 123	28 276	10 365	10,4	10 047	10,4	3,2
Sozialversicherungen	97 712	98 521	37 566	37,8	37 251	38,7	0,8
Sonstige Vermögensübertragungen	367	382	142	0,1	153	0,2	– 7,2
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>26 215</b>	<b>24 658</b>	<b>6 680</b>	<b>6,7</b>	<b>6 297</b>	<b>6,5</b>	<b>6,1</b>
Finanzierungshilfen	19 312	17 385	5 301	5,3	5 069	5,3	4,6
Zuweisungen und Zuschüsse	16 580	13 924	3 993	4,0	3 888	4,0	2,7
Darlehensgewährungen,							
Gewährleistungen	2 100	2 717	733	0,7	683	0,7	7,3
Erwerb von Beteiligungen,							
Kapitaleinlagen	632	744	574	0,6	497	0,5	15,5
Sachinvestitionen	6 903	7 273	1 380	1,4	1 229	1,3	12,3
Baumaßnahmen	5 478	5 783	1 072	1,1	958	1,0	11,9
Erwerb von beweglichen Sachen	909	1 010	206	0,2	199	0,2	3,5
Grunderwerb	516	480	102	0,1	71	0,1	43,7
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>	<b>32</b>	<b>0</b>		<b>0</b>		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>270 450</b>	<b>283 200</b>	<b>99 457</b>	<b>100,0</b>	<b>96 297</b>	<b>100,0</b>	<b>3,3</b>

## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis April 2008



## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis April 2008



## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis April 2008		Ist-Entwicklung Januar bis April 2007		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>I. Steuern</b>	<b>230 043</b>	<b>237 955</b>	<b>67 867</b>	<b>85,6</b>	<b>64 958</b>	<b>87,0</b>	<b>4,5</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	184 262	191 705	58 388	73,6	54 190	72,5	7,7
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	89 886	93 953	27 337	34,5	23 924	32,0	14,3
davon:							
Lohnsteuer	56 005	59 925	17 352	21,9	15 979	21,4	8,6
veranlagte Einkommensteuer	10 628	12 687	1 997	2,5	599	0,8	233,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6 878	7 083	2 898	3,7	2 338	3,1	24,0
Zinsabschlag	4 918	5 317	2 794	3,5	2 196	2,9	27,2
Körperschaftsteuer	11 455	8 941	2 296	2,9	2 811	3,8	- 18,3
Steuern vom Umsatz	92 755	96 601	30 861	38,9	30 076	40,3	2,6
Gewerbesteuerumlage	1 621	1 151	191	0,2	190	0,3	0,5
Energiesteuer	38 955	40 335	7 767	9,8	7 366	9,9	5,4
Tabaksteuer	14 254	14 050	3 657	4,6	4 135	5,5	- 11,6
Solidaritätszuschlag	12 349	12 800	4 122	5,2	3 768	5,0	9,4
Versicherungsteuer	10 331	10 540	5 147	6,5	5 110	6,8	0,7
Stromsteuer	6 355	6 600	2 014	2,5	2 256	3,0	- 10,7
Branntweinabgaben	1 962	2 163	763	1,0	562	0,8	35,8
Kaffeesteuer	1 086	980	321	0,4	404	0,5	- 20,5
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 933	- 14 721	- 3 603	- 4,5	- 3 706	- 5,0	- 2,8
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 337	- 16 240	- 6 775	- 8,5	- 5 418	- 7,3	25,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 929	- 4 100	- 1 893	- 2,4	- 1 598	- 2,1	18,5
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 710	- 6 610	- 2 225	- 2,8	- 2 237	- 3,0	- 0,5
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>25 675</b>	<b>33 096</b>	<b>11 433</b>	<b>14,4</b>	<b>9 743</b>	<b>13,0</b>	<b>17,3</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 307	4 385	4 062	5,1	3 559	4,8	14,1
Zinseinnahmen	924	702	187	0,2	197	0,3	- 5,1
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	6 694	12 534	1 792	2,3	1 621	2,2	10,5
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>255 718</b>	<b>271 051</b>	<b>79 300</b>	<b>100,0</b>	<b>74 701</b>	<b>100,0</b>	<b>6,2</b>

## Steuereinnahmen von Bund und Ländern im April 2008

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Berichtsmonat um +5,2 % gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern (+6,0 %) und die Ländersteuern (+7,8 %) nahmen deutlich zu. Auch die Bundessteuern (+1,7 %) verzeichneten einen Zuwachs.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis April 2008 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum beträgt +6,9 %. Die neue Steuerschätzung sieht für das Gesamtjahr 2008 einen Zuwachs von +3,8 % vor.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) lagen im April 2008 um +3,0 % über dem Niveau des Vorjahres. Für den Zeitraum Januar bis April 2008 wird eine kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen des Bundes von +4,4 %<sup>1</sup> ausgewiesen. Für den Bund erwartet die aktuelle Steuerschätzung im Jahre 2008 einen Zuwachs von +3,6 %.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer übertrafen im April 2008 das Vorjahresergebnis um +8,3 %. Damit hat sich der Zuwachs im Vergleich zu den ersten drei Monaten des Jahres noch

beschleunigt (Januar +7,2 %, Februar +7,8 %, März +8,0 %). Impulse dafür lieferte in erster Linie der Arbeitsmarkt, der mit einer deutlichen Expansion der Beschäftigung von der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung profitiert. Verminderungen beim ausgezahlten Kindergeld spielten weiter eine nicht unerhebliche Rolle.

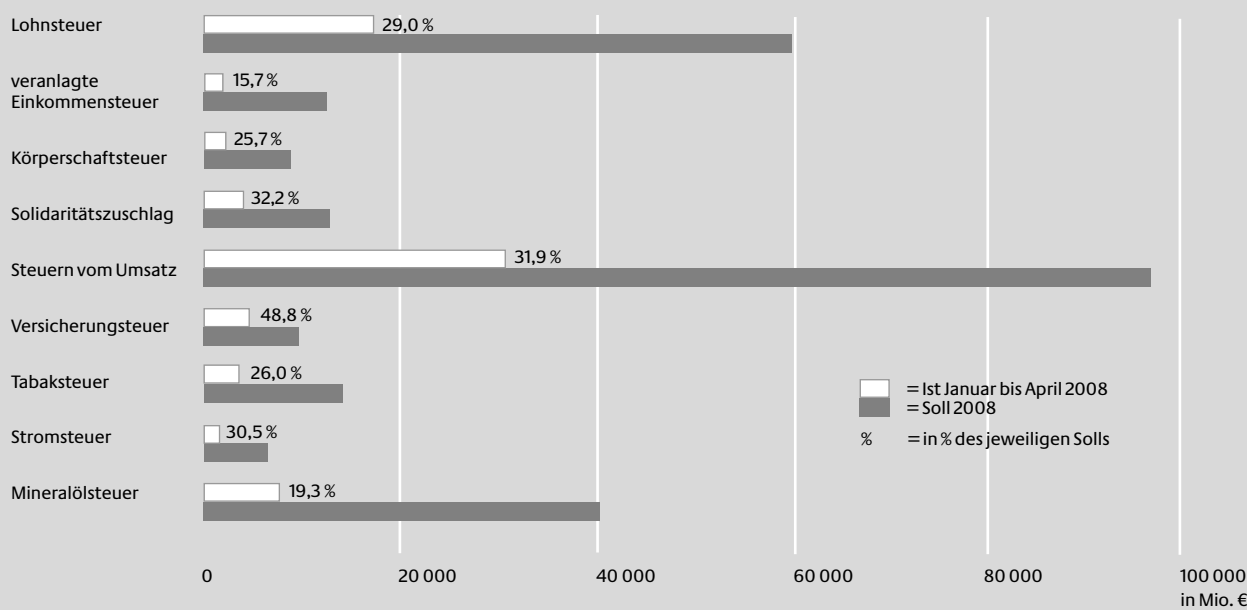
Bei der veranlagten Einkommensteuer ergab sich im Vorjahresvergleich ein Plus von rund +430 Mio. €, was einem Zuwachs von +74,0 % entspricht. Dieser Zuwachs ist nicht wie in den Vormonaten auf niedrigere Abzugsbeträge (Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer, Eigenheimzulage) zurückzuführen, sondern auf höhere Vorauszahlungen.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer lagen um rd. 340 Mio. € unter dem im Vorjahr erzielten Ergebnis. Während Vorauszahlungen und Nachzahlungen etwas zurückgingen, waren im April höhere Erstattungen zu verzeichnen als im Vorjahresmonat.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag war mit +42,2 % ein sehr hoher Anstieg festzustellen, der das kräftige Plus vom 1. Vierteljahr (+10,2 %) noch einmal deutlich übertraf. Allerdings hängen die Resultate hier immer auch von den Entscheidungen der Kapitalgesellschaften über ihre Ausschüttungstermine ab und sind

<sup>1</sup> Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. S. 18, Fußnote 1).

### Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis April 2008





entsprechenden Zufallsschwankungen unterworfen. Auch beim Zinsabschlag fiel der Zuwachs mit +18,2% zweistellig aus, obwohl sich die Kürzung des Sparer-Freibetrags darin nicht mehr aufkommenssteigernd niederschlägt.

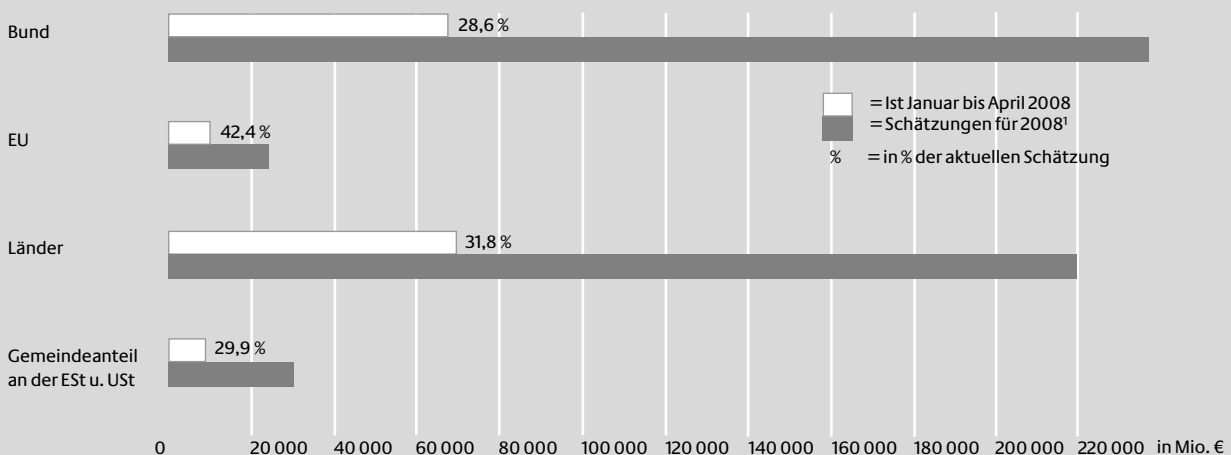
Gänzlich anders sieht das Bild bei den Steuern vom Umsatz aus, deren Aufkommen sich gemessen am Vorjahr um –1,4% verminderte. Dahinter stand bei der Einfuhrumsatzsteuer zwar noch ein Plus (+3,6% gegenüber April 2007), bei der Umsatzsteuer aber ein umso deutlicheres Minus (–3,3%). Es ist nicht auszuschließen, dass Unregelmäßigkeiten des Kalenders – wie die veränderte Lage von Feiertagen – dafür mit maßgeblich gewesen sind. Angesichts der positiven Beschäftigungsentwicklung und der vereinbarten Lohnzuwächse ist im weiteren Verlauf des Jahres mit einer Verbesserung der Einnahmeentwicklung bei der Umsatzsteuer zu rechnen.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern lag um +1,7% über dem Ergebnis des Vorjahres, veränderte sich in der Summe also nur wenig. Blickt man auf die dahinter stehende Entwicklung bei den Einzelsteuern, gilt die Feststellung einer annähernden Konstanz allerdings nur für die Versicherungssteuer (+0,1%). Bei den übrigen

Steuern zeigt sich ein differenziertes Bild, wobei der Zuwachs beim Solidaritätszuschlag (+13,5%) die positive Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen spiegelt. Im Falle der Energiesteuer war im April verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Zuwachs um +9,6% zu beobachten (Energiesteuer auf Heizöl +4,5%, Energiesteuer auf Erdgas +23,5%). Damit stellt sich die Einnahmensituation hier – wie schon im März – merklich günstiger als in den ersten beiden Monaten des Jahres dar. Bei der Tabaksteuer (–8,9%), der Branntweinsteuer (–6,6%) und insbesondere der Stromsteuer (–23,3%) ergab sich im April dagegen ein kräftiges Minus.

Bei den reinen Ländersteuern stieg das Aufkommen insgesamt um +7,8%. Bei der Grunderwerbsteuer wurde das Minus aus dem 1. Quartal von einem annähernden Verharren auf dem Niveau des Vorjahres (April +0,7%) abgelöst. Eindeutig im positiven Bereich lagen die Veränderungsraten bei der Erbschaftsteuer (+22,7%) und bei der Kraftfahrzeugsteuer (+10,1%). Dagegen gingen bei der Biersteuer (–3,5%) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (–2,5%) die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr zurück.

## Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis April 2008



<sup>1</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (Mai 2008).

## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2008	April	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis April	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2008 <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	11 305	8,3	44 098	7,8	141 700	7,5
veranlagte Einkommensteuer	1 012	74,0	4 680	X	30 050	20,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 707	42,2	5 762	23,2	14 630	6,1
Zinsabschlag	944	18,2	6 351	27,2	12 635	13,0
Körperschaftsteuer	- 154	X	4 573	- 18,7	18 840	- 17,8
Steuern vom Umsatz	12 818	- 1,4	57 112	3,8	176 200	3,9
Gewerbesteuerumlage	506	- 14,8	674	- 2,4	2 775	- 27,9
erhöhte Gewerbesteuerumlage	595	8,3	724	19,4	2 828	- 9,5
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>29 734</b>	<b>6,0</b>	<b>123 973</b>	<b>8,8</b>	<b>399 658</b>	<b>4,8</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Energiesteuer	3 099	9,6	7 767	5,4	39 900	2,4
Tabaksteuer	1 111	- 8,9	3 657	- 11,6	13 420	- 5,9
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	136	- 6,6	762	35,9	2 160	10,3
Versicherungsteuer	607	0,1	5 147	0,7	10 400	0,7
Stromsteuer	467	- 23,3	2 014	- 10,7	6 350	- 0,1
Solidaritätszuschlag	930	13,5	4 122	9,4	12 950	4,9
übrige Bundessteuern	112	- 10,0	506	- 4,6	1 451	- 2,5
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>6 461</b>	<b>1,7</b>	<b>23 976</b>	<b>1,0</b>	<b>86 631</b>	<b>1,1</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	412	22,7	1 500	0,9	4 270	1,6
Grunderwerbsteuer	545	0,7	2 221	- 6,2	6 360	- 8,5
Kraftfahrzeugsteuer	826	10,1	3 415	0,9	8 690	- 2,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	130	- 2,5	566	3,0	1 682	- 1,1
Biersteuer	53	- 3,5	221	- 0,6	760	0,4
sonstige Ländersteuern	19	- 25,5	176	- 3,3	320	- 1,3
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 986</b>	<b>7,8</b>	<b>8 100</b>	<b>- 1,2</b>	<b>22 082</b>	<b>- 3,3</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	305	- 13,3	1 284	- 2,2	4 240	6,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	316	30,8	1 893	18,4	4 300	9,4
BNE-Eigenmittel	1 327	27,0	6 775	25,0	14 910	4,0
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 947</b>	<b>18,9</b>	<b>9 953</b>	<b>19,5</b>	<b>23 450</b>	<b>5,4</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>17 193</b>	<b>3,0</b>	<b>68 100</b>	<b>4,4</b>	<b>238 333</b>	<b>3,6</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>17 129</b>	<b>5,3</b>	<b>70 061</b>	<b>6,9</b>	<b>220 031</b>	<b>3,2</b>
<b>EU</b>	<b>1 947</b>	<b>18,9</b>	<b>9 953</b>	<b>19,5</b>	<b>23 450</b>	<b>5,4</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>2 217</b>	<b>10,3</b>	<b>9 219</b>	<b>14,5</b>	<b>30 797</b>	<b>9,0</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>38 485</b>	<b>5,2</b>	<b>157 332</b>	<b>6,9</b>	<b>512 611</b>	<b>3,8</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2008.

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

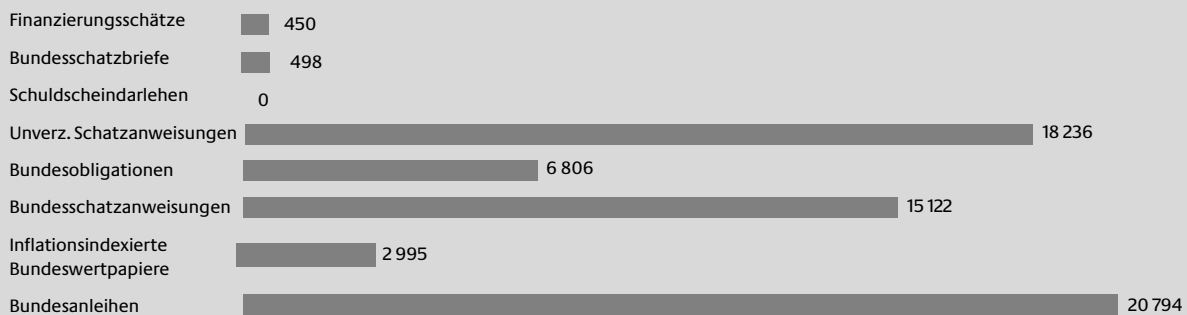
## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen stiegen im April gegenüber März leicht. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende März bei 3,91 % lag, notierte Ende April bei 4,13 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – stiegen von 4,73 % Ende März auf 4,86 % Ende April. Die Europäische Zen-

tralbank hatte zuletzt am 6. Juni 2007 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 13. Juni liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,00 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 3,00 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 5,00 %.

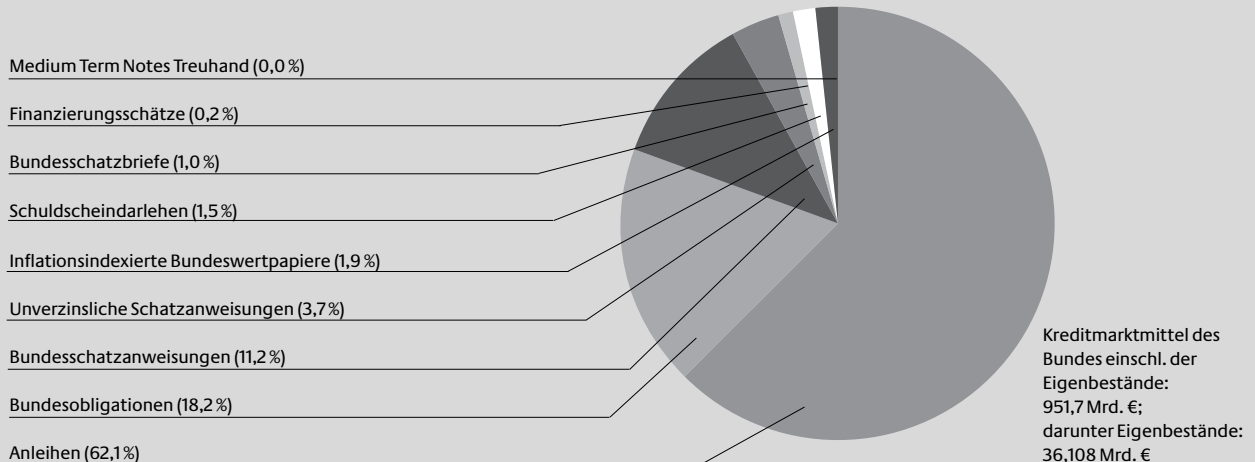
Die europäischen Aktienmärkte erholten sich im April; der Deutsche Aktienindex verbesserte

## Kreditaufnahme des Bundes bis März 2008 in Mio. €<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.  
Nachrichtlich: Kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 3 759 Mio. €.

## Kreditmarktmittel des Bundes per 31. März 2008



sich von 6 535 auf 6 949 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 3 628 auf 3 825 Punkte (Monatsendstände).

### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet lag im März bei 10,3 % (nach 11,3 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Januar 2008 bis März 2008 betrug 11,1 %, verglichen mit 11,4 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Februar auf 12,1 % (nach 12,5 % im Vormonat). Die Grunddynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums bleibt damit unverändert kräftig. In Deutschland stieg die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 3,9 % im Februar 2008 auf 5,0 % im März 2008.

### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Der Bruttokreditbedarf des Bundes 2008 betrug bis einschließlich März 64,4 Mrd. €. Davon wurden 57 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders (1. Quartal 2008) umgesetzt. Darüber hinaus wurde die 2,25 %ige inflationsindexierte Obligation des Bundes – ISIN DE0001030518 – am 5. März 2008 im Tenderverfahren um 3 Mrd. € aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 3,8 Mrd. €).

Die im 2. Quartal 2008 zur Finanzierung des Bundeshaushalts geplanten Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Tabelle „Übersicht über die Emissionsvorhaben des Bundes im Jahr 2008 – 2. Quartal 2008“.

Die Tilgungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich im

## Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen im 1. Quartal 2008

### Tilgungen

Kreditart	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
	in Mrd. €			
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	15,6	–	–	15,6
Bundesobligationen	–	14,0	–	14,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	16,0	16,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,6
Bundesschatzbriefe	0,4	0,0	0,4	0,9
Finanzierungsschätze	0,3	0,2	0,2	0,7
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	1,0	0,3	0,2	1,5
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>23,2</b>	<b>20,4</b>	<b>22,7</b>	<b>66,3</b>

### Zinszahlungen

	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
	in Mrd. €			
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,7	0,8	1,2	15,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1. Quartal 2008 auf rund 66,3 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und des Sondervermögens

„Entschädigungsfonds“ belaufen sich im 1. Quartal 2008 auf rund 15,7 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2008

### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137214 WKN 113 721	Aufstockung	16. April 2008	2 Jahre fällig 12. März 2010 Zinslaufbeginn: 12. März 2008 erster Zinstermin: 12. März 2009	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141521 WKN 114 152	Aufstockung	7. Mai 2008	5 Jahre fällig 12. April 2013 Zinslaufbeginn: 28. März 2008 erster Zinstermin: 12. April 2009	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135358 WKN 113 535	Neuemission	28. Mai 2008	10 Jahre fällig 4. Juli 2018 Zinslaufbeginn: 30. Mai 2008 erster Zinstermin: 4. Juli 2009	ca. 8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137222 WKN 113 722	Neuemission	11. Juni 2008	2 Jahre fällig 11. Juni 2010 Zinslaufbeginn: 11. Juni 2008 erster Zinstermin: 11. Juni 2009	ca. 8 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141521 WKN 114 152	Aufstockung	18. Juni 2008	5 Jahre fällig 12. April 2013 Zinslaufbeginn: 28. März 2008 erster Zinstermin: 12. April 2009	ca. 5 Mrd. €
<b>2. Quartal 2008 insgesamt</b>				<b>ca. 33 Mrd. €</b>

### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115152 WKN 111 515	Neuemission	14. April 2008	6 Monate fällig 15. Oktober 2008	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115160 WKN 111 516	Neuemission	19. Mai 2008	6 Monate fällig 19. November 2008	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115178 WKN 111 517	Neuemission	16. Juni 2008	6 Monate fällig 10. Dezember 2008	ca. 6 Mrd. €
<b>2. Quartal 2008 insgesamt</b>				<b>ca. 18 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Bruttoinlandsprodukt im 1. Quartal überraschend stark angestiegen.
- Bruttoinvestitionen nahmen deutlich zu.
- Konsumausgaben erholten sich leicht.
- Im weiteren Jahresverlauf ist Verlangsamung der konjunkturellen Gangart zu erwarten.

Die deutsche Wirtschaft ist deutlich besser in dieses Jahr gestartet als allgemein erwartet. Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 15. Mai 2008 ist das Bruttoinlandsprodukt im 1. Quartal preis-, saison- und kalenderbereinigt um 1,5 % gegenüber dem 4. Quartal 2007 angestiegen. Die Wachstumsimpulse kamen im Vorquartalsvergleich ausschließlich aus dem Inland, wobei die Bruttoinvestitionen wesentliche Stütze des Wirtschaftswachstums waren. Die Konsumausgaben haben sich nach dem schwachen 4. Quartal 2007 zum Beginn dieses Jahres etwas erholt. Darauf deutete bereits nach einer spürbaren Aufwärtsrevision die Ausweitung der preis- und saisonbereinigten Einzelhandelsumsätze im 1. Quartal hin. Vom Außenbeitrag kamen – so das Statistische Bundesamt – Wachstumsimpulse nur im Vorjahresvergleich. Im Vorquartalsvergleich dürfte der Außenhandel das Wachstum gebremst haben.

Für den weiteren Verlauf dieses Jahres ist mit einer konjunkturellen Verlangsamung zu rechnen. Darauf deuten die weiter in die Zukunft reichenden Indikatoren hin: Die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen hat sich – vor allem aufgrund rückläufiger Auslandsbestellungen – deutlich abgeschwächt. Das Geschäftsklima kühlte sich merklich ab.

Die bis zuletzt deutliche Beschäftigungsexpansion hat das Lohnsteueraufkommen im April stark begünstigt (+ 8,3 % gegenüber dem Vorjahr; Januar bis April: + 7,8 % gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode). Das Umsatzsteueraufkommen ging im April dagegen

deutlich zurück (– 3,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat). Hierzu dürften vor allem Kalenderunregelmäßigkeiten – wie die veränderte Lage der Osterfeiertage – beigetragen haben.

Die Detailergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 1. Quartal werden zwar erst nach Redaktionsschluss am 27. Mai 2008 bekannt gegeben. Die vorhandenen Konjunkturindikatoren lassen aber bereits Entwicklungstendenzen der einzelnen Nachfrageaggregate erkennen.

Die Exportdynamik hat sich im 1. Quartal gegenüber dem Vorquartal spürbar verstärkt. So stiegen die nominalen Warenexporte in diesem Zeitraum saisonbereinigt um 2,4 % an, nach einem Plus von 1,1 % im 4. Quartal 2007 (jeweils gegenüber der Vorperiode). Das war vor allem auf die kräftige Zunahme im Januar zurückzuführen; im Februar und März sind die Ausfuhren dagegen leicht zurückgegangen. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde um 5,8 % überschritten. Nach Ländergruppen nahmen die Exporte in Drittländer im 1. Quartal im Vergleich zum Vorjahresquartal (+ 9,4 %) – trotz der Euroaufwertung gegenüber dem US-Dollar – mehr als dreimal so stark zu wie die Exporte in den Euroraum (+ 2,8 %). Die hohe Wachstumsdynamik in den asiatischen Schwellenländern dürfte die Exporte in Drittländer gestützt haben. Aber auch Ausfuhren in die USA legten wieder deutlich zu (bis Februar), nachdem sie im vergangenen Jahr rückläufig waren. Die Exportdynamik dürfte sich jedoch im weiteren Jahresverlauf aufgrund der verschlechterten außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (konjunkturelle

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2007 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			3.Q.07	4.Q.07	1.Q.08	3.Q.07	4.Q.07	1.Q.08
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 237	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,5	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,8
jeweilige Preise	2 424	+ 4,4	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,9	+ 4,5	+ 3,5	+ 3,2
<b>Einkommen<sup>1</sup></b>								
Volkseinkommen	1 824	+ 4,2	+ 3,1	- 0,1	.	+ 5,0	+ 3,7	.
Arbeitnehmerentgelte	1 181	+ 2,8	+ 0,0	+ 0,3	.	+ 2,5	+ 2,4	.
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	643	+ 6,9	+ 8,9	- 0,7	.	+ 9,5	+ 6,4	.
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 518	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,0	.	+ 1,7	+ 1,5	.
Bruttolöhne und -gehälter	956	+ 3,2	- 0,2	+ 0,4	.	+ 2,9	+ 2,9	.
Sparen der privaten Haushalte	168	+ 6,0	- 1,0	+ 6,2	.	+ 4,3	+ 9,7	.
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2007 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Drei- monats- durch- schnitt			Drei- monats- durch- schnitt		
			Feb 08	Mrz 08		Feb 08	Mrz 08	
in jeweiligen Preisen								
<b>Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)</b>	81	- 0,6	+ 17,2	.	+ 10,0	+ 20,5	.	- 4,1
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	969	+ 8,5	- 0,2	- 0,5	+ 2,4	+ 8,9	+ 0,2	+ 5,8
Waren-Importe	770	+ 5,0	- 0,6	+ 0,8	+ 6,4	+ 6,8	+ 3,3	+ 6,6
in konstanten Preisen von 2000								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)<sup>2</sup></b>	116,3	+ 5,9	+ 0,2	- 0,5	+ 2,3	+ 5,7	+ 4,6	+ 5,5
Industrie <sup>3</sup>	121,1	+ 6,9	+ 0,0	- 0,2	+ 2,2	+ 6,0	+ 5,2	+ 6,0
Bauhauptgewerbe	83,2	+ 2,7	+ 3,1	- 12,3	+ 10,5	+ 6,9	- 4,0	+ 2,4
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe<sup>2</sup></b>								
Industrie (Index 2000 = 100) <sup>3</sup>	121,6	+ 6,4	- 0,2	- 0,5	+ 2,2	+ 6,1	+ 4,6	+ 6,1
Inland	107,1	+ 4,5	- 0,5	- 0,9	+ 3,3	+ 5,6	+ 3,3	+ 5,6
Ausland	144,9	+ 8,7	+ 0,3	+ 0,0	+ 1,0	+ 6,9	+ 6,1	+ 6,6
<b>Auftragseingang (Index 2000 = 100)<sup>2</sup></b>								
Industrie <sup>3</sup>	130,7	+ 9,8	- 0,6	- 0,6	- 1,3	+ 5,3	+ 5,1	+ 6,5
Inland	113,0	+ 7,1	+ 0,0	- 0,9	- 0,1	+ 5,1	+ 3,3	+ 4,6
Ausland	152,8	+ 12,5	- 1,1	- 0,4	- 2,5	+ 5,7	+ 6,8	+ 8,3
Bauhauptgewerbe	77,7	+ 4,1	- 15,8	.	- 1,0	- 0,7	.	+ 4,5
<b>Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)</b>								
Einzelhandel								
(einschl. Kfz und Tankstellen)	100,8	- 3,4	+ 1,0	- 2,1	+ 1,2	+ 4,3	- 6,3	+ 0,1
Großhandel (ohne Kfz)	109,3	- 0,5	- 0,2	- 1,4	+ 4,1	+ 9,7	- 4,6	+ 3,6
Arbeitsmarkt	2007 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Feb 08	Mrz 08	Apr 08	Feb 08	Mrz 08	Apr 08
Erwerbstätige, Inland	39,74	+ 1,7	+ 62	+ 55	.	+ 689	+ 683	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,78	- 15,8	- 68	- 48	- 7	- 630	- 617	- 563
Preisindizes	2007 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahr		
			Feb 08	Mrz 08	Apr 08	Feb 08	Mrz 08	Apr 08
2000 = 100								
Importpreise	108,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,4	.	+ 5,9	+ 5,7	.
Erzeugerpreise gewerb. Produkte	119,1	+ 2,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,1	+ 3,8	+ 4,2	+ 5,2
Verbraucherpreise 2005 = 100	103,9	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,5	- 0,2	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,4
<b>ifo-Geschäftsklima</b>								
saisonbereinigte Salden								
<b>Gewerbliche Wirtschaft</b>								
	Sep 07	Okt 07	Nov 07	Dez 07	Jan 08	Feb 08	Mrz 08	Apr 08
Klima	+ 7,5	+ 7,0	+ 7,5	+ 5,2	+ 5,9	+ 7,3	+ 8,7	+ 4,0
Geschäftslage	+ 15,5	+ 14,9	+ 16,4	+ 12,0	+ 11,7	+ 16,4	+ 18,7	+ 12,5
Geschäftserwartungen	- 0,3	- 0,6	- 1,0	- 1,4	+ 0,3	- 1,4	- 0,9	- 4,2

<sup>1</sup> Quartale Rechenstand Februar 2008. <sup>2</sup> Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. <sup>3</sup> Ohne Energie.  
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Abschwächung in den USA, Euroaufwertung) weiter verlangsamten. Erste Bremsspuren der nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik könnten sich bereits an den rückläufigen Auslandsbestellungen in der Industrie zeigen (– 2,5 % gegenüber dem Vorquartal). Auch die Entwicklung der ifo-Exporterwartungen weist in diese Richtung: Sie sind zwar zuletzt zweimal in Folge angestiegen, aber sie erreichten nicht das hohe Niveau von 2006 und dem Frühjahr 2007.

Die nominalen Wareneinfuhren haben deutlich an Dynamik gewonnen. Sie nahmen im 1. Quartal wesentlich kräftiger als die Ausfuhren zu (+ 6,4 % gegenüber dem Vorquartal), so dass vom Außenbeitrag negative Wachstumsimpulse ausgegangen sein dürften. Das Vorjahresniveau wurde um 6,6 % übertroffen. Die starke Zunahme der Wareneinfuhren im Verlauf dürfte sowohl auf die kräftige Exportdynamik als auch auf höhere Importpreise zurückzuführen sein. Es dürfte aber auch ein Mengenplus gegeben haben (Anstieg der realen Importe – Daten bis Februar), was für eine Zunahme der Binnennachfrage spricht.

Auf eine Belebung der Inlandsnachfrage deutet auch die kräftige Ausweitung des Inlandsumsatzes in der Industrie im 1. Quartal hin, die wesentlich stärker als die Zunahme des Auslandsumsatzes war. Dabei stiegen die Inlandsumsätze von Vorleistungs- und Investitionsgüterherstellern (+ 4,8 %, + 4,0 %) überdurchschnittlich an, die von Konsumgüterproduzenten nur leicht (+ 0,3 %). Auch die Industrieproduktion legte deutlich zu (saisonbereinigt 2,2 % gegenüber dem Vorquartal). Dies resultierte vor allem aus einem spürbaren Produktionsplus der Investitions- und Vorleistungsgüterhersteller (+ 2,8 %, + 2,2 %). Auch die Erzeugung von Konsumgütern wurde ausgeweitet (+ 0,7 %). Der Aufwärtstrend der Investitionsgüterproduktion spricht für einen weiteren Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen. Die beschleunigte Zunahme der Produktion von Vorleistungsgütern wird die Produktionsstätigkeit im weiteren Jahresverlauf stützen. Die Auftragseingänge sind im 1. Quartal deutlich zurückgegangen (– 1,3 % gegenüber dem Vorquartal). Dies resultierte vor allem aus weniger Auslandsbestellungen. Die Inlandsbestellungen blieben dagegen nahezu stabil (– 0,1 %). Der deutliche Anstieg der Vorleistungs- und der Konsum-

güternachfrage (+ 1,6 %, + 1,2 %) konnte den Rückgang von Investitionsgüterbestellungen (– 2,0 %) nicht vollständig ausgleichen. Die Verringerung der Inlandsaufträge von Investitionsgütern könnte auf einen Rückpralleffekt aufgrund des Wegfalls der günstigen Abschreibungsbedingungen ab Januar 2008 zurückzuführen sein; dennoch ist das Niveau der Auftragseingänge für Investitionsgüter immer noch höher als im 3. Quartal 2007. Angesichts der anhaltend überdurchschnittlich hohen Kapazitätsauslastung dürfte die Erweiterung von Produktionsanlagen auch weiterhin im Vordergrund der Investitionsentscheidungen stehen. Beides deutet darauf hin, dass die Investitionsgüterherstellung lebhaft bleibt. Nachlassende Auslandsaufträge könnten allerdings zu einer Verlangsamung des Wachstumstempos führen.

Die Produktion im Bauhauptgewerbe nahm im 1. Quartal außerordentlich stark zu (+ 10,5 % gegenüber dem Vorquartal). Die spürbare Belebung der Bautätigkeit dürfte zwar durch die vergleichsweise milden Witterungsbedingungen deutlich überzeichnet sein. Gleichwohl ist die Bauproduktion tendenziell aufwärts gerichtet. Dies dürfte mit der fortgesetzt dynamischen Investitionstätigkeit in Zusammenhang stehen, die angesichts eines hohen Auslastungsgrads der Produktionskapazitäten in hohem Maße vom Erweiterungsmotiv geprägt ist.

Der Konsum der privaten Haushalte hat sich nach dem schwachen 4. Quartal 2007 zum Beginn dieses Jahres etwas erholt. Darauf deutete bereits die nach einer spürbaren Aufwärtsrevision deutlich aufwärts gerichtete Entwicklungstendenz der preis- und saisonbereinigten Einzelhandelsumsätze hin (1. Quartal: einschließlich Kfz und Tankstellen + 1,2 % und ohne Kfz und Tankstellen + 1,5 %, jeweils gegenüber dem Vorquartal). Vorlaufende Stimmungsindikatoren tendierten zuletzt dagegen uneinheitlich. So ging das ifo-Geschäftsklima im Einzelhandel im April deutlich zurück. Andererseits zeigte das GfK-Konsumklima mit einem erwarteten Anstieg im Mai um 1,1 Indexpunkte eine merkliche Stimmungsverbesserung der Verbraucher an, nach einer Seitwärtsbewegung in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Die Tarifabschlüsse der vergangenen Monate sowie der bis zuletzt anhaltende kräftige Beschäftigungsaufbau



dürften zu spürbaren Einkommensverbesserungen führen und zur Belebung der Konsumtätigkeit der privaten Haushalte beitragen.

Das Wirtschaftswachstum hat den Arbeitsmarkt erheblich begünstigt. Insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung profitiert von der Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Zu den konjunkturellen Entlastungseffekten kommt hinzu, dass wohl verstärkt Saison-Kurzarbeitergeld in Anspruch genommen wurde. Im April waren 3,41 Mio. Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 563 000 Arbeitslose weniger als vor einem Jahr. Saisonbereinigt verringerte sich die Arbeitslosenzahl um 7 000 Personen gegenüber dem Vormonat. Damit blieb die saisonbereinigte Arbeitslosenquote bei 7,9 %. Die vergleichsweise moderate Abnahme der Zahl der Arbeitslosen stellt eine technische Reaktion – auf die durch das milde Winterwetter überzeichnete Verbesserung der Arbeitsmarktlage im Februar – dar. Bei einer Bereinigung um den Witterungseffekt – durch

die Bildung eines Durchschnitts über die Winter- und Frühjahrsmonate – errechnen sich seit Dezember 2007 Rückgänge der Zahl der Arbeitslosen von monatsdurchschnittlich 56 000. Damit war die Entwicklung ähnlich wie im vergangenen Jahr (Dezember 2006 bis April 2007 monatsdurchschnittlich – 67 000). Außerdem könnte eine Rolle gespielt haben, dass die Datenerfassung durch einen Ausfall der Computersysteme der Bundesagentur für Arbeit am Zähltag beeinträchtigt worden ist. Unter Berücksichtigung dieser Sonderfaktoren steht der im Vergleich zum Vormonat deutlich schwächere saisonbereinigte Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht im Widerspruch zur Beschäftigungsexpansion. Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) stieg im März weiter deutlich an (+ 55 000 Personen gegenüber dem Vormonat). Im Vorjahresvergleich erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 683 000 auf 39,93 Mio. Personen. Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung setzte sich im Februar kräftig

## BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



fort (saisonbereinigt ca. + 93 000 gegenüber dem Vormonat und ca. + 663 000 gegenüber dem Vorjahr). Dabei entfällt deutlich mehr als die Hälfte des Beschäftigungszuwachses im Jahresvergleich auf Vollzeitstellen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist nach wie vor sehr hoch. Die Aussichten für einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit und für eine Fortsetzung der Beschäftigungsexpansion sind – angesichts der überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung sowie der guten Auftragslage in der Industrie – zunächst noch günstig. Jedoch dürfte die erwartete Verlangsamung der konjunkturellen Gangart im weiteren Jahresverlauf auch auf dem Arbeitsmarkt Spuren hinterlassen. Ein Anzeichen dafür könnte bereits die Stagnation des Stellenindex BA-X der Bundesagentur für Arbeit sein (auf Basis der BA bekannten Stellen des ersten Arbeitsmarktes berechnet, ohne geförderte und Saisonstellen). Auch die vom ifo-Institut befragten Unternehmen gehen von einer geringeren Dynamik des Beschäftigungsaufbaus aus.

Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus hat sich im April verlangsamt (+ 2,4 % gegenüber dem Vorjahr, – 0,2 % gegenüber dem Vormonat). Dies ist auf die nach den Osterfeiertagen gesunkenen Preise für Pauschalreisen zurückzuführen. Da Ostern in diesem Jahr im März, im Vorjahr aber im April lag, dürfte somit die Jahresteuerrate im März über- und im April unterzeichnet sein. Hinzu kommt ein Basiseffekt: Die Einführung der Studiengebühren in einigen Bundesländern im April 2007 wirkt sich erstmalig nicht mehr auf die Teuerungsrate aus. Die Jahresteuerrate verringert sich durch diese beiden Effekte um 0,2 Prozentpunkte. Die Preissteigerungsrate wurde maßgeblich durch gestiegene Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+ 7,1 % gegenüber dem Vorjahr) sowie für Mineralölprodukte (+ 14,8 %) geprägt. Dabei verteuerte sich leichtes Heizöl gegenüber dem Vorjahr sehr stark (+ 38,9 %); Kraftstoffpreise legten ebenfalls spürbar zu (+ 8,8 %). Ohne Ein-

rechnung der Preisentwicklung für Mineralölprodukte lag die Teuerungsrate bei 1,7 %. Auch Preise für andere Haushaltsenergien stiegen deutlich an. Für Nahrungsmittel mussten im Schnitt 7,3 % mehr als vor einem Jahr gezahlt werden. Besonders deutliche Preiserhöhungen gab es für Molkeereiprodukte und Eier (+ 24,0 %) sowie Speisefette und -öle (+ 16,7 %). Die Kerninflationsrate, d. h. der Preisanstieg ohne Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke und ohne Energieprodukte, liegt aber deutlich unter dem Gesamtanstieg des Verbraucherpreisindex (+ 0,9 %).

Auch der Importpreisindex nahm im März vor allem aufgrund angestiegener Preise für Energieträger sowie für Nahrungsmittel spürbar zu (+ 5,7 % gegenüber dem Vorjahr). Die Jahresteuerrate für Energieträger betrug + 35,7 %. Dabei verteuerten sich Rohöl (+ 46,4 %) und Mineralölerzeugnisse (+ 36,6 %) besonders stark. Ohne Erdöl und Mineralölprodukte belief sich der Importpreisanstieg auf 1,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Deutliche Preisniveauerhöhungen gab es auch im Nahrungsmittelsektor (Getreide: + 56,8 %, Milcherzeugnisse: + 14,5 %). Gegenüber dem Vormonat setzte sich allerdings die seit November 2007 anhaltende rückläufige Entwicklung der Importpreise für Milch und Milcherzeugnisse (– 1,8 %) fort.

Der Anstieg des Erzeugerpreisindex hat sich im April beschleunigt (+ 5,2 % nach + 4,2 % im März, jeweils gegenüber dem Vorjahr). Den größten Einfluss auf die Teuerungsrate hatten Energieprodukte mit einem Preisanstieg um + 12,6 %. Dabei nahmen die Erzeugerpreise für Mineralölerzeugnisse (+ 17,8 %) und Strom (+ 12,3 %) besonders stark zu. Während im März 2008 die Erdgaspreise noch rückläufig waren, sind sie im April deutlich angestiegen (+ 10,2 %). Ohne Energieprodukte stiegen die Erzeugerpreise lediglich um 2,7 %. Mit + 4,5 % verteuerten sich die Verbrauchsgüter ebenfalls spürbar (pflanzliche und tierische Öle und Fette: + 44,8 %, Käse und Quark: + 25,6 %).

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 14. Mai 2008 in Brüssel

### Dialog mit den Beitrittskandidaten

Vor dem Beginn der formellen Tagung des ECOFIN-Rates führten die Finanzminister den jährlichen Dialog mit ihren Amtskollegen und den Zentralbankpräsidenten aus den Beitrittskandidatenländern Kroatien, Türkei und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Im Mittelpunkt standen die wirtschaftlichen Vorbereitungsprogramme, in denen diese Länder – jedes Jahr aktualisiert – ihre mittelfristigen Planungen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik darlegen.



### Qualität der öffentlichen Finanzen

#### – Effizienz von öffentlichen Ausgaben für Sozialtransfers und Bildung

Der ECOFIN-Rat verabschiedete Ratsschlussfolgerungen, mit denen die Beratungsergebnisse des Informellen ECOFIN vom 4./5. April 2008 zur Qualität der öffentlichen Finanzen festgehalten werden. Die Schlussfolgerungen betonen, dass eine systematische Evaluierung der Ausgaben und Steuererleichterungen im sozialen Bereich wichtig ist, um Möglichkeiten zur Verbesserung der Effizienz der Sozialpolitik erkennen und nutzen zu können. Steuer- und Transfersysteme, die auf Aktivierung ausgerichtet sind, und Bildungsinvestitionen werden als Schlüssel für eine effektive Sozialpolitik bezeichnet. Der ECOFIN-Rat wird sich im 1. Halbjahr 2009 erneut mit dem Thema Qualität der öffentlichen Finanzen beschäftigen.

### Westlicher Balkan: Investitionsrahmen

Der ECOFIN-Rat beschäftigte sich mit der Frage, wie die Finanzhilfen der verschiedenen Geber für den Westlichen Balkan besser koordiniert und effizienter gestaltet werden können. Eine Aufstockung von Finanzmitteln stand nicht zur Diskussion. Die verabschiedeten Ratsschlussfolgerungen sehen unter anderem vor, dass zur Verbesserung der Koordinierung eine Steuerungsgruppe mit folgenden Teilnehmern eingerichtet wird: Kommission, Europäische Investitionsbank, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Bank des Europarates und Mitgliedstaaten. Diese Gruppe soll prüfen, wie die bestehenden Förderinstrumente gestrafft werden können, und bis Ende 2008 einen Bericht vorlegen.

### Finanzdienstleistungen

#### a) Finanzmarkstabilität: Aufsichtsfragen

Die Ergebnisse der Beratungen des Informellen ECOFIN vom 4./5. April 2008 zur weiteren Entwicklung der Finanzmarktaufsicht und zu den Vorkehrungen für die Finanzmarkstabilität wurden vom ECOFIN-Rat am 14. Mai 2008 in Ratsschlussfolgerungen festgehalten. Sie bringen die Einigkeit darüber zum Ausdruck, dass

- die Kooperation der nationalen Aufsichtsbehörden gestärkt und ihr Mandat um europäische Aspekte erweitert werden muss,
- die Aufsicht über grenzüberschreitend tätige Finanzgruppen durch „Aufsichtskollegien“ effizienter gestaltet werden muss und
- die Rolle der EU-Ausschüsse der Aufsichtsbehörden zu klären und ihre Arbeitsweise zu verbessern ist.

Zudem aktualisierte der ECOFIN-Rat die Arbeitsprogramme vom Oktober bzw. Dezember

2007 mit den Maßnahmen in Reaktion auf die Finanzmarkturbulenzen und zur Stärkung der Finanzstabilität und Aufsicht in der EU. Dabei wurden auch die Maßnahmen aufgenommen, die beim G7-Finanzministertreffen am 11. April 2008 vereinbart worden waren.

#### **b) Mitteilung zu Finanzwissen**

Der ECOFIN-Rat verabschiedete Schlussfolgerungen, die die Mitteilung der Kommission „Vermittlung und Erwerb von Finanzwissen“ vom 18. Dezember 2007 begrüßen. Die Schlussfolgerungen weisen auf die Notwendigkeit hin, die Finanzmarktkenntnisse der Bürger in der EU zu verbessern. Sie sollen damit in die Lage versetzt werden, die für ihre Zwecke besten Finanzprodukte und -dienstleistungen zu wählen. Die Mitteilung enthält einige Grundsätze für erfolgreiche Programme zur Vermittlung von Finanzwissen, die eine Orientierungshilfe bieten sollen.

#### **c) Weißbuch zu Hypothekarkrediten**

Kommissar McCreevy stellte dem ECOFIN-Rat das „Weißbuch über die Integration der EU-Hypothekarkreditmärkte“ vor, das die Kommission ebenfalls am 18. Dezember 2007 veröffentlicht hatte. McCreevy machte deutlich, dass die Kommission bis Mitte 2009 zunächst weitere Untersuchungen und Konsultationen mit den Beteiligten durchführen muss. Erst danach könne sie beurteilen, ob auf EU-Ebene rechtliche Maßnahmen erforderlich sind, um die Integration der europäischen Hypothekarkreditmärkte zu vertiefen. Die vom ECOFIN-Rat verabschiedeten Schlussfolgerungen unterstützen die Kommission darin, zunächst weitere Studien durchzuführen.

### **Dialog mit Drittländern: Wirtschafts- und Finanzthemen**

Kommissar McCreevy informierte den ECOFIN-Rat über die Gespräche, die die Kommission im April 2008 mit dem Finanzministerium, der Notenbank und der Wertpapieraufsichtsbehörde der USA zu Finanzmarktthemen im Rahmen des EU-US-Dialogs geführt hatte. Dabei habe es Fortschritte bei der gegenseitigen Anerkennung von Rechnungslegungsstandards, Aufsichtsregeln für Wertpapiere sowie von Sicher-

heiten bei Rückversicherern gegeben. Diese Fortschritte seien beim zweiten Transatlantischen Wirtschaftsrat am 13. Mai 2008 bestätigt worden. McCreevy berichtete, auch bei Gesprächen mit China, Japan, Russland, Kanada und Indien habe es Fortschritte bei der Konvergenz der Finanzmarktaufsicht gegeben.



### **Steuern**

#### **a) Indirekte Steuern: Bekämpfung des Steuerbetrugs**

Kommissar Kovács stellte dem ECOFIN-Rat für das 4. Quartal 2008 Rechtssetzungsvorschläge mit so genannten konventionellen Maßnahmen zur Bekämpfung des Steuerbetrugs im Bereich der Mehrwertsteuern in Aussicht. Diese beträfen insbesondere Fragen der gesamtschuldnerischen Haftung, der engeren Zusammenarbeit von Steuer- und Zollverwaltung, Möglichkeiten des unmittelbaren Datenzugriffs der Mitgliedstaaten, Mindeststandards für die Vergabe und Löschung von Umsatzsteueridentifikationsnummern sowie Fragen der Rechnungsstellung. Der Bundesminister der Finanzen Peer Steinbrück äußerte sich enttäuscht über den Verlauf der zahlreichen Diskussionen im ECOFIN-Rat über Maßnahmen zur Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs. Er appellierte an die Mitgliedstaaten, Österreich die Durchführung eines Pilotprojektes zum generellen Reverse-Charge-Verfahren nicht zu verbauen. Steinbrück erklärte, nur solchen Ratsschlussfolgerungen zustimmen zu können, die die Kommission zur Vorlage eines Vorschlags zu einem Pilotprojekt in Österreich auffordern. Da sich mehrere Mitgliedstaaten gegen eine entsprechende Aufforderung an die Kommission aussprachen, kamen keine Ratsschlussfolgerungen zustande.

#### **b) Besteuerung der Sparerträge**

Wie vom ECOFIN-Rat am 4. März 2008 erbeten, gab Kommissar Kovács einen Zwischenbericht

über die Erfahrungen bei der Anwendung der „Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen“. Nach seiner Einschätzung weise die Zins-Richtlinie Lücken auf. Er bat die Mitgliedstaaten um Leitlinien für den weiteren Prozess der Überarbeitung der Richtlinie. Der Bundesminister der Finanzen Peer Steinbrück erklärte, durch den aktuellen Steuerskandal in Bezug auf Liechtenstein sei eine Dynamik in die Diskussion über effiziente Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung gekommen, die keinesfalls abreißen dürfe. Er forderte die Kommission zur Vorlage ihres endgültigen Berichts bis zum 30. September 2008 auf. Zur Überarbeitung der Richtlinie betonte er, es bedürfe einer Ausweitung des Zinsbegriffs und einer Anwendung der Richtlinie auf juristische Personen. Darüber hinaus sei eine klare Anlehnung an OECD-Standards zum Informationsaustausch erforderlich. Die Kommission kündigte an, zwei bis vier Wochen nach Vorlage des endgültigen Berichts dem Rat Vorschläge zur inhaltlichen Überarbeitung der Richtlinie vorzulegen. Die verabschiedeten Ratsschlussfolgerungen fordern die Kommission auf, ihren Bericht bis zum 30. September 2008 vorzulegen und auf dieser Grundlage Vorschläge zu unterbreiten.

### c) Gute Steuerpraxis

Die EU bemüht sich darum, bei ihren Beziehungen zu Drittländern diese auch zu verantwortlicher Regierungsführung („good governance“) im Steuerbereich zu bewegen. Dies soll zur Bekämpfung des Steuerbetrugs beitragen. Der ECOFIN-Rat einigte sich am 14. Mai 2008 auf Ratsschlussfolgerungen, mit denen der Kommission ein Mandat für entsprechende Verhandlungen von Steuerfragen mit Drittländern gegeben wird. Die Schlussfolgerungen enthalten auch

einen Text für eine Klausel, die in relevanten Abkommen der EU und der Mitgliedstaaten mit Drittländern (z.B. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) für diesen Zweck aufgenommen werden soll.

## Strategie für die Entwicklung der Zollunion

Die Kommission hatte am 1. April 2008 ihre Mitteilung zur „Strategie für die weitere Entwicklung der Zollunion“ veröffentlicht. In der Mitteilung stellt die Kommission ein Konzept für einen Strategieplan zur weiteren Modernisierung des Zollwesens vor. Der ECOFIN-Rat verabschiedete Schlussfolgerungen, in denen die Kommission gebeten wird, in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten bis Ende 2009 einen umfassenden einheitlichen Umsetzungsplan zur Zollstrategie zu erstellen und dem Rat bis 2011 über die Fortschritte Bericht zu erstatten.

## Vorentwurf für den EU-Haushalt 2009

Die Kommission stellte dem ECOFIN-Rat die Eckpunkte des Kommissionsvorentwurfs zum Haushalt 2009 vor. Der Entwurf sieht einen Anstieg der Verpflichtungsermächtigungen um 3,1% gegenüber 2008 auf 134,4 Mrd. € vor, hingegen einen Rückgang der Zahlungsermächtigungen um 3,3% auf 116,7 Mrd. €. Der ECOFIN-Rat überwies das Dossier ohne Aussprache an den Haushaltsausschuss, der die Beratungen des Budget-Rates im Juli 2008 vorbereiten wird.

Ergänzende Informationen zur Ratstagung finden Sie auf der Internetseite des Ratssekretariats. Die Seite ist über folgenden Link erreichbar: [http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_applications/applications/newsRoom/loadBook.asp?BID=93&LANG=4&cmsid=350](http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/applications/newsRoom/loadBook.asp?BID=93&LANG=4&cmsid=350)

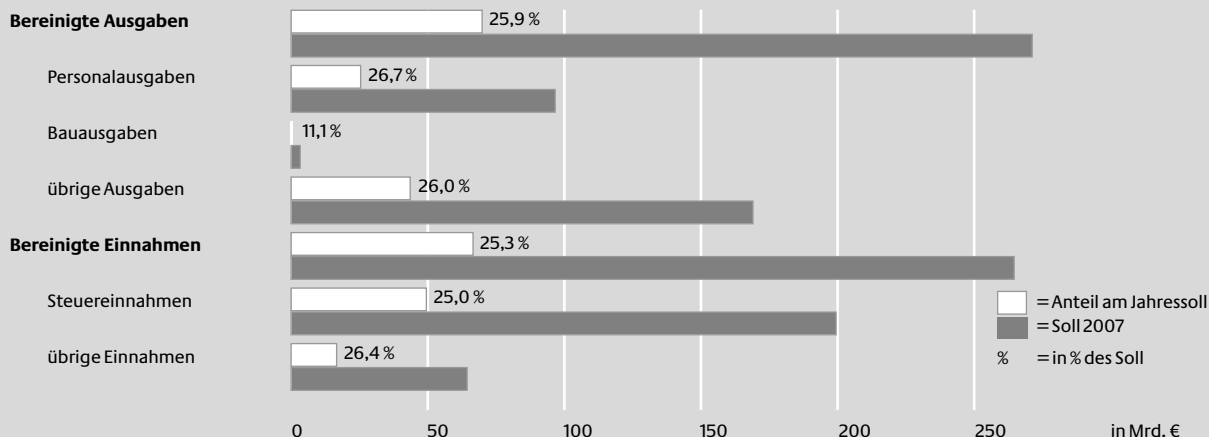
## Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2008

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich März 2008 vor.

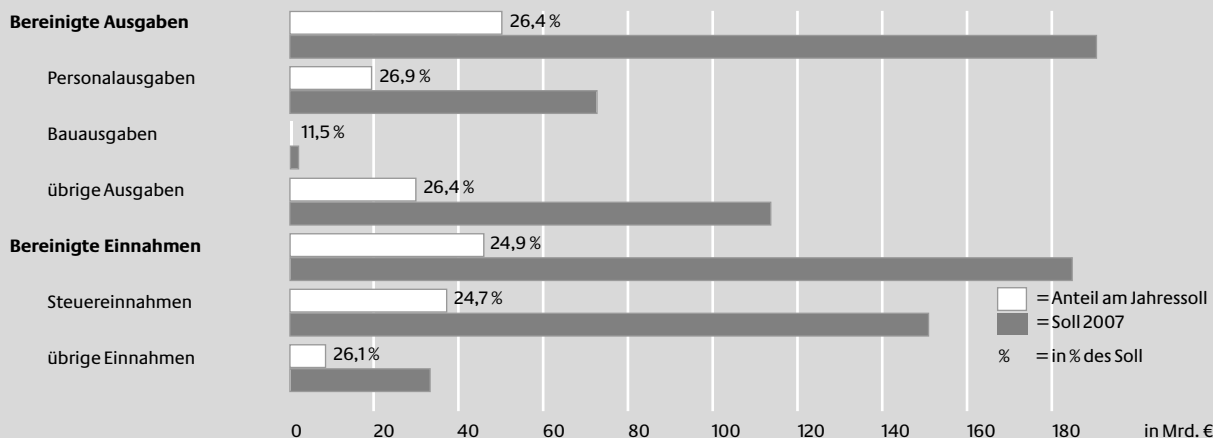
Die Haushaltsentwicklung in den ersten Monaten eines Jahres besitzt erfahrungsgemäß nur

eine geringe Aussagekraft über den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie die Gegenüberstellung zu den Haushaltsplanungen (siehe S. 98 ff) haben daher lediglich informativen Charakter.

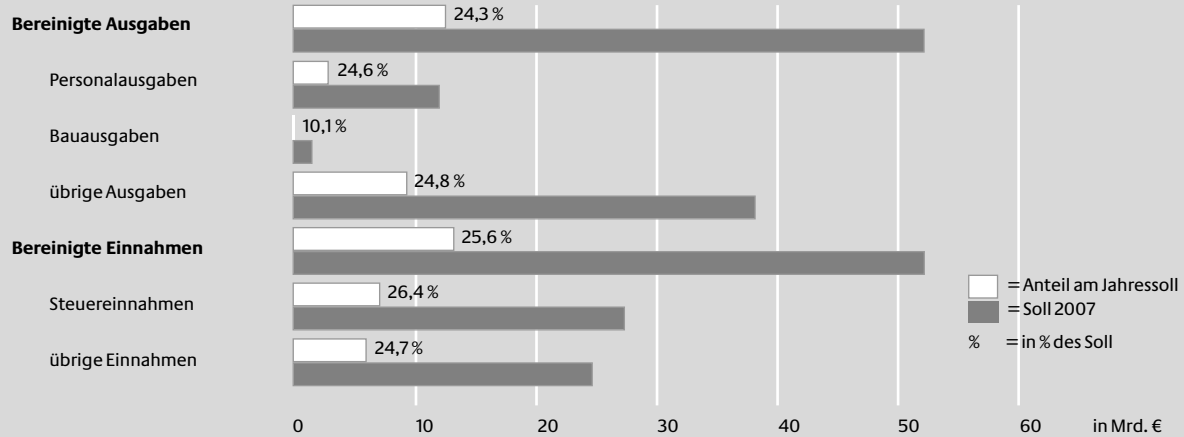
### Länder insgesamt



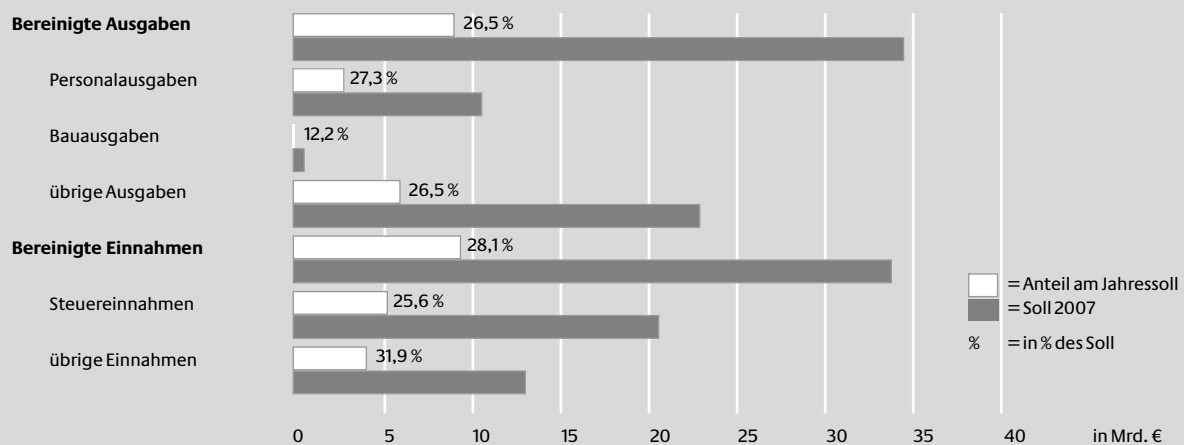
### Flächenländer West



## Flächenländer Ost



## Stadtstaaten



## Termine

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 2. Juni 2008 – Eurogruppe in Frankfurt am Main
- 3. Juni 2008 – ECOFIN in Luxemburg
- 13./14. Juni 2008 – Treffen der G8-Finanzminister in Osaka (Japan)
- 15./16. Juni 2008 – ASEM Finanzministertreffen in Jeju (Südkorea)
- 7./8. Juli 2008 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2009

- 6. bis 8. Mai 2008 – Steuerschätzung
- bis 13. Juni 2008 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 20. Juni 2008 – Zuleitung an Kabinett
- 25. Juni 2008 – Kabinettsbeschluss
- 26. Juni 2008 – Finanzplanungsrat
- 8. August 2008 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 16. bis 19. September 2008 – 1. Lesung Bundestag
- 19. September 2008 – 1. Beratung Bundesrat
- 24. September bis
- 12. November 2008 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 4./5. November 2008 – Steuerschätzung
- 13. November 2008 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 25. bis 28. November 2008 – 2./3. Lesung Bundestag
- 19. Dezember 2008 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2008 – Verkündung im Bundesgesetzblatt



## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Juni 2008	Mai 2008	20. Juni 2008
Juli 2008	Juni 2008	21. Juli 2008
August 2008	Juli 2008	21. August 2008
September 2008	August 2008	19. September 2008
Oktober 2008	September 2008	23. Oktober 2008
November 2008	Oktober 2008	21. November 2008
Dezember 2008	November 2008	19. Dezember 2008

## Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Bürgerangelegenheiten  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
buergerreferat@bmf.bund.de  
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:  
telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90<sup>1</sup>  
per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Jeweils 0,12 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>





## Analysen und Berichte

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2008 .....	37
Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2008 .....	43
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2008 .....	55
13. Nordisch-Baltische Finanzministerkonferenz am 17./18. April 2008 in Hamburg .....	59
Frühjahrstagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzministertreffen in Washington D.C. ....	67



## Ergebnisse der Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2008

1	Steuerrechtsänderungen .....	37
2	Gesamtwirtschaftliche Annahmen .....	38
3	Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ .....	39
4	Finanzpolitische Schlussfolgerungen .....	41

- Die jüngste Steuerschätzung ergibt insgesamt nur wenig Veränderung gegenüber der letzten Steuerschätzung.
- Steuerausfälle aufgrund von Änderungen des Steuerrechts werden durch verbesserte gesamtwirtschaftliche Eckdaten weitgehend kompensiert.
- Bund, Länder und Gemeinden verzeichnen kontinuierliche Steuereinnahmewachse.

Vom 6. bis 8. Mai 2008 fand in Meißen auf Einladung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen die 131. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2008 bis 2012.

- Unternehmensteuerreformgesetz 2008,
- Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements,
- Gesetz zur Änderung kraftfahrzeugrechtlicher und autobahnmautrechtlicher Vorschriften (nur steuerliche Maßnahmen).

### 1 Steuerrechtsänderungen

Für das Jahr 2008 wurden gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom November 2007 die finanziellen Auswirkungen folgender Gesetze einbezogen:

- Lohnsteuerrichtlinien 2008,
- Jahressteuergesetz 2008,
- Zweites Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes.

Für die Jahre 2009 bis 2012 wurden die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes zur Förderung der betrieblichen Altersvorsorge (nur steuerliche Maßnahmen) erstmals berücksichtigt.

Darüber hinaus wurden nachstehende Gesetze einbezogen:

In Bezug auf die Auswirkungen des EuGH-Urteils „Meilicke“ wurde wie im November davon ausgegangen, dass sich diese, verglichen mit dem in der Mai-Schätzung 2007 unterstellten Szenario, um ein Jahr auf die Jahre 2008 bis 2010 verschieben.

Die finanziellen Auswirkungen von Änderungen des Steuerrechts, die aufgrund der Verfassungswidrigkeit derzeitiger Regelungen notwendig werden (Erbsteuer, Abziehbarkeit der privaten Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge), wurden in der Schätzung noch nicht berücksichtigt.

## 2 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Für das nominale Bruttoinlandsprodukt wurden die von der Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion erwarteten Werte zugrunde gelegt. Dabei wurde mit Zuwachsraten von + 3,4 % für 2008, + 2,7 % für 2009 und durchschnittlich + 3,1 % für die Jahre 2010 bis 2012 ein weiterhin robustes Wachstum unterstellt (siehe Tabelle 1).

Da sich der Arbeitsmarkt gegenwärtig sehr positiv entwickelt und auch die weiteren Ausichten erfreulich sind, konnten die Ansätze für die Zuwächse der Bruttolohn- und -gehaltssumme nochmals angehoben werden: Für das laufende Jahr auf + 3,6 % (November 2007: + 3,1 %) und für das kommende Jahr auf + 2,8 % (Mai 2007: + 2,1 %). In den beiden Folgejahren wurde die Zuwachsrate von + 2,1 % auf + 2,5 % nach oben korrigiert.

Ein differenzierteres Bild ergibt sich bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die die gewinnabhängigen Steuern maßgeblich beeinflussen. Hier bleibt die Zuwachsrate in den Jahren 2008, 2010 und 2011 in etwa auf dem

Niveau der letzten Schätzung. Im nächsten Jahr wird dagegen mit + 3,4 % ein erheblich geringerer Zuwachs unterstellt als im Mai 2007.

Während die modifizierte letzte inländische Verwendung – ein Indikator für die Bemessungsgrundlage der Umsatzsteuer – in diesem Jahr eine nahezu unveränderte Zuwachsrate aufweist, steigt der Zuwachs in den folgenden Jahren gegenüber den Annahmen der Mai-Steuerschätzung 2007 deutlich an.

**Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben des interministeriellen Arbeitskreises „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ für die Steuerschätzung Mai 2008 im Vergleich zur jeweils letzten Steuerschätzung**  
– Veränderungen in % –

	2008		2009		2010		2011		2012	
	Steuerschätzung November 2007	Steuerschätzung Mai 2008	Steuerschätzung Mai 2007	Steuerschätzung Mai 2008	Steuerschätzung Mai 2007	Steuerschätzung Mai 2008	Steuerschätzung Mai 2007	Steuerschätzung Mai 2008	Steuerschätzung Mai 2007	Steuerschätzung Mai 2008
<b>BIP nominal</b> in % gegenüber Vorjahr	+ 3,5	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,8	+ 3,1	–	+ 3,1
<b>BIP real</b> in % gegenüber Vorjahr	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	–	+ 1,5
<b>Bruttolohn- und -gehaltssumme</b> in % gegenüber Vorjahr	+ 3,1	+ 3,6	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,5	–	+ 2,5
<b>Unternehmens- und Vermögenseinkommen</b> in % gegenüber Vorjahr	+ 5,7	+ 5,5	+ 5,9	+ 3,4	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,0	–	+ 5,2
<b>Modifizierte letzte inländische Verwendung</b> in % gegenüber Vorjahr	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,8	–	+ 2,8

### 3 Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

Die Schätzergebnisse sind den Tabellen 2 und 3 (siehe S. 40) zu entnehmen. Danach steigen die Steuereinnahmen insgesamt – ausgehend von 538,2 Mrd. € im Jahr 2007 – bis auf 645,3 Mrd. € im Jahr 2012. In diesem und im kommenden Jahr steigen die Einnahmen im Vorjahresvergleich jeweils um + 3,0 %, in den beiden Folgejahren jeweils um + 4,2 %. Für das Jahr 2012 wird von einem Zuwachs von + 4,1 % ausgegangen. Bund, Länder und Gemeinden verzeichnen im Schätzzeitraum durchgängig Steuermehreinnahmen.

Gegenüber der Steuerschätzung vom November 2007 werden die Steuereinnahmen im Jahre 2008 voraussichtlich um – 1,2 Mrd. € geringer ausfallen. Für den Bund ergibt sich dagegen ein leichtes Plus von 0,3 Mrd. €, da deutliche Mindereinnahmen bei den reinen Bundessteuern vor allem durch die zu erwartenden geringeren Abführungen an die EU mehr als ausgeglichen werden. Die Länder können 2008 mit Mehreinnahmen in Höhe von + 0,8 Mrd. € rechnen, während sich für

die Gemeinden vor allem als Folge des geringer eingeschätzten Gewerbesteueraufkommens Mindereinnahmen von – 1,0 Mrd. € ergeben.

Das Steueraufkommen insgesamt wird 2009 um – 4,0 Mrd. € geringer ausfallen als im Mai 2007 angenommen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Unternehmensteuerreform und andere entlastende Steuerrechtsänderungen in der Mai-Schätzung des vergangenen Jahres noch nicht enthalten waren. Die negative Gesamtabweichung ergibt sich als Saldo aus der Wirkung von Steuerrechtsänderungen mit Mindereinnahmen in Höhe von – 10,4 Mrd. € und einer positiven Schätzabweichung von + 6,4 Mrd. €.

In den Jahren 2010 und 2011 werden die Einnahmen trotz entlastender Steuerrechtsänderungen voraussichtlich um + 0,3 Mrd. € und + 6,4 Mrd. € höher liegen als im Mai 2007 unterstellt. Getragen wird diese Entwicklung in erster Linie von den positiven Aussichten für den Arbeitsmarkt, die für deutliche Zuwächse bei der Lohnsteuer sorgen.

Die Ergebnisse der neuen Steuerschätzung bilden, soweit sie den Bund betreffen, die Grundlage für den Entwurf des Bundeshaushalts 2009 sowie die Fortschreibung des Finanzplans bis 2012.

Tabelle 2: Ergebnisse der Steuerschätzung Mai 2008<sup>1</sup>

	Ist 2007	Schätzung				
		2008	2009	2010	2011	2012
<b>1. Bund</b> (Mrd. €)	<b>230,1</b>	<b>238,3</b>	<b>249,1</b>	<b>255,9</b>	<b>267,2</b>	<b>277,3</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	12,9	3,6	4,5	2,7	4,4	3,8
<b>2. Länder</b> (Mrd. €)	<b>213,2</b>	<b>220,0</b>	<b>225,7</b>	<b>234,9</b>	<b>244,4</b>	<b>253,9</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	9,3	3,2	2,6	4,1	4,0	3,9
<b>3. Gemeinden</b> (Mrd. €)	<b>72,7</b>	<b>72,6</b>	<b>74,6</b>	<b>78,2</b>	<b>82,6</b>	<b>87,3</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	8,0	-0,1	2,8	4,8	5,5	5,7
<b>4. EU</b> (Mrd. €)	<b>22,2</b>	<b>23,5</b>	<b>21,6</b>	<b>26,1</b>	<b>25,8</b>	<b>26,8</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	0,5	5,4	-8,0	21,0	- 1,1	3,8
<b>5. Steuereinnahmen insgesamt</b> (Mrd. €)	<b>538,2</b>	<b>554,4</b>	<b>571,1</b>	<b>595,2</b>	<b>620,0</b>	<b>645,3</b>
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	10,2	3,0	3,0	4,2	4,2	4,1

<sup>1</sup> Die Aufteilung der geschätzten Steuereinnahmen auf Bund und Länder hat sich gegenüber der unmittelbar nach Ende der Steuerschätzung herausgegebenen Presseerklärung noch leicht geändert. Ursache ist die erforderliche Neuberechnung des Finanzausgleichs, die erst nach Vorliegen der Schätzergebnisse erfolgen kann und vom Finanzministerium Baden-Württemberg vorgenommen wird.

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.

**Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung Mai 2008 von den Ergebnissen der Steuerschätzung November 2007 bzw. der Steuerschätzung Mai 2007 – Ebenen**

2008	Ergebnis der Steuerschätzung November 2007	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2008
			Steuerrechtsänderungen <sup>1</sup>	davon: Änderung EU-Abführung	Schätzabweichung <sup>2</sup>	
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>238,0</b>	<b>0,3</b>	– 0,1	1,1	– 0,7	<b>238,3</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>219,2</b>	<b>0,8</b>	0,1		0,8	<b>220,0</b>
<b>Gemeinden<sup>3</sup></b>	<b>73,6</b>	– 1,0	0,0		– 0,9	<b>72,6</b>
<b>EU</b>	<b>24,8</b>	– 1,4	0,0	– 1,1	– 0,2	<b>23,5</b>
<b>Steuereinnahmen insgesamt</b>	<b>555,6</b>	– 1,2	0,0	0,0	– 1,2	<b>554,4</b>

2009	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2007	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2008
			Steuerrechtsänderungen <sup>1</sup>	davon: Änderung EU-Abführung	Schätzabweichung <sup>2</sup>	
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>250,2</b>	– 1,0	– 4,7	1,3	2,4	<b>249,1</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>226,8</b>	– 1,1	– 4,2		3,1	<b>225,7</b>
<b>Gemeinden<sup>3</sup></b>	<b>75,3</b>	– 0,7	– 1,4		0,7	<b>74,6</b>
<b>EU</b>	<b>22,7</b>	– 1,1	0,0	– 1,3	0,1	<b>21,6</b>
<b>Steuereinnahmen insgesamt</b>	<b>575,0</b>	– 4,0	– 10,4	0,0	6,4	<b>571,1</b>

2010	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2007	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2008
			Steuerrechtsänderungen <sup>1</sup>	davon: Änderung EU-Abführung	Schätzabweichung <sup>2</sup>	
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>255,5</b>	0,4	– 4,5	0,2	4,7	<b>255,9</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>233,9</b>	1,0	– 3,7		4,7	<b>234,9</b>
<b>Gemeinden<sup>3</sup></b>	<b>79,3</b>	– 1,1	– 1,3		0,2	<b>78,2</b>
<b>EU</b>	<b>26,2</b>	– 0,1	0,0	– 0,2	0,1	<b>26,1</b>
<b>Steuereinnahmen insgesamt</b>	<b>594,9</b>	0,3	– 9,5	0,0	9,7	<b>595,2</b>

2011	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2007	Abweichung insgesamt	Abweichungen			Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2008
			Steuerrechtsänderungen <sup>1</sup>	davon: Änderung EU-Abführung	Schätzabweichung <sup>2</sup>	
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>263,7</b>	3,5	– 3,3	0,3	6,6	<b>267,2</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>240,6</b>	3,8	– 2,4		6,3	<b>244,4</b>
<b>Gemeinden<sup>3</sup></b>	<b>83,3</b>	– 0,7	– 0,6		– 0,1	<b>82,6</b>
<b>EU</b>	<b>26,0</b>	– 0,2	0,0	– 0,3	0,1	<b>25,8</b>
<b>Steuereinnahmen insgesamt</b>	<b>613,6</b>	6,4	– 6,4	0,0	12,8	<b>620,0</b>

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

<sup>1</sup> 2008 ff.: Jahressteuergesetz 2008.

Lohnsteuerrichtlinien 2008.

Zweites Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes.

2009 ff.: Unternehmensteuerreformgesetz 2008.

Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.

Gesetz zur Änderung kraftfahrzeugrechtlicher und autobahnautrechtlicher Vorschriften (nur steuerliche Maßnahmen) und die Verschiebung der finanziellen Auswirkungen des EuGH-Urteils „Meilicke“.

Gesetz zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung (nur steuerliche Maßnahmen).

<sup>2</sup> Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Änderungen beim Steuerrecht, die aufgrund der Verfassungswidrigkeit derzeitiger Regelungen notwendig werden, sind nicht berücksichtigt (Erbbschaftsteuerrecht, Abzugsfähigkeit der privaten Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge).



## 4 Finanzpolitische Schlussfolgerungen

Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung ist das ehrgeizige Ziel, die Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt bis 2011 auf Null zu reduzieren, weiterhin erreichbar. Neue Finanzierungsspielräume haben sich jedoch nicht aufgetan. Nur durch äußerste Haushaltsdisziplin auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte kann es gelingen, den Abbau des aufgelaufenen Schuldenberges auch auf Bundesebene ab dem Jahre 2012 endlich anzugehen.



# Erster Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2008

## Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen bis März 2008

1	Eckwerte des Bundeshaushaltes 2008 .....	43
2	Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2008 .....	46
3	Erläuterung wesentlicher Ausgabenpositionen .....	48
4	Entwicklung der Einnahmen .....	52

- Die Steuereinnahmen im 1. Quartal bewegen sich im Rahmen der Erwartungen der November-Steuerschätzung des letzten Jahres.
- Trotz erwartungsgemäß hohen Ausgabenzuwächsen beim Elterngeld und bei der Postbeamtenversorgungskasse fällt die Ausgabensteigerung im 1. Quartal vergleichsweise moderat aus.
- Insgesamt lag im 1. Quartal die Steigerung der Ausgaben unter dem Anstieg der Einnahmen. Schon angesichts der Höhe der Zinsausgaben wird dennoch sehr deutlich, dass am Konsolidierungskurs unbedingt festgehalten werden muss.

### 1 Eckwerte des Bundeshaushaltes 2008

Das Haushaltsgesetz 2008 wurde am 30. November 2007 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 22. Dezember 2007 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 3227) verkündet.

**Ausgaben:** Im 1. Quartal 2008 sind die Ausgaben des Bundes gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1 Mrd. € auf 76,6 Mrd. € gestiegen. Dies entspricht einer Ausgabensteigerung von 1,3%.

Die investiven Ausgaben beliefen sich bis Ende März auf 4,4 Mrd. € und sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in etwa konstant geblieben.

**Einnahmen:** Die Einnahmen des Bundes (ohne Nettokreditaufnahme) betrugen bis Ende März 2008 58,8 Mrd. €. Damit lag das Ergebnis um 3,1 Mrd. € bzw. 5,6% über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Zu den um 5,3% im Vergleich zum Vorjahresergebnis gestiegenen Steuereinnahmen trugen in erster Linie Mehreinnahmen bei den Gemeinschaftsteuern bei.

Bei den Verwaltungseinnahmen wirkten sich die Einnahmen aus dem erstmalig in diesem Jahr von der Bundesanstalt für Arbeit an den Bund zu leistenden Eingliederungsbeitrag positiv aus. Die erste Abschlagszahlung belief sich auf 1,3 Mrd. €.

**Finanzierungssaldo:** Der Finanzierungssaldo lag im 1. Quartal 2008 bei – 17,8 Mrd. €. Dies sind 2,1 Mrd. € bzw. 10,6 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Einer Nettotilgung in Höhe von 11,8 Mrd. € stand ein kassenmäßiger Fehlbetrag in Höhe von 29,7 Mrd. € gegenüber.

Die Zahlen des 1. Quartals eines Jahres bieten erfahrungsgemäß keine belastbare Grundlage für Vorhersagen zum weiteren Jahresverlauf. Die Gründe sind buchungstechnischer Art sowie die nicht gleichmäßige Verteilung von Zahlungseinkünften und -ausgängen im Bundeshaushalt.

**Ausblick:** Der Bundeshaushalt 2009 mit der Finanzplanung bis zum Jahr 2012 befindet sich derzeit im Haushaltsaufstellungsverfahren. Die Kabinettsbefassung mit dem Regierungsentwurf ist für den 25. Juni 2008 vorgesehen.

Tabelle 1: Gesamtübersicht für das 1. Quartal 2008

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis März 2008	Januar bis März 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:</b>					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>283,2</b>	<b>76,6</b>	<b>75,6</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>+ 1,3</b>
<b>2. Einnahmen</b>	<b>271,1</b>	<b>58,8</b>	<b>55,7</b>	<b>+ 3,1</b>	<b>+ 5,6</b>
– Steuereinnahmen	238,0	49,6	47,1	+ 2,5	+ 5,3
– Verwaltungseinnahmen	33,1	9,2	8,6	+ 0,6	+ 7,3
<b>Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo</b>	<b>– 12,1</b>	<b>– 17,8</b>	<b>– 19,9</b>	<b>+ 2,1</b>	<b>– 10,6</b>
<b>Die Deckung des Finanzierungssaldos:</b>					
Nettokreditaufnahme/ aktueller Kapitalmarktsaldo <sup>2</sup>	11,9	– 11,8	– 7,7	– 4,1	+ 54,0
Kassenmäßiger Fehlbetrag	–	29,7	27,6	+ 2,1	+ 7,5
Münzeinnahmen	0,2	– 0,1	– 0,04	– 0,05	X
<b>Nachrichtlich:</b>					
Investitionen (inklusive Darlehen)	24,7	4,4	4,4	– 0,03	– 0,7

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>2</sup> Soll: Nettokreditaufnahme, unterjährig: aktueller Kapitalmarktsaldo.

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis März 2008	Januar bis März 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Mehrausgaben ggü. Vorjahr</b>					
Elterngeld	4,0	1,0	0,03	+ 1,0	X
Postbeamtenversorgungskasse	6,1	1,0	–	+ 1,0	X
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	29,3	7,5	7,0	+ 0,5	+ 7,1
<b>Minderausgaben ggü. Vorjahr</b>					
Bundeseisenbahnvermögen	5,1	0,1	1,1	– 1,0	– 91,3
Erziehungsgeld	0,5	0,3	0,7	– 0,4	– 62,4
Zinsen	41,8	14,7	15,1	– 0,4	– 2,6
<b>Nachrichtlich:</b>					
Ablieferung Bundesbank	3,5	3,5	3,5	–	–

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

## Erläuterungen zu wesentlichen Ausgabeänderungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum<sup>1</sup>

In der Tabelle 2 sind wesentliche Einzelpositionen für Veränderungen zwischen dem Ergebnis Januar bis einschließlich März 2008 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum dargestellt.

**Elterngeld/Erziehungsgeld (Neuregelung der Familienförderung):** Ab dem 1. Januar 2007 wurde das bisherige Erziehungsgeld durch das Elterngeld ersetzt. Eltern, deren Kinder bis zu diesem Stichtag geboren wurden, haben aber weiterhin Anspruch auf Erziehungsgeld. Die bis März 2008 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1 Mrd. € gestiegenen Ausgaben beim Elterngeld ergeben sich aus dem größeren Bezieherkreise. Im Laufe des Jahres 2008 wird annähernd die volle Berechtigtenzahl erreicht. Demgegenüber gehen die Ausgaben für das Erziehungsgeld wegen sinkender Berechtigtenzahlen zurück (für 2008 wurden noch 470 Mio. € veranschlagt).

**Postbeamtenversorgungskasse:** Ehemalige Postbeamte erhalten Versorgungs- und Beihilfeleistungen von der Postbeamtenversorgungskasse. Die Finanzierung der Leistungen tragen der Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Die Postbeamtenversorgungskasse konnte durch den Verkauf ihrer Forderungen gegenüber den Postnachfolgeunternehmen ihren Bedarf in den Jahren 2005 bis 2007 fast vollständig ohne Bundeszuschüsse decken. Ab 2008 setzen nunmehr die gesetzlichen Zahlungsverpflichtungen des Bundes wieder in vollem Umfang ein.

**Verteidigung, einschließlich zivile Verteidigung:** Der Mittelabfluss im Bereich Verteidigung entwickelt sich im Jahresverlauf nicht gleichmäßig. Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres ergeben sich überwiegend durch unterschiedliche Zahlungsfälligkeiten bei Vorhaben im Bereich der militärischen Beschaffung bzw. Forschung und Entwicklung.

**Bundeseisenbahnvermögen:** Die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rd. 1 Mrd. € niedrigere Erstattung resultiert im Wesentlichen aus dem Zahlungseingang für die Privatisierung des Geschäftsanteils des Bundeseisenbahnvermögens an der Vivico Real Estate GmbH.

**Zinsen:** Das Ergebnis des ersten Quartals gibt keine Tendenz für das Jahr 2008 vor. Im Jahresverlauf werden die Zinsausgaben voraussichtlich über denen für 2007 liegen.

**Bundesbankgewinn:** Der Vorstand der Deutschen Bundesbank hat in seiner Sitzung am 11. März 2008 den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 festgestellt. Der ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 4,285 Mrd. € ist von der Deutschen Bundesbank am selben Tag an den Bund abgeführt worden. Die Abführung erfolgt jährlich nachträglich für das vorangegangene Geschäftsjahr. Es wurde ein Betrag von 3,5 Mrd. € im Bundeshaushalt vereinnahmt. Der überschießende Betrag von 0,785 Mrd. € wurde – wie es die gesetzliche Regelung seit 1999 vorschreibt – zur Schuldentilgung beim Erblastentilgungsfonds (ELF) eingesetzt.

<sup>1</sup> Anmerkung: Unterjährige Einnahme- bzw. Ausgabeänderungen haben oftmals lediglich buchungstechnische Gründe. Ursache hierfür sind ggf. ein späterer oder früherer Eingang von Buchungsbelegen oder eine Verschiebung von Fälligkeitszeitpunkten. Diese Effekte können sich im weiteren Jahresverlauf aufheben.

## 2 Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2008

### Steuerpolitik

Mit dem **Unternehmensteuerreformgesetz 2008** vom 14. August 2007 (BGBl. I S. 1912), welches zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, wird die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland deutlich erhöht. Nationalen wie internationalen Investoren werden attraktive steuerliche Rahmenbedingungen geboten, das Steueraufkommen wird langfristig gesichert und ein weiterer Verlust an der Steuerbasis verhindert. Für das Jahr 2008 werden Steuermindereinnahmen in Höhe von 6,6 Mrd. € erwartet. Auf mittlere Sicht soll eine jährliche steuerliche Entlastung von 5 Mrd. € nicht überschritten werden.

Die Kernelemente der Reform sind:

- die **Senkung des Körperschaftsteuersatzes** von 25 % auf 15 % sowie die gleichzeitige Senkung der Messzahl für die Berechnung der Gewerbesteuer auf 3,5 %, so dass einschließlich Solidaritätszuschlag eine nominale steuerliche Gesamtbelastung von 29,83 % (bei einem durchschnittlichen Hebesatz von 400 %), also eine Senkung um fast neun Prozentpunkte erreicht wird;
- eine **Tarifvergünstigung für thesaurierte Gewinne** von Personenunternehmen, die Belastungsgleichheit mit Kapitalgesellschaften herstellt;
- als besondere Mittelstandskomponente die Umgestaltung der bisherigen Ansparabschreibung nach § 7g EStG in einen verbesserten und einfacher zu handhabenden Investitionsabzugsbetrag für kleine und mittlere Unternehmen;
- die Erhöhung des Faktors zur **Anrechnung der Gewerbesteuer** auf die Einkommensteuer von 1,8 auf 3,8 – damit werden die meisten Personenunternehmen im wirtschaftlichen Ergebnis vollständig von der Gewerbesteuer entlastet;
- die Einführung einer „**modifizierten Zinsschranke**“ bei einer Freigrenze in Höhe von

1 Mio. € mit dem Ziel, einen im Verhältnis zu den geltend gemachten Finanzierungsaufwendungen angemessenen Gewinn zu versteuern sowie

- die Hinzurechnung in Höhe von 25 % aller Zinsen und der Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzen bei der Ermittlung des Gewerbeertrags (bei Gewährung eines Freibetrags in Höhe von 100 000 €).

Im Rahmen des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 wurde auch eine **Abgeltungsteuer** auf private Kapitaleinkünfte und Veräußerungsgewinne beschlossen. Dieser Reformschritt wird zwar erst zum 1. Januar 2009 umgesetzt, doch ist er eng mit der Reform der Unternehmensbesteuerung verbunden. Zukünftig werden alle im Privatvermögen zufließenden Kapitaleinkünfte einheitlich mit einer 25%igen, durch die Kreditinstitute einzubehaltenden Abgeltungsteuer belegt. Eine Veranlagungsoption bleibt bestehen. Somit erfahren Steuerpflichtige mit Zinseinkünften und einem unter 25 % liegenden individuellen Steuersatz keine Mehrbelastung.

Mit dem **Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements** vom 10. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2332) wurden die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Vereinbarungen insbesondere zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement durch eine Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts umgesetzt („Hilfen für Helfer“). Bürgerschaftliches Engagement wird rückwirkend ab Januar 2007 mit einem Volumen von rund 490 Mio. € jährlich stärker steuerlich gefördert als vorher.

Mit dem „**Zweiten Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft**“ vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246) wurden die Gewinn Grenzen für die Buchführungspflicht für kleine und mittlere Unternehmen von 30 000 € auf 50 000 € angehoben.

Im Rahmen des **Jahressteuergesetzes 2008 vom 20. Dezember 2007** (BGBl. I S. 3150) wurde eine Vielzahl von Regelungen beschlossen, die insbesondere den Bürokratieabbau und die Steuerrechtsvereinfachung, die Umsetzung europarechtlicher Vorgaben sowie fachliche Einzelmaßnahmen zum Gegenstand haben.

## Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

**Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung:** Nachdem die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bereits zum 1. Januar 2007 von 6,5 % auf 4,2 % deutlich gesenkt wurden (Haushaltsbegleitgesetz 2006), werden beitragspflichtige Arbeitnehmer und Arbeitgeber seit dem 1. Januar 2008 nochmals durch eine Beitragssatzsenkung um 0,9 Prozentpunkte auf dann 3,3 % nachhaltig entlastet (bei gleichzeitiger Erhöhung des Pflegebeitrages um 0,25 Prozentpunkte zum 1. Juli 2008). Möglich wurde diese weitere Beitragssatzsenkung durch die mit der erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt einhergehende positive Entwicklung des Haushaltes der Bundesagentur für Arbeit (BA).

**Aussteuerungsbetrag/Eingliederungsbeitrag:** Der von der BA an den Bund zu zahlende Aussteuerungsbetrag nach § 46 Abs. 4 SGB (Sozialgesetzbuch) II wurde zum Ende des Jahres 2007 abgeschafft. Stattdessen wird sich die BA ab dem Jahr 2008 mit einem Eingliederungsbeitrag zur Hälfte an den vom Bund zu tragenden Aufwendungen für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Eingliederungsleistungen) und den Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitssuchende beteiligen. Dies sind 5 Mrd. € in 2008. Mit dem reformierten Instrument sollen Anreize für die BA gesetzt werden, Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden und damit ihren Eingliederungsbeitrag entsprechend zu vermindern. Weiterhin bleibt eine Ausgleichskomponente erhalten, weil die BA durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe von bis dahin erbrachten Eingliederungs- und Verwaltungsleistungen für Langzeitarbeitslose entlastet worden ist.

**Verlängerung der Anspruchsdauer beim Arbeitslosengeld für Ältere** (7. Gesetz zur Änderung des SGB III vom 8. April 2008, BGBl. I vom 11. April 2008 S.681): Die Reformen am Arbeitsmarkt und die gute konjunkturelle Entwicklung haben dazu beigetragen, dass die Erwerbstätigenquote der älteren Arbeitnehmer deutlich gestiegen ist. Gleichwohl gestaltet sich die berufliche Wiedereingliederung für viele ältere Arbeitnehmer nach wie vor schwierig. Deshalb soll die soziale Sicherung der älteren Arbeitnehmer und ihre Integration in den Arbeitsmarkt

verbessert werden. Als zusätzliches Förderinstrument wird ein Eingliederungsgutschein eingeführt. Dieser unterstützt die betroffenen älteren Arbeitnehmer bei ihrer Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. In den Eingliederungsvereinbarungen, die die Agenturen für Arbeit mit den betroffenen älteren Arbeitnehmern treffen, werden gleichzeitig notwendige Eigenbemühungen festgehalten. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitslose hat sich wie folgt verlängert: 15 Monate ab 50 Jahren (30 Monate Vorversicherungszeiten (VVZ) innerhalb der letzten fünf Jahre), 18 Monate ab 55 Jahren (36 Monate VVZ innerhalb der letzten fünf Jahre) und 24 Monate ab 58 Jahren (48 Monate VVZ innerhalb der letzten fünf Jahre).

Für **Regionen mit besonders verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit** ist das Programm „Kommunal-Kombi“ seit dem 1. Januar 2008 in Kraft: Bis 31. Dezember 2009 sollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten in Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit geschaffen werden. Förderfähig sind insgesamt 79 Regionen mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von mindestens 15 %. Das Programm richtet sich an Menschen, die seit mindestens einem Jahr Arbeitslosengeld II beziehen und seit zwei oder mehr Jahren arbeitslos sind.



## Weitere wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2008

Mit dem **22. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG)** vom 23. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3254) erhöhten Bund und Länder ihre Leistungen erheblich. Durch die Kombination von Maßnahmen werden rund 100 000 Studenten (einschl. Fach- und Berufsschüler) zusätzlich in der Förderung erreicht. Das bedeutet für viele eine erhöhte Attraktivität zur Aufnahme eines Studiums und trägt somit zum Ziel einer breiteren Beteiligung an Hochschulbildung erheblich bei. Im Ergebnis steigen die BAföG-Bedarfssätze um 10 %. Die Freibeträge werden um 8 % angehoben. Außerdem wurde die Hin-

zuverdienstgrenze für alle Auszubildenden auf die Höhe der auch für so genannten „Minijobs“ geltenden Einkommensgrenze von 400 € monatlich ausgedehnt. Diese Änderungen treten zum 1. Oktober 2008 in Kraft. Sofort nach Inkrafttreten der BAföG-Novelle wirksam ist der für Auszubildende mit Kindern gezahlte Kinderbetreuungszuschlag in Höhe von 113 € monatlich für das erste und 85 € für jedes weitere Kind.

### 3 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

#### Soziale Sicherung

In Tabelle 3 sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung dargestellt. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpoli-

**Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung**

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis März 2008	Januar bis März 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Leistungen an die Rentenversicherung (RV)</b>	<b>78,2</b>	<b>25,0</b>	<b>24,9</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 0,3</b>
– Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter u. Angestellten	38,2	12,7	12,7	+ 0,03	+ 0,2
– zusätzlicher Zuschuss an die RV	18,2	6,1	5,9	+ 0,1	+ 2,0
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,5	2,9	2,9	– 0,02	– 0,6
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,4	0,1	0,2	– 0,02	– 10,2
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche/hüttenknappschaftliche RV	6,2	2,1	2,1	– 0,1	– 2,7
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die RV	2,6	0,8	0,8	+ 0,03	+ 3,2
Nachrichtlich:					
– Überführung der Sondernversorgungssysteme in die RV	1,6	0,5	0,5	– 0,002	– 0,5
<b>Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen</b>	<b>2,5</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>Landwirtschaftliche Sozialpolitik</b>	<b>3,7</b>	<b>1,2</b>	<b>1,0</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>+ 23,3</b>
darunter:					
– Alterssicherung	2,4	0,6	0,6	– 0,01	– 1,9
– Krankenversicherung	1,2	0,3	0,3	+ 0,005	+ 1,6
– Unfallversicherung	0,1	0,3	0,1	+ 0,2	X
<b>Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>42,9</b>	<b>10,5</b>	<b>10,7</b>	<b>– 0,3</b>	<b>– 2,5</b>
darunter:					
– Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (Transferzahlung aus Mehrwertsteuererhöhung 2007)	7,6	1,9	1,6	+ 0,3	+ 17,3
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,4	0,1	0,4	– 0,3	– 79,2
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende	34,9	8,5	8,8	– 0,3	– 3,1
darunter:					
– Arbeitslosengeld II	20,9	5,7	6,0	– 0,3	– 5,6
– Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,9	1,0	1,1	– 0,1	– 9,0
– Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	3,6	0,8	0,6	+ 0,2	+ 27,0
– Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	6,4	1,0	1,0	+ 0,02	+ 2,0
<b>Elterngeld</b>	<b>4,0</b>	<b>1,0</b>	<b>0,03</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>X</b>
<b>Erziehungsgeld</b>	<b>0,5</b>	<b>0,3</b>	<b>0,7</b>	<b>– 0,4</b>	<b>– 62,4</b>
<b>Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG</b>	<b>0,2</b>	<b>0,03</b>	<b>0,03</b>	<b>– 0,003</b>	<b>– 9,9</b>
<b>Wohngeld</b>	<b>1,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>– 0,04</b>	<b>– 28,4</b>
<b>Wohnungsbau-Prämiengesetz</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>+ 0,01</b>	<b>+ 4,9</b>
<b>Kriegsopferversorgung und -fürsorge</b>	<b>2,3</b>	<b>0,7</b>	<b>0,8</b>	<b>– 0,1</b>	<b>– 11,1</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.



tischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Für die soziale Sicherung sind im Bundeshaushalt 2008 140,3 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 49,5 % an den Gesamtausgaben.

## Allgemeine Dienste

Bei den in Tabelle 4 dargestellten wesentlichen Ausgaben des Bundes für „Allgemeine Dienste“ handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste sind im Bundeshaushalt 2008 mit 50,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 17,7 % an den Gesamtausgaben.

## Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Tabelle 5 (siehe S. 50) gibt einen Überblick über die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Für diesen Aufgabenbereich sind im Bundeshaushalt 2008 13,8 Mrd. € vorgesehen. Dies entspricht einem Anteil von 4,9 % an den Gesamtausgaben.

## Verkehrs- und Nachrichtenwesen

In der Tabelle 6 (siehe S. 51) sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen abgebildet. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen sowie Bau, Ausbau und Ersatzinvestitionen in die Schienenwege der

Tabelle 4: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis März 2008	Januar bis März 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)</b>	<b>29,3</b>	<b>7,5</b>	<b>7,0</b>	<b>+ 0,5</b>	<b>+ 7,1</b>
– Obergruppe 55: Militärische Beschaffungen, Wehrforschung und militärische Entwicklung, Materialerhaltung, Baumaßnahmen usw.	9,5	2,2	1,6	+ 0,6	+ 35,7
<b>Wirtschaftliche Zusammenarbeit</b>	<b>5,0</b>	<b>1,7</b>	<b>1,5</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 9,2</b>
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	2,1	0,6	0,6	+ 0,04	+ 7,3
– Beteiligung an Einrichtungen der Weltbankgruppe	0,5	0,3	0,2	+ 0,05	+ 19,1
– Beitrag zu den „Europäischen Entwicklungsfonds“	0,8	0,4	0,4	+ 0,1	+ 15,1
– Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen	0,3	0,1	0,1	+ 0,01	+ 24,1
<b>Politische Führung und zentrale Verwaltung (Oberfunktion 01)</b>	<b>7,0</b>	<b>1,7</b>	<b>2,2</b>	<b>– 0,5</b>	<b>– 24,2</b>
– Zivildienst	0,6	0,1	0,1	+ 0,01	+ 6,9
<b>Finanzverwaltung (Oberfunktion 06)</b>	<b>3,6</b>	<b>0,7</b>	<b>0,7</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 1,8</b>
<b>Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Oberfunktion 04)</b>	<b>3,4</b>	<b>0,7</b>	<b>0,6</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 16,6</b>
Nachrichtlich:					
<b>Ausgaben für Versorgung</b>	<b>7,0</b>	<b>2,0</b>	<b>2,5</b>	<b>– 0,6</b>	<b>– 21,9</b>
– Ziviler Bereich	2,8	0,7	1,3	– 0,6	– 44,5
– Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,2	1,3	1,3	+ 0,01	+ 0,9

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 5: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis März 2008	Januar bis März 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>				in %
<b>Investitionsprogramm Ganztagschulen</b>	<b>0,5</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 30,3</b>
<b>Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen</b>	<b>7,8</b>	<b>0,9</b>	<b>1,2</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 22,8</b>
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	3,0	0,3	0,4	- 0,1	- 16,0
darunter:					
– Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Berlin	0,6	0,1	0,1	- 0,003	- 3,3
– Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG) in München	0,4	0,03	0,03	+ 0,001	+ 3,6
– Forschungszentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (ohne DLR)	1,4	0,2	0,2	- 0,05	- 22,2
– Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) einschließlich nationales Weltraumprogramm und ESA	1,0	0,05	0,3	- 0,2	- 82,2
– Technologie und Innovation im Mittelstand	0,6	0,1	0,1	- 0,003	- 5,1
– Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,2	0,01	0,01	- 0,001	- 10,5
– Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit	0,3	0,02	0,03	- 0,01	- 27,7
<b>Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)</b>	<b>1,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>- 0,001</b>	<b>- 0,4</b>
<b>Hochschulen</b>	<b>2,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 24,3</b>
– Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,2	0,2	-	0,0
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn	0,8	0,1	0,2	- 0,1	- 45,1
– Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,03	-	+ 0,03	X
– Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,1	0,01	+ 0,05	X
– Hochschulpakt 2020	0,2	0,1	-	+ 0,1	X
<b>Berufliche Weiterbildung</b>	<b>0,2</b>	<b>0,01</b>	<b>0,01</b>	<b>+ 0,005</b>	<b>+ 92,3</b>
Nachrichtlich: Kunst- und Kulturpflege inklusive kulturelle Angelegenheiten im Ausland	1,7	0,7	0,7	+ 0,02	+ 3,2

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Eisenbahnen des Bundes. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sind im Bundeshaushalt 2008 auf 11,1 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 3,9 % an den Gesamtausgaben. Mit 7,6 Mrd. € werden 30,6 % der investiven Ausgaben des Bundes im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesens getätigt.

### Wirtschaftsförderung

In Tabelle 7 (siehe S. 51) sind die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gewerbe und Dienstleistungen, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft aufgeführt.

Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2008 auf 6,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,1 % an den Gesamtausgaben.

### Übrige Ausgaben

Tabelle 8 (siehe S. 52) gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Wohnungswesen, Gesundheit und Sport und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen auf die Bundesschuld.

Tabelle 6: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis März 2008	Januar bis März 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>				in %
<b>Straßen (ohne Gemeindeverkehrs- finanzierungsgesetz)</b>	<b>6,0</b>	<b>0,8</b>	<b>0,7</b>	<b>+ 0,04</b>	<b>+ 5,4</b>
– Bundesautobahnen	3,3	0,5	0,5	– 0,02	– 3,4
– Bundesstraßen	2,4	0,3	0,2	+ 0,05	+ 23,6
<b>Wasserstraßen und Häfen</b>	<b>1,5</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>+ 0,04</b>	<b>+ 20,5</b>
<b>Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden</b>	<b>1,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	–	–
<b>Finanzhilfen an die Länder für die Schienen- infrastruktur und Investitionszuschüsse für den öffentlichen Personennahverkehr</b>	<b>0,3</b>	<b>0,04</b>	<b>0,1</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 27,5</b>
Nachrichtlich: Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunter- nehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8:					
– Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	3,7	0,4	0,5	– 0,2	– 28,6
– Bundeseisenbahnvermögen	5,1	0,1	1,1	– 1,0	– 91,3

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 7: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis März 2008	Januar bis März 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>				in %
<b>Regionale Förderungsmaßnahmen</b>	<b>0,7<sup>2</sup></b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 66,2</b>
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirt- schaftsstruktur“	0,6	0,2	0,1	+ 0,1	+ 93,2
<b>Förderung des Kohlenbergbaus</b>	<b>2,0</b>	<b>1,8</b>	<b>1,7</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 6,6</b>
<b>Mittelstandsförderung<sup>3</sup></b>	<b>0,8</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>+ 0,01</b>	<b>+ 13,0</b>
<b>Förderung erneuerbarer Energien</b>	<b>0,4</b>	<b>0,04</b>	<b>0,04</b>	<b>– 0,002</b>	<b>– 4,2</b>
<b>Gewährleistungen</b>	<b>1,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>+ 0,02</b>	<b>+ 18,9</b>
<b>Landwirtschaft</b>	<b>1,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>+ 0,02</b>	<b>+ 21,2</b>
– Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	0,6	0,02	0,03	– 0,01	– 36,3

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>2</sup> Soll ohne EFRE-Mittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung).

<sup>3</sup> Ohne Altprogramme.

Tabelle 8: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis März 2008	Januar bis März 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Zinsen</b>	<b>41,8</b>	<b>14,7</b>	<b>15,1</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 2,6</b>
<b>Wohnungswesen</b>	<b>1,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 27,6</b>
darunter die Schwerpunkte:					
- Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,1	0,1	+ 0,01	+ 4,6
- Energetische Sanierungs- und Wohnraum- modernisierungsprogramme der KfW	0,6	0,1	0,1	- 0,02	- 27,1
<b>Städtebauförderung</b>	<b>0,5</b>	<b>0,1</b>	<b>0,05</b>	<b>+ 0,01</b>	<b>+ 13,6</b>
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>1,0</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>+ 0,02</b>	<b>+ 15,0</b>
<b>Postbeamtenversorgungskasse</b>	<b>6,1</b>	<b>1,0</b>	<b>-</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>-</b>
<b>Nachfolgeeinrichtungen der Treuhand- anstalt</b>	<b>0,3</b>	<b>0,05</b>	<b>0,1</b>	<b>- 0,001</b>	<b>- 2,7</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

## 4 Entwicklung der Einnahmen

In der Tabelle 9 (siehe S. 53) sind die Einnahmen des Bundes im Jahr 2008 aufgeführt. Den weitest- aus größten Anteil (87,8 %) haben die im Soll 2008 mit 238,0 Mrd. € veranschlagten Steuereinnah-

men. Sonstige Einnahmen sind im Jahr 2008 in Höhe von 33,1 Mrd. € vorgesehen, was einem Anteil von 12,2 % an den Einnahmen insgesamt entspricht. Zur Deckung des Finanzierungssaldos aus Ausgaben und Einnahmen sind eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 11,9 Mrd. € und Münzeinnahmen in Höhe von 0,2 Mrd. € veranschlagt.

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2008	Januar bis März 2008	Januar bis März 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Einnahmen</b>	<b>271,1</b>	<b>58,8</b>	<b>55,7</b>	<b>+ 3,1</b>	<b>+ 5,6</b>
darunter:					
<b>Steuern</b>	<b>238,0</b>	<b>49,6</b>	<b>47,1</b>	<b>+ 2,5</b>	<b>+ 5,3</b>
<b>Bundesanteile an Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage</b>	<b>191,7</b>	<b>44,3</b>	<b>40,8</b>	<b>+ 3,5</b>	<b>+ 8,7</b>
– Lohnsteuer	59,9	12,6	11,5	+ 1,1	+ 9,2
– Veranlagte Einkommensteuer	12,7	1,6	0,4	+ 1,2	X
– Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	7,1	1,5	1,4	+ 0,2	+ 10,2
– Zinsabschlag	5,3	2,4	1,8	+ 0,5	+ 29,0
– Körperschaftsteuer	8,9	2,4	2,7	– 0,3	– 13,0
– Steuern vom Umsatz	96,6	23,8	23,0	+ 0,9	+ 3,7
– Gewerbesteuerumlage	1,2	0,1	0,04	+ 0,03	+ 70,9
<b>Bundessteuern</b>	<b>87,9</b>	<b>17,5</b>	<b>17,4</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 0,8</b>
– Energiesteuer	40,3	4,7	4,5	+ 0,1	+ 2,8
– Tabaksteuer	14,1	2,5	2,9	– 0,4	– 12,7
– Solidaritätszuschlag	12,8	3,2	2,9	+ 0,2	+ 8,3
– Versicherungssteuer	10,5	4,5	4,5	+ 0,04	+ 0,8
– Stromsteuer	6,6	1,5	1,6	– 0,1	– 6,1
– Branntweinsteuer	2,2	0,6	0,4	+ 0,2	+ 50,7
– Kaffeesteuer	1,0	0,2	0,3	– 0,1	– 23,3
– Schaumweinsteuer	0,5	0,2	0,1	+ 0,1	+ 57,5
– Sonstige Bundessteuern	0,001	0,001	0,001	+ 0,0	+ 4,1
<b>Abzugsbeträge<sup>2</sup></b>	<b>– 41,7</b>	<b>– 11,1</b>	<b>– 11,5</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>– 3,1</b>
– Ergänzungszuweisungen an Länder	– 14,7	– 3,6	– 3,7	+ 0,1	– 2,8
– Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Ener- giesteueraufkommen	– 6,6	– 1,7	– 1,7	+ 0,01	– 0,5
– Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	– 4,1	– 1,6	– 1,4	– 0,2	+ 16,2
– Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	– 16,2	– 5,4	– 4,4	– 1,1	+ 24,6
<b>Sonstige Einnahmen</b>	<b>33,1</b>	<b>9,2</b>	<b>8,6</b>	<b>+ 0,6</b>	<b>+ 7,3</b>
darunter:					
– Abführung Bundesbank	3,5	3,5	3,5	–	–
– Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	12,5	0,8	1,5	– 0,7	– 47,0
– Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	–	–	0,5	– 0,5	– 100,0
– Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	5,0	1,3	–	+ 1,3	X

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.<sup>2</sup> Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden.



# Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2008

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im 1. Quartal 2008 .....	55
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 1. Quartals 2008 .....	57
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen .....	57

- Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (ohne Gemeindesteuern) stiegen im 1. Quartal 2008 um +7,5 %.
- Alle Gebietskörperschaften verbuchten Zuwächse.
- Das Körperschaftsteueraufkommen lag trotz Unternehmensteuerreform und Bankenkrise nur um 700 Mio. € unter Vorjahresniveau.

## 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern)<sup>1</sup> im 1. Quartal 2008

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. Quartal 2008 nach

endgültigen Ergebnissen 118,8 Mrd. €, das sind + 8,3 Mrd. € bzw. + 7,5 % mehr als im 1. Quartal 2007.

Die Steuereinnahmen im 1. Quartal 2008 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar.

Das Aufkommen der **gemeinschaftlichen Steuern** nahm im 1. Quartal 2008 im Vorjahres-

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2008

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	1. Quartal – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2008	2007	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	94 239	85 884	8 355	9,7
Reine Bundessteuern	17 515	17 377	138	0,8
Reine Ländersteuern	6 114	6 354	– 240	– 3,8
Zölle	980	962	18	1,8
<b>Steuereinnahmen insges. (ohne reine Gemeindesteuern)</b>	<b>118 847</b>	<b>110 577</b>	<b>8 270</b>	<b>7,5</b>

Differenzen in den Summen durch Rundung.

<sup>1</sup> Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

vergleich um + 9,7 % zu. Getragen wurde diese Entwicklung von allen Einzelsteuern mit Ausnahme der Körperschaftsteuer.

Die Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt führte zu einem Einnahmeplus bei der **Lohnsteuer** um + 7,6 %. Positiv beeinflusst wurde dieses Ergebnis insbesondere auch durch den Rückgang der aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldzahlungen um – 1,4 %.

Die Einnahmen aus der **veranlagten Einkommensteuer** stiegen im Berichtszeitraum um mehr als das Vierfache auf 3,7 Mrd. €, begünstigt durch verminderte Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer (– 18,9 %) sowie den Rückgang der Zahlungen von Investitionszulage (– 11,4 %) und Eigenheimzulage (– 18,0 %). Allein durch den Wegfall eines weiteren Förderjahrganges bei der schwerpunktmäßig im März auszahlenden Eigenheimzulage konnten 1,3 Mrd. € positiv verbucht werden.

Das Aufkommen aus der **Körperschaftsteuer** hat im 1. Quartal 2008 einen Rückgang zu verzeichnen (– 13,0 %). Dennoch haben sich die Unternehmensteuerreform und die jüngste Bankenkrise bisher weniger aufkommensmindernd ausgewirkt als erwartet. Vielmehr ist der Rückgang vor allem durch Sonderfälle mit hohen Erstattungen für vergangene Jahre und zu einem Drittel höheren Investitionszulagen (+ 28,0 %) zu erklären.

Bei den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** (+ 10,2 %) und beim **Zinsabschlag** (+ 29,0 %) setzte sich die positive Entwicklung weiter fort, obwohl sich gerade beim Zinsabschlag in den beiden letzten Monaten des Quartals die Kürzung des Sparerfreibetrages im Vorjahresvergleich nicht mehr niederschlägt.

Die Einnahmen aus den **Steuern vom Umsatz** stiegen im 1. Quartal 2008 insgesamt lediglich um + 5,4 %, obwohl sich im Januar und Februar die Steuersatzerhöhung im Vergleich zum Vorjahr noch auswirkte. Während die Einfuhrumsatzsteuer für Importe aus Nicht-EU-Ländern einen Zuwachs um + 14,8 % aufweist, konnte das Umsatzsteuerniveau gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur um + 2,6 % verbessert werden. Momentan zeigen die Verbraucher nach wie vor ein eher vorsichtiges Konsumverhalten. Es bleibt abzuwarten, wann sich hier die vereinbarten Lohnsteigerungen und die zunehmende Anzahl

von Erwerbstätigen in Richtung Umsatzsteigerung auswirken.

Die **reinen Bundessteuern** verzeichneten in den ersten drei Monaten des Jahres mit + 0,8 % einen moderaten Anstieg. Insbesondere die Rückgänge bei der Tabaksteuer (– 12,7 %) und der Stromsteuer (– 6,1 %) schlugen hier negativ zu Buche. Bei der Tabaksteuer scheinen sich die beschlossenen Maßnahmen zum Nichtraucher-schutz nachhaltig aufkommensmindernd auszuwirken.

Von den aufkommensstärksten Steuern konnten die Energiesteuer (+ 2,8 %), der Solidaritätszuschlag (+ 8,3 %) sowie die Versicherungssteuer (+ 0,8 %) Einnahmewüchse melden. Dabei profitierte der Solidaritätszuschlag von der Verbreiterung seiner Bemessungsgrundlage.

Die **reinen Ländersteuern** unterschritten im 1. Quartal 2008 ihr Vorjahresniveau um – 3,8 %. Lediglich die Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 4,8 %), die Feuerschutzsteuer (+ 2,1 %) und die Biersteuer (+ 0,3 %) weisen positive Veränderungsraten auf, während bei der Kraftfahrzeugsteuer (– 1,7 %), der Grunderwerbsteuer (– 8,3 %) und der Erbschaftsteuer (– 5,5 %) deutlich weniger Einnahmen erzielt werden konnten. Während der Rückgang bei der üblicherweise stark schwankenden Erbschaftsteuer kein Hinweis auf eine Trendwende bei der Aufkommensentwicklung ist, scheint der „Boom“ beim Verkauf von Immobilien, der im vergangenen Jahr zu hohen Zuwachsraten beim Aufkommen der Grunderwerbsteuer führte, vorerst vorbei zu sein.





## 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 1. Quartals 2008

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) lagen im **Januar 2008** mit + 10,3 % über dem vergleichbaren Vorjahresergebnis. Die gemeinschaftlichen Steuern legten um + 10,4 % und die Einnahmen aus den Bundessteuern um + 20,2 % zu. Die Ländersteuern erreichten ihr Vorjahresniveau.

Im **Februar 2008** gingen insgesamt um + 3,8 % mehr Steuern ein als im Vergleichsmonat. Während das Aufkommen bei den gemeinschaftlichen Steuern um + 7,5 % stieg, unterschritten die Bundes- und die Ländersteuern ihr Vorjahresergebnis um – 7,8 % bzw. – 1,8 %. Bei den Bundessteuern zeichneten hierfür insbesondere die Energiesteuer (– 13,2 %), die Tabaksteuer (– 15,8 %) und die Stromsteuer (– 15,7 %) verantwortlich, bei den Ländersteuern die Grunderwerbsteuer (– 12,1 %) und die Erbschaftsteuer (– 6,9 %).

Der Gesamtzuwachs in Höhe von + 8,6 % im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat **März 2008** resultierte aus Einnahmesteigerungen bei den gemeinschaftlichen Steuern (+ 11,2 %). Die Bundessteuern übertrafen ihr Vorjahresniveau um + 3,6 %, getragen von Mehreinnahmen aus der Energiesteuer (+ 7,3 %), der Versicherungssteuer (+ 8,2 %) und dem Solidaritätszuschlag (+ 5,8 %). Die Ländersteuern verzeichneten insgesamt ein Absinken um – 9,9 %, wobei ein starker Rückgang hier u. a. bei der Erbschaftsteuer (– 16,4 %), der Grunderwerbsteuer (– 13,8 %) und der Kraftfahrzeugsteuer (– 3,8 %) festzustellen war.

## 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2008 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

Im Berichtszeitraum konnten alle Gebietskörperschaften im Vorjahresvergleich Zuwächse verbuchen. Die höheren EU-Abführungen gehen weitgehend zu Lasten des Bundes. Die Einnahmen der Länder sind daher stärker gestiegen als die Einnahmen des Bundes, obwohl sich die Zuwächse aus den Gemeinschaftssteuern ungefähr hälftig auf Bund und Länder verteilen.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. Quartal 2008 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter [http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Wirtschaft\\_\\_und\\_\\_Verwaltung/Steuern/Steuerschaetzung\\_\\_einnahmen/Steuereinnahmen/001.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Steuern/Steuerschaetzung__einnahmen/Steuereinnahmen/001.html).

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

	1. Quartal – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2008	2007	in Mio. €	in %
Bund <sup>1</sup>	50 907	48 565	2 342	4,8
EU	8 006	6 693	1 313	19,6
Länder <sup>1</sup>	52 932	49 279	3 654	7,4
Gemeinden <sup>2</sup>	7 002	6 040	962	15,9
<b>Zusammen</b>	<b>118 847</b>	<b>110 577</b>	<b>8 270</b>	<b>7,5</b>

Differenzen in den Summen durch Rundung.

<sup>1</sup> Nach Bundesergänzungszuweisungen.

<sup>2</sup> Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Zinsabschlag und Steuern vom Umsatz.

## 13. Nordisch-Baltische Finanzministerkonferenz am 17./18. April 2008 in Hamburg

1	Einleitung .....	59
2	Die Nordisch-Baltische Finanzministerkonferenz .....	59
3	Die Ostsee – eine Modellregion in Europa .....	61
4	Die baltischen Länder in der EU: rascher Aufholprozess .....	62
5	Reformvorbilder – die skandinavischen Länder .....	63
6	Polen – auf dem Weg zur modernen Dienstleistungsgesellschaft .....	64
7	Fazit .....	65

- Nach 1996 fand die Nordisch-Baltische Finanzministerkonferenz zum zweiten Mal in Deutschland statt.
- Schwerpunktthemen waren Fragen der Bildungsfinanzierung sowie Chancen und Risiken von Staatsfonds.
- Die nächste Konferenz wird 2009 in Schweden stattfinden.

### 1 Einleitung

Die Ostsee verbindet heute auch wieder wirtschaftlich Mitteleuropa mit Nordeuropa und Westeuropa mit Osteuropa. Die enge wirtschaftliche Kooperation in der Ostseeregion ist nach Jahrzehnten der Trennung wieder selbstverständlich. Seit dem Umbruch von 1989/1990 hat die Ostseeregion einen beispiellosen Transformationsprozess durchlaufen. Wirtschaftliche Prosperität und politische Stabilität kennzeichnen heute die Region. Auch Deutschland hat von dieser Entwicklung profitiert.

Die Pflege guter nachbarschaftlicher Beziehungen in der Region ist deshalb mehr als nur ein Gebot der Höflichkeit, sondern für die Anrainerstaaten von vitalem Interesse. Nach 1989/1990 entstand eine Reihe von politischen Netzwerken und Kooperationsformen, der Ostseerat der Außenminister und die Nordisch-Baltische Finanzministerkonferenz gehören dazu.

### 2 Die Nordisch-Baltische Finanzministerkonferenz

Die Finanzminister der Region folgten 1996 der Initiative des damaligen deutschen Finanzministers Theo Waigel und riefen die Nordisch-Baltische Finanzministerkonferenz ins Leben. Die Konferenz fand zum ersten Mal vor zwölf Jahren in Boltenhagen statt. Ziel war es, den finanzpolitischen Dialog zwischen den skandinavischen Staaten (Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland), den baltischen Staaten (Litauen, Lettland und Estland) sowie Island, Polen und Deutschland zu intensivieren. Russland ist regelmäßig Gast. Die Konferenz tagt einmal jährlich und zeichnet sich durch ihren informellen Charakter aus. Ein Sekretariat oder ein Statut gibt es nicht.

In diesem Jahr war Deutschland zum zweiten Mal Gastgeber. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hatte am 17./18. April zur 13. Konferenz nach Hamburg eingeladen.

Die Konferenzthemen waren bzw. sind immer auch ein Spiegel der jeweiligen Zeit: In den letzten Jahren waren insbesondere die Strukturpolitiken zur Generierung von wirtschaftlichem Wachstum und Arbeitsplätzen sowie die Auswirkungen der Globalisierung und der EU-Erweiterung von 2004 Schwerpunktthemen der Konferenz. Die Tagung in Hamburg war Zukunftsthemen gewidmet: Die Finanzminister diskutierten schwerpunktmäßig Fragen der Bildungsfinanzierung und über die Chancen und Risiken von Staatsfonds.

Es war einhellige Auffassung der nordisch-baltischen Finanzminister, dass Bildung die wirtschaftlichen Entwicklungschancen eines Landes und damit die Steuerbasis des modernen Staates mitbestimmt. In Zeiten des raschen technologischen und strukturellen Wandels nimmt die Rolle der Bildung für die Erwerbschancen zu, wobei sowohl die Einzelnen als auch der Staat gefordert sind. Da Bildungsausgaben einen erheblichen Teil der öffentlichen Ausgaben stellen, forderten die Finanzminister in ihrem Abschlusskommuniqué eine pro-aktive und nachhaltige Fiskalpolitik, die das Bildungswesen in besonderer Weise einbeziehen müsse. Zugleich betonten sie mit Blick auf die Begrenztheit öffentlicher Finanzmittel die Verantwortung von Gesellschaft, Bürgern, Arbeitgebern und Gewerkschaften, einen angemessenen Beitrag für Aus- und Fortbildung zu leisten.

So genannte Staatsfonds haben in jüngster Zeit besondere Aufmerksamkeit erfahren und kontroverse Diskussionen ausgelöst. Finanzminister Steinbrück würdigte in Hamburg die positiven Aspekte von Staatsfonds in Geber- und Empfängerländern, wies jedoch auch auf mögliche Risiken für das internationale Finanzsystem wie für die nationale Sicherheit und Ordnung in den Empfängerländern hin. Mit Norwegen und Russland gehörten der Konferenz zwei so genannte Geberländer an, die die Funktion ihrer Staatsfonds erläuterten.

Bei der Konferenz in Hamburg lagen die Meinungen der Teilnehmer über Chancen und Risiken von Staatsfonds nicht so weit auseinander wie anfänglich vielleicht vermutet. Es herrschte Einvernehmen, dass viele Staatsfonds transparenter werden und die Empfängerländer klaren Regeln für Direktinvestitionen folgen sollten,

um Risiken einzudämmen und protektionistische Maßnahmen zu vermeiden. In diesem Zusammenhang wurden die Arbeiten von OECD und IWF hierzu ausdrücklich unterstützt.

### 3 Die Ostsee – eine Modellregion in Europa

Der Ostseeraum wird vielfach auch als Modellregion bezeichnet. Keine Region in Europa schneidet in internationalen Rankings so gut ab wie der Norden, und dies in vielen Bereichen: Wettbewerbsfähigkeit, Bildung, aber auch die Finanzpolitik gehören dazu.

Da es für die Region unterschiedliche Bezeichnungen gibt (Baltic Sea, Nord-Ost-Europa, nördliche Dimension), variieren die Angaben zur Region. Im Allgemeinen zählen die Anrainerländer Deutschland, Polen, die baltischen und die skandinavischen Staaten dazu, wobei letztere insgesamt der Region zugerechnet werden, Deutschland und Polen nur mit den angrenzenden Teilgebieten. Die Region umfasst eine Fläche von ca. 1,5 Mio. km<sup>2</sup>. Die Bevölkerungsangaben schwanken zwischen 50 bis 60 Mio. Einwohnern.

Die Handelsbeziehungen in der Ostseeregion haben sich in den vergangenen Jahren dynamisch entwickelt. Die baltischen Staaten wickeln heute einen Großteil des Außenhandels mit den Anrainerländern ab. In Lettland basieren rund 80 % des Außenhandelsvolumens auf Handelsbeziehungen zu den Staaten aus der Region; in Estland ca. 70 % und in Litauen etwa zwei Drittel. Selbst die skandinavischen Staaten und Polen wickeln rund die Hälfte ihrer Handelsbeziehungen mit den Anrainerstaaten ab.

Deutschland ist für alle Ostseeanrainerstaaten ein bedeutender Handelspartner. 2007 gingen mit ca. 124 Mrd. € knapp 13 % aller deutschen Exporte in die Länder der Ostseeregion. Wichtigste Abnehmerländer der Region sind Polen (36 Mrd. €), Russland (28 Mrd. €) und Schweden (21 Mrd. €). Erdöl- bzw. Erdgaslieferungen aus Russland und Norwegen sind für Deutschland von großer Bedeutung.



## 4 Die baltischen Länder in der EU: rascher Aufholprozess

Die geschichtliche und die wirtschaftliche Entwicklung der drei Baltikumstaaten Estland, Lettland und Litauen weisen starke Parallelen auf. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit 1991 gestaltete sich die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft in allen drei Staaten anfangs sehr schwierig. Die Wirtschaftskraft litt zunächst unter den Begleiterscheinungen von hoher Arbeitslosigkeit und Hyperinflation. Im Laufe der 90er Jahre stabilisierte sich die wirtschaftliche Lage. Seit über zehn Jahren verzeichnen die baltischen Länder ein beachtliches Wirtschaftswachstum – im hohen einstelligen Bereich. 2006 wurden in Estland mit 11,2 % und in Lettland mit 12,2 % Rekordwachstumsraten erreicht.

Der überhitzte Immobilienmarkt und hohe Steigerungen von Energie- und Lebensmittelpreisen führten 2007 zu einer Abschwächung der Binnennachfrage, dem Motor des Wirtschaftswachstums. Dieser Trend hält 2008 an. Die EU-Kommission erwartet daher in diesem Jahr für Estland ein Wirtschaftswachstum von nur noch 2,7 % und für Lettland von 3,8 %. Die Abkühlung in Litauen wird hingegen voraussichtlich nicht so stark ausfallen, da das Land dank seiner Öltraffinerie nicht so stark unter dem Energiepreisanstieg leidet wie seine Nachbarn.

Im Arbeitsmarktsektor ist es nach dem EU-Beitritt und der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit zu einer starken Abwanderung junger Fachkräfte gekommen. Der Fachkräftemangel, unter dem die Länder seitdem leiden, ließ die Löhne überproportional zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit ansteigen und erhöhte den Druck auf das Preisniveau. Die Inflation ist im vergangenen Jahr deutlich angestiegen. Für 2008 prognostiziert EUROSTAT zweistellige Inflationsraten in allen drei Baltikumstaaten: In Estland und Litauen rund 10 % und in Lettland sogar über 15 %. Die hohe Inflation verhindert zurzeit auch die Aufnahme der baltischen Staaten in die Europäische Währungsunion. Keines der drei Länder erfüllt derzeit das Inflationskriterium, und die Einführung des Euro wird deshalb erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen können.

Aber bereits heute weisen die baltischen Länder einen nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt bzw. leichte Haushaltsüberschüsse und nur eine sehr geringe öffentliche Schuldenstandsquote auf.

## 5 Reformvorbilder – die skandinavischen Länder

Die skandinavischen Staaten gehören zu den reichsten Nationen der Welt. 2007 führten Island und Norwegen den Human Development Index der UNO an, während Schweden (6.), Finnland (11.) und Dänemark (14.) das positive Bild des hohen Lebensstandards Skandinaviens abrunden. So zählen Norwegen, Island, Dänemark und Schweden zu den zehn Staaten mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen, und auch das einst landwirtschaftlich dominierte Finnland hat auf dem 11. Platz den Anschluss an seine Nachbarn geschafft. Mittlerweile ist die finnische Wirtschaft dank der traditionellen Forst- und Metallindustrie und der neu entwickelten Elektronikbranche stark exportorientiert. Ebenso besitzen Schweden, Dänemark und Norwegen dank ihrer starken Industriezweige eine hohe Exportquote.

Norwegens Ökonomie unterscheidet sich aufgrund der großen Energiegewinnung aus Wasserkraft sowie der reichhaltigen Ölvorkommen in der Nordsee grundlegend von der seiner Nachbarstaaten. Große Anteile der Öleinnah-

men werden in einem Nachhaltigkeitsfonds für kommende Generationen angelegt. Norwegen verfügt über einen der größten Staatsfonds der Welt.

Finnland ist als einziges skandinavisches Land Mitglied in der Europäischen Währungsunion. In Schweden und Dänemark hat die Bevölkerung bisher die Einführung des Euro per Referendum abgelehnt. In Norwegen steht die Bevölkerung sogar einer Mitgliedschaft in der EU skeptisch gegenüber. Bislang wurde der Beitritt in zwei Referenden jeweils mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

In der Boom-Phase der vergangenen drei Jahre wurde in Skandinavien vielerorts am Rande der Kapazitätsgrenze produziert. Der Aufschwung verlor 2007 deutlich an Kraft. Dennoch ist die Wirtschaft Skandinaviens weiterhin in einer guten Verfassung. Sowohl IWF als auch die EU-Kommission erwarten, dass der Abschwung in der Region nicht allzu stark ausfallen wird und sich in den kommenden Jahren das BIP-Wachstum auf 1 bis 2 1/2 % reduziert.

Der Anstieg der Verbraucherpreise in Skandinavien (ohne Island) hat sich zwischen 1 und 2 % eingependelt, 2008 dürften die Inflationsraten aber wie auch im Rest der EU zeitweise deutlich

**Tabelle: Wesentliche Kennziffern ausgewählter Ostseeanrainerstaaten im Jahr 2007**

2007	BIP pro Kopf Euro	BIP pro Kopf KKS <sup>1</sup> in % des EU-27-Ø	Inflation in %	Öffentliches Defizit in % des BIP	Schuldenstand
Estland	11 600	72	6,7	2,8	3,4
Lettland	8 800	58	10,1	0,0	9,7
Litauen	8 300	60	5,8	- 1,2	17,3
Schweden	36 300	124	1,7	3,5	40,6
Finnland	33 800	119	1,6	5,3	35,4
Dänemark	41 700	125	1,7	4,4	26,0
Norwegen	60 600	187	0,7	.	.
Island	46 900	130	3,6	.	.
Polen	8 100	55	2,6	- 2,0	45,2

<sup>1</sup> Kaufkraftstandard.

ansteigen. Die Staatsfinanzen sind in den skandinavischen Staaten in guter Verfassung. Die Verschuldung liegt in den Ländern zwischen 20 % und 30 % des BIP und somit deutlich unter dem Maastricht-Grenzwert von 60 % des BIP. Die EU-Kommission geht davon aus, dass die Staaten in den kommenden Jahren weiterhin Haushaltsüberschüsse erzielen werden.

## 6 Polen – auf dem Weg zur modernen Dienstleistungsgesellschaft

Im Unterschied zu den anderen Ostseeanrainern des ehemaligen Ostblocks verlief die Transformation zur Marktwirtschaft in Polen ohne größere Turbulenzen. Die Privatwirtschaft hat sich in Polen sehr positiv entwickelt und trägt mittlerweile 60 % zur Wirtschaftskraft des Landes bei. Polen hat sich seit der Transformation zu einer Dienstleistungsgesellschaft entwickelt, die inzwischen knapp 60 % des BIP ausmacht. Die traditionell verarbeitende Industrie hat an Bedeutung verloren, und die Landwirtschaft im ehemaligen Agrarstaat macht nur noch 4 % der Wertschöpfung aus.

Das Wirtschaftswachstum Polens ist seit 1992 sehr robust. Angetrieben von einem hohen Investitionsniveau sowie einer starken Binnen nachfrage, erreichte Polen in den vergangenen beiden Jahren Wachstumsraten von über 6 %. Die EU-Kommission geht davon aus, dass das Wachstum im laufenden Jahr auf 5 % zurückgehen wird. Als Gründe für diesen Trend werden die internationale Konjunkturertrübung, die erwartete Aufwertung des Zlotys sowie der auf Emigration und Überhitzung zurückzuführende Fachkräftemangel angeführt.

Auch bei der Sanierung seiner Staatsfinanzen hat Polen beachtliche Fortschritte gemacht. Das Defizit und die Staatsverschuldung sind deutlich zurückgegangen (Verschuldung auf 45,2 % des BIP).



## 7 Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Nordisch-Baltische Finanzministerkonferenz nach wie vor ihre Berechtigung hat. Sie bildet ein wichtiges Forum für den Dialog mit den

Nicht-EU-Ländern Norwegen, Island und Russland, die in Hamburg ein deutliches Interesse an der Fortführung erkennen ließen.

Die nächste Konferenz wird 2009 in Schweden stattfinden.

### Gemeinsames Kommuniqué der 13. Konferenz der nordisch-baltischen Finanzminister am 17./18. April 2008 in Hamburg

Die Finanzminister der nordisch-baltischen Länder – Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen und Schweden – sowie der Russischen Föderation trafen am 17. und 18. April 2008 zu ihrer 13. Konferenz in Hamburg zusammen.

Gastgeber und Vorsitzender der Konferenz war Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. Folgende Themen wurden von den Ministern schwerpunktmäßig erörtert:

- Bildungsfinanzierung: die optimale Mischung aus privater und öffentlicher Finanzierung.
- Die wachsende Rolle von Staatsfonds auf den Finanzmärkten.

In der Diskussion wurde die Bedeutung der Humanvermögensbildung als einem entscheidenden Faktor für Produktivität, Löhne und Wachstum bestätigt. Die Bildung von Humanvermögen ist für die Minister von doppelter Bedeutung: Bildung bestimmt die langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten und somit auch die Steuerbasis. Andererseits fließt ein erheblicher Anteil der Staatsausgaben in Bildungsinvestitionen. Folglich waren sich die Minister einig, dass die Leistungsfähigkeit der Bildung für eine vorausschauende und nachhaltige Finanzpolitik ein überaus wichtiges Thema ist. Die Minister betonten jedoch auch, dass angesichts der begrenzten Mittel der öffentlichen Haushalte die unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, der Privatwirtschaft und den Gewerkschaften ihren Beitrag zur Daueraufgabe der Humanvermögensbildung leisten müssen.

In Zeiten raschen Technologie- und Strukturwandels altert das Humanvermögen tendenziell schneller als in der Vergangenheit. Entsprechend dürfen sich Maßnahmen zur Stärkung des Humanvermögens heute nicht mehr nur auf die Grundbildung konzentrieren, sondern müssen auch die Grundsätze lebenslangen Lernens und ständiger Weiterbildung berücksichtigen. Somit wird Bildung für den Staat zu einer immer wichtigeren Aufgabe, aber auch privatwirtschaftliches Engagement ist gefordert, insbesondere in den Bereichen Hochschulbildung und Forschung.

Die Minister stellten fest, dass die Leistungsfähigkeit nur in begrenztem Maße durch internationale Vergleiche ermittelt werden kann. Die Rahmenbedingungen für Finanzierungsmodelle und Schulstrukturen werden durch landesspezifische Einflüsse vorgegeben, daher sind erfolgreiche Lösungen nur bis zu einem gewissen Umfang übertragbar. Die Art und Weise der Finanzierung von Bildungssystemen beruht sowohl auf wirtschaftlichen als auch auf sozialpolitischen Überlegungen. Dennoch waren sich die Minister einig, dass die grundlegenden Strukturen und Vorgehensweisen erfolgreicher Länder als Vorbild für die Weiterentwicklung der Bildungssysteme in anderen Staaten dienen können.

Die Minister hoben die grundlegende Bedeutung grenzüberschreitender, marktorientierter Investitionen als wesentlichen Beitrag zu solidem Weltwirtschaftswachstum hervor. In diesem Zusammenhang stellten sie fest, dass Staatsfonds als Akteure im internationalen Finanzsystem zunehmend an Bedeutung gewinnen und die Volkswirtschaften von einer Öffnung für die Investitionsströme aus Staatsfonds profitieren können. Es wurde bestätigt, dass Staatsfonds bisher als Kapital- und Liquiditätsgeber mit langfristigen Investitionsperspektiven eine positive Rolle gespielt haben. Es wurde jedoch eingeräumt, dass in den Empfängerländern Bedenken bestehen im Hinblick auf mögliche nicht kommerzielle Investitionsziele von Staatsfonds, deren Portfolio, Investitionsziele, Ausrichtung und Governance wenig transparent sind.

Um weltweit liberale Investitionsbedingungen beizubehalten und zu stärken sowie protektionistische Gegenreaktionen zu vermeiden, ist es nach Ansicht der Minister notwendig, dass Staatsfonds und ihre Eigentümer über transparente und angemessene Governance-Strukturen verfügen und dass die Regierungen der Empfängerländer ausländische Investitionen bei einer ernsthaften Bedrohung ihrer nationalen Sicherheitsinteressen einer Prüfung unterziehen können.

Die Minister waren sich einig, dass die Empfängerländer sich an die Grundsätze Liberalisierung, Gleichbehandlung, Transparenz, Planungssicherheit, aufsichtsrechtliche Verhältnismäßigkeit und Verantwortlichkeit halten sollten.

Je umfassender und überzeugender die Transparenz und die Governance-Strukturen von Staatsfonds und je liberaler und gerechter die weltweiten Investitionsbedingungen, desto eher steigt das Vertrauen nationaler Regierungen in Staatsfonds und können protektionistische Tendenzen gedämpft werden.

Die Minister unterstützten ausdrücklich die laufenden Arbeiten des IWF zur Ermittlung bester Praktiken für Staatsfonds und ermutigten außerdem die OECD, aufbauend auf ihrer bisherigen Tätigkeit beste Praktiken zur Investitionspolitik für die Empfängerländer grenzüberschreitender Investitionen von Staatsfonds zu bestimmen. Sie bekräftigten ihr Bekenntnis zu einem offenen, globalen Investitionsumfeld, das sich auf den freien Kapitalverkehr und die Funktionsfähigkeit der weltweiten Kapitalmärkte gründet.

# Frühjahrstagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzministertreffen in Washington D.C.

1	Ergebnis der Frühjahrstagung und des G7-Treffens .....	67
2	Wirtschaftslage .....	68
3	Reaktion auf die Finanzmarktkrise .....	68
4	Reform des IWF .....	69

- Risiken für das weltweite Wachstum haben angesichts der Finanzmarktkrise sowie steigender Öl- und Nahrungsmittelpreise zugenommen. Aber es gibt keine Anzeichen für eine globale Rezession.
- Die Empfehlungen des Financial Stability Forums zur Beseitigung von Schwachstellen des Finanzsystems fanden breite Zustimmung.
- Ebenfalls unterstützt wurden die Reformen der Quoten- und Stimmrechtsverteilung sowie der Finanzierung des IWF.
- Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise wird die wirtschaftspolitische Überwachungstätigkeit des IWF an Bedeutung gewinnen.

## 1 Ergebnis der Frühjahrstagung und des G7-Treffens

Vom 11. bis 13. April trafen sich die Ministerausschüsse von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank sowie die G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C.

Die Sitzung des Development Committee, dies ist der gemeinsame Ministerausschuss der Weltbank und des IWF, stand im Zeichen der aktuellen Entwicklungen auf den Weltmärkten, insbesondere des Anstiegs der Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise und ihrer zum Teil dramatischen Auswirkungen auf die Entwicklungsländer. Zur Halbzeitbilanz auf dem Weg zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) stand unter diesen Vorzeichen die Frage der Bekämpfung von Unter- und Mangelernährung im Mittelpunkt. Die Weltbank wurde aufgerufen, den am stärksten betroffenen Ländern gezielte Unterstützung zu leisten, zum einen durch kurzfristig wirkende Hilfsmaßnahmen,

zum anderen durch Unterstützung bei der langfristigen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Zweites zentrales Thema war der Klimawandel. Die Weltbank hat eine Klimastrategie erarbeitet und vorgestellt, die bei der nächsten Jahrestagung im Herbst 2008 gebilligt werden soll.

Im Rahmen eines so genannten „Outreach“ trafen sich die Finanzminister der G7-Länder mit hochrangigen Vertretern des öffentlichen und privaten Finanzsektors, um mit ihnen die Ursachen und Auswirkungen der Finanzmarktkrise zu diskutieren.

Die Finanzmarktkrise stand auch im Zentrum des Treffens des IWF-Ministerausschusses, dem International Monetary and Financial Committee (IMFC), und den G7-Beratungen. Darüber hinaus wurde über die Lage der Weltwirtschaft und die IWF-Reformen diskutiert. Auch bei diesen Treffen wurde der Anstieg der Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise angesprochen.

## 2 Wirtschaftslage

Nach Schätzungen des IWF wird sich das weltweite Wachstum im Jahr 2008 auf voraussichtlich 3,7 % verlangsamen. Dies sind 0,7 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Die Gründe für den Wachstumsrückgang liegen in der weiterhin andauernden Finanzkrise sowie den hohen Öl- und Nahrungsmittelpreisen. Auch die deutliche Verlangsamung der wirtschaftlichen Tätigkeit in den USA trübt die Aussichten für das globale Wachstum. Doch trotz dieser Entwicklung gibt es keinen Grund in eine „Weltuntergangsstimmung“ zu verfallen. Es gibt derzeit keine Anzeichen für eine globale Rezession, nicht zuletzt, da die Wirtschaftsleistung der Entwicklungs- und Schwellenländer weiterhin überdurchschnittlich zunimmt.

Auch in Deutschland verläuft die Wirtschaftsentwicklung bislang robust. Die Auftragsbücher der Unternehmen sind noch immer gut gefüllt, von einem Einbruch bei den Exporten kann trotz der Euro-Aufwertung keine Rede sein und die Lage am Arbeitsmarkt verbessert sich, kontinuierlich. Die Bundesregierung hält daher an ihrer Wachstumsprognose von 1,7 % für das Jahr 2008 fest und geht für 2009 von einer Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Leistung in Höhe von 1,2 % aus. Etwas pessimistischer schätzt der IWF die Aussichten für Deutschland ein. Er prognostiziert für das Jahr 2008 ein Wachstum von 1,4 % und 1,0 % für 2009.



Insbesondere beim Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure wurde auch über die Entwicklung der Wechselkurse diskutiert. Die Teilnehmer zeigten sich diesmal besorgt über mögliche Folgen von Wechselkurschwankungen für die Wirtschafts- und Finanzstabilität. Damit haben die G7 die an den Märkten viel beachtete Passage zu den Wechselkursen in ihrer Abschlusserklärung erstmals seit vier Jahren verändert.

## 3 Reaktion auf die Finanzmarktkrise

Bereits im Herbst letzten Jahres hatten die G7-Finanzminister – nicht zuletzt auf deutsche Initiative hin – das Financial Stability Forum (FSF) beauftragt, die Ursachen der Finanzmarktstörungen zu analysieren und Empfehlungen zu erarbeiten, wie die zutage getretenen Schwachstellen im internationalen Finanzsystem beseitigt werden können. Das FSF hat im April einen detaillierten Maßnahmenkatalog vorgelegt, den die G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure bei ihrem Treffen voll unterstützt haben.

Bereits im Februar hatte Bundesfinanzminister Steinbrück seine G7-Kollegen auf drei Handlungsfelder hingewiesen: Eigenkapital, Liquidität und Transparenz. Diese finden sich auch in den FSF-Empfehlungen wieder. Die vom FSF vorgeschlagenen und von den G7 indossierten Empfehlungen zielen teilweise auf die kurze Frist – die G7 haben einen Zeitrahmen von 100 Tagen gesetzt –, teilweise auf die längere Frist, wobei ein großer Teil bereits 2008 umgesetzt werden soll.

### Kurzfristige Prioritäten – innerhalb von 100 Tagen

Als unmittelbar wichtigste Maßnahme wird die Stärkung des Vertrauens durch erhöhte Transparenz angesehen. Daher haben Finanzministerien, Notenbanken und Aufsichtsbehörden wiederholt die Finanzinstitute in den letzten Monaten aufgefordert, ihre Risiken und ihren Abschreibungsbedarf zügig und vollständig offenzulegen. Weitere zentrale Empfehlungen des FSF:

- Die Finanzinstitute müssen ihre Kapitalbasis stärken.
- Die Finanzinstitute sollen ihre Engagements auf Basis einer FSF-Schablone in standardisierter Form bereits ab der nächsten Halbjahresbilanz offenlegen.
- Der International Accounting Standards Board (IASB) wird aufgefordert, die Bilanzierungsrichtlinien zu verbessern. Dies betrifft zum einen die Offenlegung von Aktivitäten außerhalb der

Bilanz, zum anderen die Bewertung und Bilanzierung von strukturierten Finanzprodukten in Stresssituationen.

- Die International Organization of Securities Commissions (IOSCO) wird ihren Code of Conduct für Ratingagenturen überarbeiten. Ziel ist insbesondere, dass die Ratingagenturen deutlich zwischen Ratings für strukturierte Produkte und andere Produkte unterscheiden und dass sie Interessenkonflikte beseitigen.
- Der Baseler Bankenausschuss wird im Laufe dieses Jahres eine verbesserte Leitlinie zur Stärkung des Liquiditätsmanagements vorlegen.

### **Mittelfristige Maßnahmen – innerhalb 2008**

Mittelfristig kommt es darauf an, die Widerstandsfähigkeit der Finanzmärkte bzw. der Finanzinstitutionen zu stärken. Ein widerstandsfähiges Finanzsystem erfordert eine hohe Marktdisziplin durch ausreichende Transparenz, ein robustes Kapital-, Risiko- und Liquiditätsmanagement und eine gezielte und effektive Aufsicht. Hier empfiehlt das FSF:

- Vollständige und zügige Implementierung von Basel II.
- Weitere Stärkung von Basel II durch den Baseler Bankenausschuss (beinhaltet insbesondere: erhöhte Kapitalanforderungen für bestimmte Risiken sowie weitere Leitlinien für den bankaufsichtlichen Überprüfungsprozess und die erweiterte Offenlegung).
- Verbesserung der Effektivität der Aufsicht und Regulierung, damit Aufsichtsbehörden schneller auf sich abzeichnende Krisen reagieren können.
- Stärkung der Arbeit internationaler Gremien und Institutionen – insbesondere FSF und IWF – auf dem Gebiet der Finanzmarktanalyse.

Das FSF wurde von den G7 beauftragt, die Implementierung der Empfehlungen zu überprüfen und den G7 darüber bei ihren nächsten Treffen im Sommer und Herbst dieses Jahres zu berichten.

## **4 Reform des IWF**

Die Reform des IWF ist auf der IWF-Frühjahrstagung im April 2008 in Washington D.C. mit den Entscheidungen zur Quoten- und Stimmrechtsverteilung sowie zur Finanzierung des IWF ein entscheidendes Stück weiter gekommen. Diese Reformen sind wichtige Schritte zur Stärkung der Legitimität und Effektivität der Arbeit des IWF.

### **Quoten- und Stimmrechte**

Wie gefordert, sorgt die Reform dafür, dass die Vertretung der IWF-Mitglieder stärker als bisher ihrem relativen weltwirtschaftlichen Gewicht entspricht. Die Reform führt zu einer bedeutenden Umverteilung der Quoten und Stimmrechte zugunsten aufstrebender Schwellenländer. Die Quote eines Landes entscheidet zum einen darüber, welche Kreditsumme der IWF diesem Land im Fall einer Zahlungsbilanzkrise zur Verfügung stellt. Zum anderen ist die Quote entscheidend für den Stimmanteil und damit für den Einfluss des Landes im IWF. Bei der Berechnung der Quoten spielen die Wirtschaftskraft, aber auch die Währungsreserven und die wirtschaftlichen Verflechtungen des Landes mit anderen Ländern eine Rolle. Für einkommensschwache Länder gewährleistet die Verdreifachung der Basisstimmen und Einführung eines Systems zum Erhalt des Basisstimmenanteils an den Gesamtstimmen, dass deren Mitspracherecht gestärkt wird.

Deutschland unterstützt die Neuordnung der Quoten- und Stimmrechte im IWF und hat bei der Abstimmung unter den Gouverneuren des IWF für die Reform gestimmt. Infolge der Umverteilung steigt der deutsche Quotenanteil von 5,98 % auf 6,11 %. Deutschland verzichtet allerdings – wie andere westliche Industriestaaten auch – auf einen kleinen Teil seines Stimmrechts. Der deutsche Stimmrechtsanteil sinkt (aufgrund der Erhöhung der Basisstimmen) von 5,87 % auf 5,81 %. Deutschland bleibt jedoch drittgrößter Anteilseigner im IWF und hat mit seiner Kompromissbereitschaft entscheidend dazu beigetragen, dass die Reform überhaupt gelingen konnte. Dafür war es auch gerechtfertigt, einen etwas geringeren Stimmrechtsanteil zu

akzeptieren. Denn im Gegenzug bleiben 185 Staaten in den IWF eingebunden und damit in wichtige multilaterale Entscheidungsprozesse. Mit der Quotenreform wird in Zukunft das Gewicht von Entwicklungs- und Schwellenländern beim IWF erhöht. Damit wird der deutlich gestiegenen Wirtschaftskraft vieler dieser Länder besser Rechnung getragen.

## Finanzierung

Neben der Quotenreform wurde eine Reform der IWF-Finanzierung beschlossen. Durch die Reform wird die Einnahmenseite des IWF, die insbesondere wegen des deutlich rückläufigen IWF-Kreditgeschäfts zuletzt die Ausgaben nicht mehr decken konnte, auf eine tragfähige Grundlage gestellt. Zusätzliche Einnahmen werden durch begrenzte Verkäufe von IWF-Goldreserven und deren Anlage an den Finanzmärkten generiert. Gleichzeitig werden die Anlagerichtlinien des IWF erweitert. Auf der Ausgabenseite hat man sich auf Einsparungen beim Verwaltungshaushalt des IWF in Höhe von 100 Mio. US-Dollar bis zum Jahr 2011 geeinigt. Um diese Einsparungen realisieren zu können, ist der Abbau von Personal und eine Umstrukturierung des IWF unumgänglich. Auch vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise soll die Überwachungsfunktion des IWF im Bereich des Finanzsektors gestärkt und im Bereich der regionalen und bilateralen Überwachung ausgebaut werden.

Deutschland unterstützt die vom Geschäftsführenden Direktor des IWF, Strauss-Kahn, vorgeschlagenen Kernelemente des neuen Einkommensmodells und befürwortet die vorgeschlagene Änderung des IWF-Übereinkommens

zur Erweiterung der Anlagebefugnisse für Währungsbeträge auf dem Anlagekonto und dem Konto für Sonderverwendungen. Deutschland unterstützt außerdem eine Veräußerung der IWF-Goldreserven, die streng auf die nach der Zweiten Änderung des Übereinkommens erworbenen Goldbestände beschränkt sein sollte, sowie die Investition des Ertrags in eine Stiftung.

## Zukünftige Ausrichtung des IWF

Der IWF wird sich in Zukunft noch stärker auf seine Kernaufgaben konzentrieren müssen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzmarktkrise wird insbesondere die Surveillance des IWF (wirtschaftspolitische Überwachung) von zentraler Bedeutung sein. Deutschland unterstützt das Ziel, die länderübergreifende Analyse und die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen internationalen Entwicklungen und nationaler Politik zu verstärken. Gleichzeitig sollte die bilaterale und regionale Überwachung gezielter ausgerichtet werden.

Darüber hinaus unterstützt Deutschland die Initiative zur stärkeren Konzentration der IWF-Überwachungstätigkeit auf die Verbindungen zwischen dem Finanzsektor und der Realwirtschaft. Die Finanzsektorfragen sollten besser in die Überwachungstätigkeit des Fonds integriert werden. Auch sollte die Zusammenarbeit mit dem FSF und anderen internationalen Finanzgremien gestärkt werden, um unter Nutzung ihrer komparativen Vorteile und ihrer jeweiligen Aufgaben und Funktionen in der internationalen Finanzlandschaft die Frühwarnkapazitäten für Finanzsektorrisiken zu verbessern.



## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	74
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	98
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	102





## Statistiken und Dokumentationen

<b>Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>74</b>
1 Kreditmarktmittel .....	74
2 Gewährleistungen .....	75
3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011 .....	75
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011 .....	76
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007 .....	78
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008 .....	82
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006 .....	84
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen .....	86
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....	87
10 Entwicklung der Staatsquote .....	88
11 Schulden der öffentlichen Haushalte .....	89
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte .....	90
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden .....	91
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich .....	92
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich .....	93
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich .....	94
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich .....	95
18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008 .....	96
<b>Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....</b>	<b>98</b>
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008 .....	98
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2008 .....	98
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2008 .....	99
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2008 .....	100
<b>Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>102</b>
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung .....	102
2 Preisentwicklung .....	102
3 Außenwirtschaft .....	103
4 Einkommensverteilung .....	103
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich .....	104
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....	105
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich .....	106
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern .....	107
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones .....	108
10 Übersicht Weltfinanzmärkte .....	109
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (BIP, Verbraucherpreise, Arbeitslosenquote) .....	110
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (Haushaltssaldo, Staatsschuldenquote, Leistungsbilanzsaldo) .....	113

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel

### I. Schuldenart

	Stand: 29. Februar 2008	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. März 2008
	Mio. €			
Anleihen	591 218	0	0	591 218
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	15 000	3 000	0	18 000
Bundessobligationen	166 000	7 000	0	173 000
Bundesschatzbriefe	10 161	160	437	9 885
Bundesschatzanweisungen	115 000	8 000	16 000	107 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 495	5 888	5 877	35 506
Finanzierungsschätze	2 316	131	178	2 269
Schuldscheindarlehen	14 902	0	248	14 654
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>950 297</b>			<b>951 735</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 29. Februar 2008	Stand: 31. März 2008
	Mio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	165 236	163 795
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	315 454	308 342
langfristig (mehr als 4 Jahre)	469 607	479 599
<b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>	<b>950 297</b>	<b>951 735</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2008	Belegung am 31. März 2008	Belegung am 31. März 2007
		in Mrd. €	
Ausfuhren	117,0	98,5	97,1
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	25,7	27,1
bilaterale FZ-Vorhaben	2,3	1,1	1,1
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	95,0	51,5	52,6
Internationale Finanzierungsinstitutionen	46,6	40,3	40,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,3	1,0	1,2
Zinsausgleichsgarantien	4,0	–	–

## 3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2006 Ist	2007 Ist	2008 Soll	2009	2010 Finanzplanung	2011
	Mrd. €					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>261,0</b>	<b>270,4</b>	<b>283,2</b>	<b>285,5</b>	<b>288,5</b>	<b>289,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,5	+ 3,6	+ 4,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,4
<b>2. Einnahmen<sup>1</sup></b>	<b>232,8</b>	<b>255,7</b>	<b>271,1</b>	<b>274,8</b>	<b>282,3</b>	<b>289,5</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,9	+ 9,8	+ 6,0	+ 1,4	+ 2,7	+ 2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	203,9	230,0	238,0	247,9	252,6	260,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 7,2	+ 12,8	+ 3,4	+ 4,2	+ 1,9	+ 3,1
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>– 28,2</b>	<b>– 14,7</b>	<b>– 12,1</b>	<b>– 10,7</b>	<b>– 6,2</b>	<b>– 0,2</b>
in % der Ausgaben	10,8	5,4	4,3	3,7	2,1	0,1
<b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme<sup>2</sup> (–)</b>	<b>240,5</b>	<b>222,1</b>	<b>233,0</b>	<b>226,1</b>	<b>221,1</b>	<b>220,0</b>
<b>5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen</b>	<b>1,6</b>	<b>8,4</b>	<b>0,1</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>6. Tilgungen (+)</b>	<b>195,9</b>	<b>216,2</b>	<b>221,2</b>	<b>215,6</b>	<b>215,1</b>	<b>220,0</b>
<b>7. Nettokreditaufnahme</b>	<b>– 27,9</b>	<b>– 14,3</b>	<b>– 11,9</b>	<b>– 10,5</b>	<b>– 6,0</b>	<b>0,0</b>
<b>8. Münzeinnahmen</b>	<b>– 0,3</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 0,2</b>
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	22,7	26,2	24,7	24,1	24,1	23,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 4,4	+ 15,4	– 5,9	– 2,4	0,0	– 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Gem. BHO § 13 Absatz 4, 2. ohne Münzeinnahmen.

<sup>2</sup> Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Januar 2008.

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006 Ist	2007 Ist	2008 Soll	2009	2010	2011
					Finanzplanung	
	Mio. €					
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 110</b>	<b>26 038</b>	<b>26 762</b>	<b>26 756</b>	<b>26 764</b>	<b>27 159</b>
Aktivitätsbezüge	19 730	19 662	20 276	20 195	20 121	20 462
Ziviler Bereich	8 547	8 498	9 199	9 194	9 224	9 725
Militärischer Bereich	11 182	11 164	11 077	11 001	10 897	10 737
Versorgung	6 380	6 376	6 486	6 561	6 643	6 697
Ziviler Bereich	2 372	2 334	2 308	2 307	2 300	2 285
Militärischer Bereich	4 008	4 041	4 178	4 255	4 343	4 412
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>18 349</b>	<b>18 757</b>	<b>19 778</b>	<b>19 900</b>	<b>20 229</b>	<b>20 588</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 450	1 365	1 473	1 425	1 426	1 434
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 517	8 908	9 581	9 775	10 162	10 527
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 484	8 723	8 700	8 641	8 627
<b>Zinsausgaben</b>	<b>37 469</b>	<b>38 721</b>	<b>41 818</b>	<b>43 094</b>	<b>44 899</b>	<b>45 378</b>
an andere Bereiche	37 469	38 721	41 818	43 094	44 899	45 378
Sonstige	37 469	38 721	41 818	43 094	44 899	45 378
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 425	38 677	41 774	43 050	44 855	45 337
an Ausland	3	3	3	3	3	-
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>156 016</b>	<b>160 352</b>	<b>169 769</b>	<b>171 062</b>	<b>172 211</b>	<b>172 577</b>
an Verwaltungen	13 937	14 003	14 463	14 427	13 983	13 845
Länder	8 538	8 698	8 890	8 332	7 898	7 745
Gemeinden	38	38	23	22	20	18
Sondervermögen	5 361	5 267	5 549	6 073	6 065	6 081
Zweckverbände	1	1	1	1	1	0
an andere Bereiche	142 079	146 349	155 307	156 635	158 228	158 732
Unternehmen	14 275	15 399	23 740	23 890	23 600	23 278
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 256	29 123	28 276	26 135	25 006	23 975
an Sozialversicherung	91 707	97 712	98 521	101 879	104 809	106 649
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	812	869	964	927	920	910
an Ausland	3 024	3 240	3 801	3 799	3 891	3 918
an Sonstige	5	5	5	5	1	2
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>237 944</b>	<b>243 868</b>	<b>258 128</b>	<b>260 812</b>	<b>264 104</b>	<b>265 702</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 112</b>	<b>6 903</b>	<b>7 273</b>	<b>6 915</b>	<b>6 780</b>	<b>6 771</b>
Baumaßnahmen	5 634	5 478	5 783	5 570	5 427	5 437
Erwerb von beweglichen Sachen	943	909	1 010	884	889	875
Grunderwerb	536	516	480	461	464	459
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>13 302</b>	<b>16 947</b>	<b>14 306</b>	<b>13 460</b>	<b>13 495</b>	<b>13 301</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 916	16 580	13 924	13 109	13 156	12 969
an Verwaltungen	5 755	8 234	5 416	4 990	4 941	4 865
Länder	5 700	6 030	5 342	4 921	4 858	4 777
Gemeinden und Gemeindeverbände	55	54	68	62	76	82
Sondervermögen	-	2 150	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 161	8 345	8 509	8 120	8 216	8 103
Sonstige – Inland	4 999	6 099	6 082	5 614	5 691	5 565
Ausland	2 162	2 247	2 427	2 505	2 525	2 538
Sonstige Vermögensübertragungen	387	367	382	351	338	332
an andere Bereiche	387	367	382	351	338	332
Sonstige – Inland	172	162	164	151	143	142
Ausland	215	205	218	200	195	190

#### 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006 Ist	2007 Ist	2008 Soll	2009 Finanzplanung	2010 Finanzplanung	2011
	Mio. €					
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>2 687</b>	<b>2 732</b>	<b>3 461</b>	<b>4 045</b>	<b>4 139</b>	<b>3 938</b>
Darlehensgewährung	2 109	2 100	2 717	3 105	3 303	3 206
an Verwaltungen	32	1	1	1	1	1
Länder	32	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 078	2 100	2 716	3 104	3 302	3 205
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 020	900	1 308	1 784	1 821	1 649
Ausland	1 058	1 199	1 407	1 319	1 480	1 556
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	632	744	940	837	732
Inland	0	28	26	13	13	13
Ausland	578	604	718	927	824	719
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>	<b>23 102</b>	<b>26 582</b>	<b>25 040</b>	<b>24 421</b>	<b>24 414</b>	<b>24 010</b>
<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben	22 715	26 215	24 658	24 070	24 076	23 678
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>32</b>	<b>267</b>	<b>–18</b>	<b>–12</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>261 046</b>	<b>270 450</b>	<b>283 200</b>	<b>285 500</b>	<b>288 500</b>	<b>289 700</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>49 353</b>	<b>44 246</b>	<b>23 521</b>	<b>14 720</b>	<b>-</b>	<b>6 005</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 930	7 242	3 687	1 161	-	2 395
02 Auswärtige Angelegenheiten	6 506	2 996	446	154	-	2 396
03 Verteidigung	28 540	28 153	15 205	12 170	-	777
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 952	2 610	1 811	731	-	68
05 Rechtsschutz	331	320	221	84	-	15
06 Finanzverwaltung	3 093	2 925	2 151	420	-	354
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>12 837</b>	<b>9 072</b>	<b>473</b>	<b>655</b>	<b>-</b>	<b>7 945</b>
13 Hochschulen	2 129	1 173	7	4	-	1 162
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 510	1 510	-	-	-	1 510
15 Sonstiges Bildungswesen	462	398	9	63	-	326
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 146	5 533	456	583	-	4 494
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 590	457	1	4	-	453
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>139 751</b>	<b>136 790</b>	<b>197</b>	<b>622</b>	<b>-</b>	<b>135 972</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	91 540	91 540	38	0	-	91 502
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 130	5 130	-	-	-	5 130
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 294	3 086	-	132	-	2 954
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	36 302	36 165	43	430	-	35 692
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	148	148	-	-	-	148
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3 338	721	116	59	-	546
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>853</b>	<b>679</b>	<b>237</b>	<b>233</b>	<b>-</b>	<b>209</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	326	310	131	137	-	42
312 Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	326	310	131	137	-	42
32 Sport	110	86	-	2	-	85
33 Umwelt- und Naturschutz	188	155	72	44	-	40
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	229	128	34	51	-	43
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 743</b>	<b>704</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>-</b>	<b>700</b>
41 Wohnungswesen	1 225	701	-	1	-	700
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	14	2	2	-	-	-
44 Städtebauförderung	503	-	-	-	-	-
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>914</b>	<b>473</b>	<b>27</b>	<b>119</b>	<b>-</b>	<b>326</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	612	203	-	1	-	202
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	120	120	-	51	-	69
533 Gasölverbilligung	0	0	-	-	-	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	120	120	-	51	-	69
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	182	151	27	67	-	56

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>968</b>	<b>2 218</b>	<b>1 921</b>	<b>5 107</b>	<b>5 079</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	287	401	–	688	688
02 Auswärtige Angelegenheiten	61	1 646	1 803	3 510	3 507
03 Verteidigung	248	74	64	387	361
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	246	97	–	343	343
05 Rechtsschutz	12	–	–	12	12
06 Finanzverwaltung	114	0	54	168	168
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>104</b>	<b>3 661</b>	<b>–</b>	<b>3 765</b>	<b>3 762</b>
13 Hochschulen	1	955	–	956	956
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	63	–	63	63
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	98	1 514	–	1 612	1 610
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	4	1 129	–	1 133	1 133
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>10</b>	<b>2 950</b>	<b>1</b>	<b>2 961</b>	<b>2 624</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	–	–	–	–
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	0	207	1	208	2
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	131	–	137	6
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	2 613	–	2 616	2 616
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>120</b>	<b>55</b>	<b>–</b>	<b>174</b>	<b>174</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	11	5	–	16	16
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	11	5	–	16	16
32 Sport	–	24	–	24	24
33 Umwelt- und Naturschutz	9	24	–	33	33
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	100	1	–	102	102
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>–</b>	<b>1 037</b>	<b>2</b>	<b>1 039</b>	<b>1 039</b>
41 Wohnungswesen	–	521	2	524	524
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	12	–	12	12
44 Städtebauförderung	–	503	–	503	503
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>10</b>	<b>431</b>	<b>1</b>	<b>441</b>	<b>441</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	409	0	410	410
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	10	22	0	31	31

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>4 691</b>	<b>3 007</b>	<b>48</b>	<b>316</b>	<b>-</b>	<b>2 642</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	402	384	-	167	-	218
621 Kernenergie	216	216	-	-	-	216
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	-	0	-	-
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	185	168	-	166	-	2
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 016	1 998	-	4	-	1 994
64 Handel	88	88	-	50	-	38
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 023	66	-	8	-	58
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 163	470	48	87	-	335
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>10 802</b>	<b>3 449</b>	<b>962</b>	<b>1 856</b>	<b>-</b>	<b>631</b>
72 Straßen	7 215	913	-	800	-	113
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 492	813	476	274	-	63
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	298	1	-	-	-	1
75 Luftfahrt	175	175	40	14	-	121
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 622	1 547	446	768	-	333
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>9 904</b>	<b>5 885</b>	<b>-</b>	<b>15</b>	<b>-</b>	<b>5 870</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	4 634	621	-	15	-	605
832 Eisenbahnen	3 965	80	-	2	-	78
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	669	540	-	13	-	527
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 271	5 265	-	-	-	5 265
873 Sondervermögen	5 263	5 263	-	-	-	5 263
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	8	2	-	-	-	2
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>39 601</b>	<b>39 563</b>	<b>571</b>	<b>219</b>	<b>38 721</b>	<b>51</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	89	51	-	-	-	51
92 Schulden	38 748	38 748	-	27	38 721	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	764	764	571	192	-	1
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>270 450</b>	<b>243 868</b>	<b>26 038</b>	<b>18 757</b>	<b>38 721</b>	<b>160 352</b>



## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>37</b>	<b>956</b>	<b>691</b>	<b>1 685</b>	<b>1 685</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	17	0	17	17
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	17	–	17	17
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	18	–	18	18
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	35	921	–	956	956
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	–	691	693	693
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 633</b>	<b>1 720</b>	<b>–</b>	<b>7 353</b>	<b>7 353</b>
72 Straßen	4 887	1 416	–	6 302	6 302
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	679	–	–	679	679
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	297	–	297	297
75 Luftfahrt	0	–	–	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	67	8	–	75	75
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>22</b>	<b>3 881</b>	<b>116</b>	<b>4 019</b>	<b>4 019</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	–	–	–	–	–
832 Eisenbahnen	16	3 881	116	4 013	4 013
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	3 797	88	3 885	3 885
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16	84	28	129	129
873 Sondervermögen	6	–	–	6	6
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	6	6
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>38</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>6 903</b>	<b>16 947</b>	<b>2 732</b>	<b>26 582</b>	<b>26 215</b>

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>110,3</b>	<b>131,5</b>	<b>194,4</b>	<b>237,6</b>	<b>233,6</b>	<b>246,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>96,2</b>	<b>119,8</b>	<b>169,8</b>	<b>211,7</b>	<b>204,7</b>	<b>220,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 14,1</b>	<b>- 11,6</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 25,8</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>16,4</b>	<b>18,7</b>	<b>22,1</b>	<b>27,1</b>	<b>26,7</b>	<b>27,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>7,1</b>	<b>14,9</b>	<b>17,5</b>	<b>25,4</b>	<b>28,7</b>	<b>41,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>16,1</b>	<b>17,1</b>	<b>20,1</b>	<b>34,0</b>	<b>29,2</b>	<b>28,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>90,1</b>	<b>105,5</b>	<b>132,3</b>	<b>187,2</b>	<b>174,6</b>	<b>192,4</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 13,9</b>	<b>- 11,4</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 25,6</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,1</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
		Ist-Ergebnisse								Soll
<b>I. Gesamtübersicht</b>										
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>	<b>261,0</b>	<b>270,4</b>	<b>283,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6	4,7
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>	<b>232,8</b>	<b>255,7</b>	<b>271,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8	6,0
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 31,4</b>	<b>- 28,2</b>	<b>- 14,7</b>	<b>- 12,1</b>
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>										
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>26,5</b>	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,2</b>	<b>26,8</b>	<b>26,4</b>	<b>26,1</b>	<b>26,0</b>	<b>26,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,3	2,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	15,7	15,8	15,6	15,7	15,5	15,5	14,8	14,9	15,0
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>39,1</b>	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>36,9</b>	<b>36,3</b>	<b>37,4</b>	<b>37,5</b>	<b>38,7</b>	<b>41,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	3,3	8,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,8
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	57,9	56,8	56,2	56,3	56,1	58,5	58,2	58,2	61,0
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>28,1</b>	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>25,7</b>	<b>22,4</b>	<b>23,8</b>	<b>22,7</b>	<b>26,2</b>	<b>24,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	15,4	- 5,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,7
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,0	34,1	32,9	35,6	34,2	34,8	34,2	36,7	36,1
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>198,8</b>	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>191,9</b>	<b>187,0</b>	<b>190,1</b>	<b>203,9</b>	<b>230,0</b>	<b>238,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	12,8	3,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,0
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	87,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	42,7	42,8
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 38,6</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 31,2</b>	<b>- 27,9</b>	<b>- 14,3</b>	<b>- 11,9</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	48,3
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	62,0	57,6	126,4	101,2	101,7	59,6	71,7	77,5	103,5
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>										
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1198,2	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1480,6	1497 1/2	1512 1/2
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	902,1	915	928

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.

## 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005 <sup>2</sup>	2006 <sup>2</sup>
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	599,1	604,3	611,3	619,6	614,6	625,8	635,7
Einnahmen	565,1	557,7	554,6	551,7	549,0	573,3	596,2
Finanzierungssaldo	- 34,0	- 46,6	- 57,1	- 68,0	- 65,5	- 52,3	- 38,9
darunter:							
Bund							
Ausgaben	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0
Einnahmen	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8
Finanzierungssaldo	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2
Länder							
Ausgaben	250,7	255,5	257,7	259,7	257,1	259,2	258,7
Einnahmen	240,4	230,9	228,5	229,2	233,5	235,7	248,7
Finanzierungssaldo	- 10,4	- 24,6	- 29,4	- 30,5	- 23,5	- 23,5	- 10,0
Gemeinden							
Ausgaben	146,1	148,3	150,0	149,9	150,1	153,3	155,7
Einnahmen	148,0	144,2	146,3	141,5	146,2	151,1	158,6
Finanzierungssaldo	1,9	- 4,1	- 3,7	- 8,4	- 3,9	- 2,2	3,0
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	0,3	0,9	1,2	1,4	- 0,8	1,8	1,6
Einnahmen	- 0,9	- 1,3	- 0,6	- 0,5	- 0,5	4,4	4,0
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5
Einnahmen	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9
Länder							
Ausgaben	1,8	1,9	0,9	0,7	- 1,0	0,8	- 0,2
Einnahmen	0,9	- 3,9	- 1,0	0,3	1,9	1,0	5,5
Gemeinden							
Ausgaben	1,6	1,6	1,1	- 0,0	0,1	2,2	1,6
Einnahmen	1,4	- 2,5	1,4	- 3,3	3,3	3,3	5,0

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

<sup>2</sup> Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2007.

## 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005 <sup>2</sup>	2006 <sup>2</sup>
	Anteile in %						
<b>Finanzierungssaldo</b>							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,6	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,3	- 1,7
darunter:							
Bund	- 1,2	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2
Länder	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,4
Gemeinden	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 5,7	- 7,7	- 9,3	- 11,0	- 10,7	- 8,4	- 6,1
darunter:							
Bund	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 10,8
Länder	- 4,1	- 9,6	- 11,4	- 11,7	- 9,1	- 9,1	- 3,9
Gemeinden	1,3	- 2,8	- 2,4	- 5,6	- 2,6	- 1,4	1,9
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>							
Öffentlicher Gesamthaushalt	29,0	28,6	28,5	28,6	27,8	27,9	27,4
darunter:							
Bund	11,9	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2
Länder	12,2	12,1	12,0	12,0	11,6	11,5	11,1
Gemeinden	7,1	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	22,7	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

<sup>2</sup> Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2007.

## 8 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €			%	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007 <sup>2</sup>	538,9	271,4	267,5	50,4	49,6
2008 <sup>2</sup>	555,6	280,4	275,2	50,5	49,5

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 6. bis 7. November 2007.

Stand: November 2007.

## 9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragsentnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1971	23,3	35,6	22,6	34,2
1972	23,1	36,1	23,6	35,7
1973	24,2	38,0	24,1	37,0
1974	24,0	38,2	23,9	37,4
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 <sup>3</sup>	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 <sup>3</sup>	22,3	40,6	20,4	37,7
2004 <sup>3</sup>	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 <sup>3</sup>	22,0	39,6	20,1	36,7
2006 <sup>3</sup>	22,8	40,1	21,0	37,3
2007 <sup>3</sup>	23,7	40,3	22,2	37,7

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2008.

## 10 Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherungen <sup>3</sup>
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 <sup>5</sup>	48,1	26,4	21,7
2003 <sup>5</sup>	48,5	26,5	22,0
2004 <sup>5</sup>	47,1	25,9	21,2
2005 <sup>5</sup>	46,9	26,1	20,8
2006 <sup>5</sup>	45,4	25,3	20,1
2007 <sup>5</sup>	43,9	24,6	19,2

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2008.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.



## 11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Schulden in Mio. € <sup>1</sup>					
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>1 253 194</b>	<b>1 325 731</b>	<b>1 395 004</b>	<b>1 447 505</b>	<b>1 497 122</b>	<b>1 506 186</b>
Bund <sup>2</sup>	719 397	760 453	802 994	872 653	917 554	937 545
Sonderrechnungen Bund (SR)	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556	100
Länder	384 773	414 950	442 972	468 214	480 486	481 696
Gemeinden	82 661	84 069	84 257	83 804	81 877	79 041
Zweckverbände	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	7 804
nachrichtlich:						
Bund + SR	778 607	819 283	860 244	888 020	932 110	937 645
Länder + Gemeinden	467 434	499 019	527 229	552 018	562 362	560 737
nachrichtlich:						
Länder (West) <sup>3</sup>	322 900	348 111	372 352	394 148	405 914	407 418
Länder (Ost)	61 873	66 840	70 620	74 066	74 572	74 278
Gemeinden (West)	67 155	68 726	68 981	69 030	68 387	66 138
Gemeinden (Ost)	15 506	15 343	15 276	14 774	13 489	12 903
Länder und Gemeinden (West)	390 055	416 837	441 333	463 178	474 301	473 557
Länder und Gemeinden (Ost)	77 379	82 183	85 896	88 840	88 061	87 181
nachrichtlich:						
Sonderrechnungen Bund	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556	100
ERP	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357	0
Fonds Deutsche Einheit	39 441	39 099	38 650	0	0	0
Entschädigungsfonds	369	469	400	301	199	100
	Anteil der Schulden am BIP (in %)					
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>	<b>58,5</b>	<b>61,3</b>	<b>63,1</b>	<b>64,5</b>	<b>64,5</b>	<b>62,1</b>
Bund <sup>2</sup>	33,6	35,1	36,3	38,9	39,5	38,7
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,7	2,6	0,7	0,6	0,0
Länder	18,0	19,2	20,0	20,9	20,7	19,9
Gemeinden	3,9	3,9	3,8	3,7	3,5	3,3
nachrichtlich:						
Bund + SR	36,3	37,9	38,9	39,6	40,1	38,7
Länder + Gemeinden	21,8	23,1	23,8	24,6	24,2	23,1
nachrichtlich:						
Länder (West) <sup>3</sup>	15,1	16,1	16,8	17,6	17,5	16,8
Länder (Ost)	2,9	3,1	3,2	3,3	3,2	3,1
Gemeinden (West)	3,1	3,2	3,1	3,1	2,9	2,7
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,5
Länder und Gemeinden (West)	18,2	19,3	20,0	20,6	20,4	19,5
Länder und Gemeinden (Ost)	3,6	3,8	3,9	4,0	3,8	3,6
nachrichtlich:						
Maastricht-Schuldenstand <sup>4</sup>	60,3	63,8	65,6	67,8	67,6	65,0
	Schulden insgesamt (€)					
je Einwohner	15 195	16 066	16 909	17 559	18 188	18 310
je Erwerbstätigen	32 054	34 234	35 880	37 263	38 301	37 904
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 211,2	2 244,6	2 322,2	2 423,8
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,475	82,518	82,498	82,438	82,315	82,261
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,096	38,726	38,880	38,846	39,088	39,737

<sup>1</sup> Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

<sup>2</sup> Ab 2006 inkl. Extrahaushalt BPS-PT (Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V.); ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen; ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.

<sup>3</sup> West- und Ost-Berlin.

<sup>4</sup> Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

## 12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 46,6	- 2,2
2002 <sup>5</sup>	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 <sup>5</sup>	- 87,3	- 79,5	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 68,0	- 3,1
2004 <sup>5</sup>	- 83,6	- 82,2	- 1,3	- 3,8	- 3,7	- 0,1	- 65,5	- 3,0
2005 <sup>5</sup>	- 75,6	- 71,5	- 4,0	- 3,4	- 3,2	- 0,2	- 52,3	- 2,3
2006 <sup>5</sup>	- 37,3	- 40,8	3,5	- 1,6	- 1,8	0,2	- 38,9	- 1,7
2007 <sup>5</sup>	0,2	- 8,9	9,1	0,0	- 0,4	0,4	- 0,2	- 0,0

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2008.

## 13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>- 2,8</b>	<b>- 1,1</b>	<b>- 1,9</b>	<b>- 3,2</b>	<b>- 1,2</b>	<b>- 4,0</b>	<b>- 3,8</b>	<b>- 3,4</b>	<b>- 1,6</b>	<b>0,0</b>	<b>- 0,5</b>	<b>- 0,2</b>
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,6
Griechenland	-	-	-14,3	- 9,3	- 3,7	- 5,6	- 7,4	- 5,1	- 2,6	- 2,8	- 2,0	- 2,0
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,1	- 0,2	- 0,3	1,0	1,8	2,2	0,6	0,0
Frankreich	- 0,1	- 3,0	- 2,4	- 5,5	- 1,5	- 4,1	- 3,6	- 2,9	- 2,4	- 2,7	- 2,9	- 3,0
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,7	0,4	1,4	1,6	3,0	0,3	- 1,4	- 1,7
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,5	- 4,2	- 3,4	- 1,9	- 2,3	- 2,4
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,5	- 4,1	- 2,4	- 1,2	3,3	1,7	1,8
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,5	- 1,2	- 0,1	1,3	2,9	2,4	2,3
Malta	-	-	-	- 4,2	- 6,2	- 9,8	- 4,6	- 3,0	- 2,5	- 1,8	- 1,6	- 1,0
Niederlande	- 4,0	- 3,6	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,7	- 0,3	0,5	0,4	1,4	1,8
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,7	- 2,1	- 1,4	- 3,7	- 1,5	- 1,5	- 0,5	- 0,7	- 0,6
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,0	- 3,2	- 2,9	- 3,4	- 6,1	- 3,9	- 2,6	- 2,2	- 2,6
Slowenien	-	-	-	- 8,5	- 3,8	- 2,7	- 2,3	- 1,5	- 1,2	- 0,1	- 0,6	- 0,6
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,6	2,4	2,9	4,1	5,3	4,9	4,6
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,1	- 2,9	- 2,5	- 1,3	- 0,6	- 1,0	- 1,1
Bulgarien	-	-	-	- 3,4	- 0,5	0,0	1,4	1,8	3,0	3,4	3,2	3,2
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	2,3	0,0	1,9	5,0	4,8	4,4	3,9	2,9
Estland	-	-	-	1,1	- 0,2	1,8	1,6	1,8	3,4	2,8	0,4	- 0,7
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,6	- 1,0	- 0,4	- 0,2	0,0	- 1,1	- 2,1
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 0,5	- 1,2	- 1,7	- 1,5
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 6,3	- 5,7	- 4,3	- 3,8	- 2,0	- 2,5	- 2,6
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,5	- 1,2	- 1,2	- 2,2	- 2,5	- 2,9	- 3,7
Schweden	-	-	-	- 7,4	3,7	- 0,9	0,8	2,2	2,3	3,5	2,7	2,3
Slowakei	-	-	-	- 3,4	-12,2	- 2,7	- 2,4	- 2,8	- 3,6	- 2,2	- 2,0	- 2,3
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 3,0	- 3,6	- 2,7	- 1,6	- 1,4	- 1,1
Ungarn	-	-	-	-	- 2,9	- 7,2	- 6,5	- 7,8	- 9,2	- 5,5	- 4,0	- 3,6
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,8	- 5,9	1,2	- 3,3	- 3,4	- 3,4	- 2,6	- 2,9	- 3,3	- 3,3
EU-27	-	-	-	-	0,6	- 3,1	- 2,8	- 2,5	- 1,4	- 0,9	- 1,2	- 1,3
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,4	- 3,6	- 2,6	- 3,0	- 5,0	- 5,9
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 7,9	- 6,2	- 6,7	- 1,4	- 1,6	- 1,9	- 2,7

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Für die Jahre 2003 bis 2009: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.

Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Stand: April 2008.

## 14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>30,3</b>	<b>39,5</b>	<b>41,3</b>	<b>55,6</b>	<b>59,7</b>	<b>63,8</b>	<b>65,6</b>	<b>67,8</b>	<b>67,6</b>	<b>65,0</b>	<b>63,1</b>	<b>61,6</b>
Belgien	74,0	115,1	125,6	129,8	107,8	98,6	94,2	92,1	88,2	84,9	81,9	79,9
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	97,9	98,6	98,0	95,3	94,5	92,4	90,2
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,7	46,2	43,0	39,7	36,2	35,3	35,2
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,1	56,7	62,9	64,9	66,4	63,6	64,2	64,4	65,1
Irland	69,0	100,5	93,1	81,0	37,8	31,1	29,5	27,4	25,1	25,4	26,9	28,8
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,8	105,8	106,5	104,0	103,2	102,6
Zypern	-	-	-	-	58,8	68,9	70,2	69,1	64,8	59,8	47,3	43,2
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,3	6,1	6,6	6,8	7,4	7,6
Malta	-	-	-	-	55,9	69,3	72,6	70,4	64,2	62,6	60,6	58,8
Niederlande	45,8	70,1	76,8	76,1	53,8	52,0	52,4	52,3	47,9	45,4	42,4	39,0
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,8	63,5	61,8	59,1	57,7	56,8
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	56,9	58,3	63,6	64,7	63,6	64,1	64,3
Slowenien	-	-	-	-	27,2	27,9	27,6	27,5	27,2	24,1	23,4	22,5
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,1	41,3	39,2	35,4	31,9	29,1
Euroraum	33,5	50,3	56,6	72,3	69,2	69,1	69,6	70,2	68,5	66,4	65,2	64,3
Bulgarien	-	-	-	-	74,3	45,9	37,9	29,2	22,7	18,2	14,1	10,8
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	45,8	43,8	36,4	30,4	26,0	21,7	18,4
Estland	-	-	-	9,0	5,2	5,5	5,1	4,5	4,2	3,4	3,4	3,5
Lettland	-	-	-	-	12,3	14,6	14,9	12,4	10,7	9,7	10,0	11,2
Litauen	-	-	-	11,9	23,7	21,2	19,4	18,6	18,2	17,3	17,0	16,8
Polen	-	-	-	-	36,8	47,1	45,7	47,1	47,6	45,2	44,5	44,1
Rumänien	-	-	-	-	24,7	21,5	18,8	15,8	12,4	13,0	13,6	14,9
Schweden	40,0	61,9	42,0	72,1	53,6	52,3	51,2	50,9	45,9	40,6	35,5	31,9
Slowakei	-	-	-	22,2	50,4	42,4	41,4	34,2	30,4	29,4	29,2	29,7
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	30,1	30,4	29,7	29,4	28,7	28,1	27,2
Ungarn	-	-	-	85,1	54,3	58,0	59,4	61,6	65,6	66,0	66,5	65,7
Vereinigtes Königreich	52,3	51,7	33,3	50,7	41,0	38,7	40,4	42,1	43,1	43,8	45,6	48,2
EU-27	-	-	-	-	61,7	61,7	62,1	62,6	61,3	58,7	58,9	58,4
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	61,3	62,3	62,8	62,3	62,5	65,6	69,8
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,7	159,5	167,1	177,3	179,7	180,7	182,8	185,5

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Stand: April 2008.

## 15 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2004	2005	2006
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>22,0</b>	<b>23,9</b>	<b>21,8</b>	<b>22,7</b>	<b>22,7</b>	<b>20,7</b>	<b>20,9</b>	<b>22,0</b>
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,8	31,5	31,1
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	49,2	48,0
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,8	32,0	31,4
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,3	27,8	28,1
Griechenland	12,2	12,6	15,9	17,0	20,5	17,4	17,7	17,4
Irland	26,1	26,6	28,2	27,3	27,5	25,8	26,1	27,1
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,6	28,4	29,9
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	16,4	17,3	18,0
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,6	28,4	28,5
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,0	27,8	26,2
Niederlande	23,0	26,9	26,9	24,1	24,2	23,6	25,8	25,1
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	33,9	34,8	34,9
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,3	27,6	27,5
Polen	–	–	–	25,2	22,4	20,0	20,7	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	22,7	22,7	24,0
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	36,2	37,2	37,3
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,6	23,0
Slowakei	–	–	–	–	19,8	18,4	18,8	17,7
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,6	23,7	24,6
Tschechien	–	–	–	22,0	19,7	22,1	21,6	20,4
Ungarn	–	–	–	26,6	26,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,1	28,5	30,9	28,9	29,6	30,6
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,2	20,6	21,4

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

## 16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2004	2005	2006
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>31,5</b>	<b>36,4</b>	<b>34,8</b>	<b>37,2</b>	<b>37,2</b>	<b>34,8</b>	<b>34,8</b>	<b>35,7</b>
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	45,4	44,8
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,3	50,3	49,0
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,4	44,0	43,5
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,5	44,1	44,5
Griechenland	17,4	18,8	22,8	25,2	29,7	27,1	27,3	27,4
Irland	28,4	31,0	33,1	32,0	31,7	30,2	30,6	31,7
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,1	41,0	42,7
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	26,3	27,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,4	33,4
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,9	38,6	36,3
Niederlande	35,4	43,4	42,9	41,5	39,7	37,4	39,1	39,5
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,3	43,7	43,6
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,8	42,1	41,9
Polen	–	–	–	36,2	31,6	33,4	34,3	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	33,8	34,8	35,4
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	52,6	49,9	50,7	50,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,1	29,7	30,1
Slowakei	–	–	–	–	32,9	31,6	31,6	29,6
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,7	35,8	36,7
Tschechien	–	–	–	37,5	35,3	38,3	37,8	36,7
Ungarn	–	–	–	41,3	38,0	37,6	37,2	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,3	34,7	37,3	35,6	36,5	37,4
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,0	27,3	28,2

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

## 17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Deutschland<sup>1</sup></b>	<b>46,6</b>	<b>44,9</b>	<b>43,4</b>	<b>48,3</b>	<b>45,1</b>	<b>48,5</b>	<b>47,1</b>	<b>46,8</b>	<b>45,7</b>	<b>44,3</b>	<b>43,7</b>
Belgien	54,7	58,3	52,1	51,9	49,0	51,1	49,2	52,2	49,1	48,7	48,5
Griechenland	–	–	50,2	51,0	51,1	49,4	49,9	47,1	45,8	45,4	45,2
Spanien	–	–	–	44,4	39,0	38,2	38,7	38,2	38,4	38,3	38,5
Frankreich	45,6	51,1	49,6	54,5	51,6	53,3	53,2	53,6	53,5	53,2	52,7
Irland	–	53,2	42,8	41,0	31,6	33,5	34,1	34,4	34,1	35,1	35,5
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,3	47,7	48,2	50,1	48,1	48,3
Luxemburg			37,7	39,7	37,6	42,0	43,2	42,8	40,4	39,0	38,0
Niederlande	55,4	57,1	54,4	51,6	44,2	47,1	46,3	45,4	46,6	47,0	46,2
Österreich	50,2	53,7	51,5	55,9	51,3	50,9	50,2	49,8	49,1	48,3	47,9
Portugal	33,5	38,8	40,0	42,8	43,1	45,4	46,4	47,5	46,1	45,8	45,5
Slowenien	–	–	–	–	48,2	48,0	47,4	47,0	46,3	45,4	44,4
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	49,9	50,0	50,3	48,5	47,7	47,3
Euroraum	–	–	–	50,7	46,3	48,2	47,6	47,6	47,4	46,5	46,2
Bulgarien	–	–	–	–	–	40,9	39,3	39,5	36,6	37,3	37,6
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,2	53,5	55,0	54,7	52,6	50,9	50,1	49,6
Estland	–	–	–	42,4	36,5	35,3	34,2	33,2	33,2	32,4	32,4
Lettland	–	–	31,6	38,8	37,3	34,8	35,8	35,5	37,0	37,3	36,4
Litauen	–	–	–	35,7	39,1	33,2	33,4	33,6	33,6	34,8	36,0
Malta	–	–	–	–	41,0	48,6	46,8	46,0	45,2	44,3	43,4
Polen	–	–	–	47,7	41,1	44,6	42,6	43,4	43,3	42,4	41,4
Rumänien	–	–	–	–	48,4	33,6	32,6	33,7	32,0	33,6	34,2
Schweden	–	–	–	67,2	57,1	58,0	56,6	56,3	55,3	53,0	52,5
Slowakei	–	–	–	47,0	51,7	40,0	37,7	38,1	37,3	36,0	35,6
Tschechien	–	–	–	54,5	41,8	47,3	44,4	44,0	42,5	43,1	43,0
Ungarn	–	–	–	–	46,5	49,1	48,9	50,0	52,9	50,9	49,0
Vereinigtes Königreich	47,3	48,8	41,5	44,3	36,8	42,4	42,7	43,7	44,1	44,2	44,3
Zypern	–	–	–	–	37,0	45,1	42,9	43,6	43,9	44,0	43,9
EU-27 <sup>2</sup>	–	–	–	50,5	45,0	47,4	46,8	46,9	46,7	46,0	45,7
USA	33,8	36,1	36,0	35,4	32,5	34,8	34,5	34,8	34,5	35,0	35,3
Japan	33,5	33,2	32,3	36,9	50,6	50,0	48,5	50,0	39,6	39,2	39,0

<sup>1</sup> 1990: nur alte Bundesländer.

<sup>2</sup> 1995 und 2000: EU-15.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: April 2007.

## 18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

1	EU-Haushalt 2007 <sup>1</sup>				EU-Haushalt 2008 <sup>2</sup>			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Rubrik	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Nachhaltiges Wachstum davon Globalisierungsanpassungsfonds	54 854,3 500,0	43,4	43 590,1	38,3	57 963,9 500,0	44,9 0,4	50 324,2 0,0	41,8 0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	55 850,2	44,2	54 210,4	47,6	55 041,1	42,6	53 177,3	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 443,6	1,1	1 270,1	1,1	1 342,9	1,0	1 241,4	1,0
4. Die EU als globaler Akteur davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	6 812,5 234,5	5,4 0,2	7 352,7	6,5 0,0	7 311,0 239,2	5,7 0,2	8 112,7 0,0	6,7 0,0
5. Verwaltung	6 977,9	5,5	6 977,8	6,1	7 283,9	5,6	7 284,4	6,1
6. Ausgleichszahlungen	444,6	0,4	444,6	0,4	206,6	0,2	206,6	0,2
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>126 383,2</b>	<b>100,0</b>	<b>113 845,8</b>	<b>100,0</b>	<b>129 149,7</b>	<b>100,6</b>	<b>120 346,8</b>	<b>100,0</b>

<sup>1</sup> = EU-Haushalt 2007 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne 1-7/2007).

<sup>2</sup> = EU-Haushalt 2008 (endg. Feststellung vom 18.12.2007).



## 18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

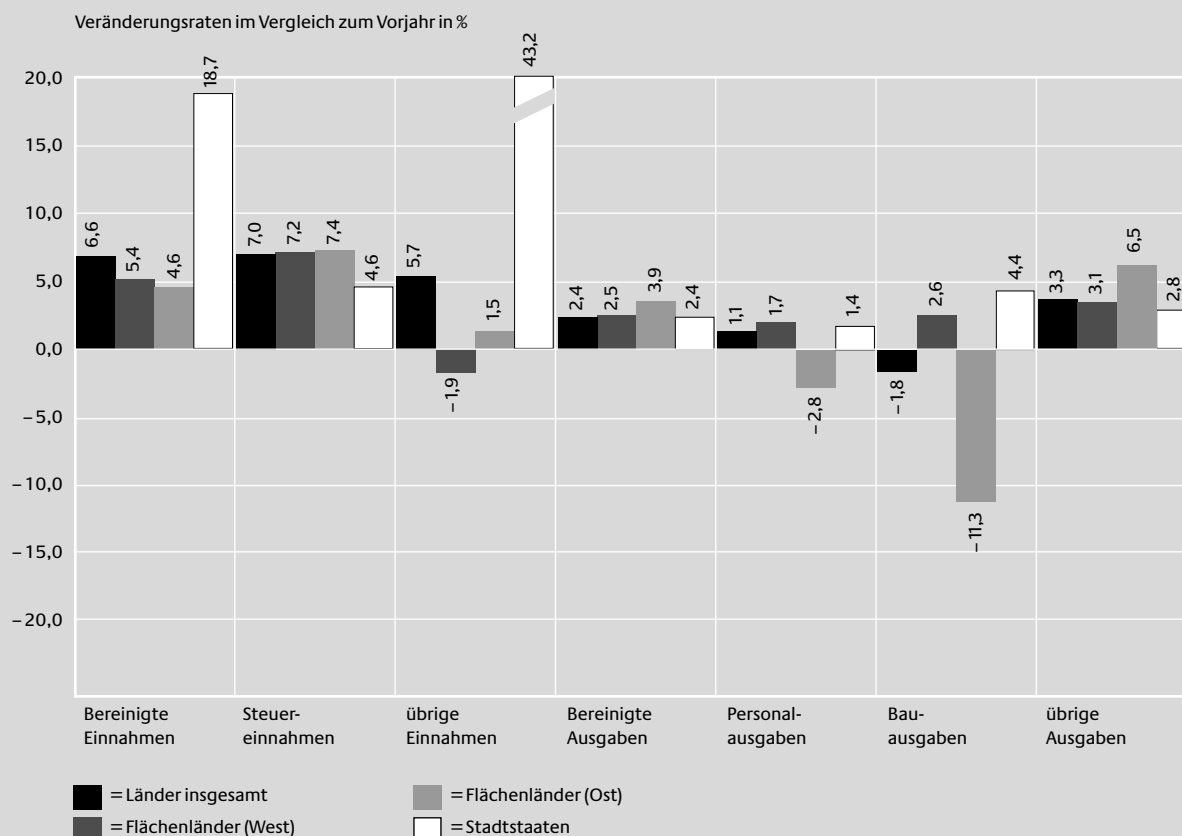
Rubrik	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	10	11
<b>1. Nachhaltiges Wachstum</b>	5,7	15,4	3 109,6	6 734,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	–	0,0	0,0
<b>2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen</b>	–1,4	–1,9	–809,1	–1 033,1
<b>3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht</b>	–7,0	–2,3	–100,8	–28,7
<b>4. Die EU als globaler Akteur</b>	7,3	10,3	498,8	760,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	–	4,7	0,0
<b>5. Verwaltung</b>	4,4	4,4	306,0	306,7
<b>6. Ausgleichszahlungen</b>	–53,5	–53,5	–238,0	–238,0
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>2,2</b>	<b>5,7</b>	<b>2 766,5</b>	<b>6 500,9</b>

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
	in Mio. €							
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>185 455</b>	<b>46 214</b>	<b>52 358</b>	<b>13 407</b>	<b>33 778</b>	<b>9 488</b>	<b>265 325</b>	<b>67 260</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	151 937	37 454	27 422	7 249	20 636	5 293	199 996	49 997
übrige Einnahmen	33 518	8 760	24 936	6 158	13 142	4 195	65 329	17 263
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>191 132</b>	<b>50 455</b>	<b>52 373</b>	<b>12 732</b>	<b>34 364</b>	<b>9 106</b>	<b>271 603</b>	<b>70 444</b>
darunter:								
Personalausgaben	73 854	19 864	12 335	3 033	10 695	2 924	96 883	25 820
Bauausgaben	2 616	302	1 644	166	705	86	4 964	553
übrige Ausgaben	114 662	30 290	38 395	9 533	22 964	6 097	169 756	44 071
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>- 5 675</b>	<b>- 4 242</b>	<b>- 15</b>	<b>676</b>	<b>- 870</b>	<b>382</b>	<b>- 6 560</b>	<b>- 3 184</b>

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2008



### 3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	März 2007			Februar 2008			März 2008		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	55 695	63 084 <sup>5</sup>	114 753 <sup>5</sup>	37 051	41 852	76 078	58 806	67 260	122 100
111	darunter: Steuereinnahmen	47 075	46 745 <sup>5</sup>	93 820 <sup>5</sup>	32 519	32 814	65 333	49 560	49 997	99 556
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	58 223 <sup>3</sup>	16 215	74 438	34 010 <sup>3</sup>	11 561	45 572	45 351 <sup>3</sup>	16 687	62 037
12	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	75 633	68 767 <sup>5</sup>	140 375 <sup>5</sup>	58 463	46 903	102 542	76 628	70 444	143 107
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	6 911	25 544	32 455	4 885	18 283	23 168	6 942	25 820	32 763
122	Bauausgaben	658	563	1 222	422	319	740	709	553	1 262
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	149	149	–	11	11	–	– 55	– 55
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	66 730	22 781	89 511	–40 284	23 246	–17 039	–58 080	31 247	–26 833
13	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)</b> <b>(Finanzierungssaldo)</b>	<b>–19 938</b>	<b>– 5 683<sup>5</sup></b>	<b>– 25 621<sup>5</sup></b>	<b>– 21 413</b>	<b>– 5 051</b>	<b>– 26 464</b>	<b>–17.823</b>	<b>– 3 184</b>	<b>– 21 007</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	0	200	200	–	278	278	–	278	278
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	0	900	900	–	54	54	–	949	949
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	0	– 700	– 700	–	224	224	–	– 671	– 671
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen <sup>2</sup>	– 7 694	– 5 799	–13 492	– 6 277	–13 744	–20 021	–11 891	–16 341	–28 232
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0	–115	–115	–	747	747	–	1 049	1 049
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0	–	0	–	510	510	–	510	510
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	7 317	8 702 <sup>5</sup>	16 019 <sup>5</sup>	6 107	15 227	21 335	14 250	19 557	33 807
32	Vorschüsse	0	9 944	9 944	–	17 998	17 998	–	16 586	16 586
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	0	8 961	8 961	–	11 064	11 064	–	11 311	11 311
34	Saldo (31–32+33)	7 317	7 718 <sup>5</sup>	15 035 <sup>5</sup>	6 107	8 293	14 400	14 250	14 282	28 532
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–20 315	–4 578	–24 893	–21 582	–9 022	–30 604	–15 464	–4 355	–19 819
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	20 315	2 770	23 085	21 583	4 402	25 984	15 464	4 242	19 705
52	Schatzwechsel	0	–	0	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	0	–	0	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	0	592	592	–	763	763	–	649	649
56	Zusammen	20 315	3 362	23 677	21 583	5 165	26 747	15 464	4 891	20 354
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	–1 216	–1 216	0	–3 857	–3 857	0	536	536
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	–	1 565	1 565	–	1 963	1 963	–	1 388	1 388
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	2 931	2 931	–	3 771	3 771	–	3 796	3 796

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>5</sup> Aufgrund von Länderkorrekturmeldungen veränderte Werte ggü. BMF-Veröffentlichung März 2007.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>8 604,3</b>	<b>9 991,7</b>	<b>2 551,0</b>	<b>5 025,8</b>	<b>1 732,3</b>	<b>5 101,1</b>	<b>12 096,1</b>	<b>3 066,8</b>	<b>659,1</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	6 673,6	8 246,9	1 398,0	4 182,2	893,8	3 922,6	10 183,1	2 245,4	549,4
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	147,9	–	127,9	92,0	–	53,9	16,8
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	3 395,5	953,1	317,0	–	40,7	1 866,0	3 294,8	2 928,4	387,0
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>9 154,2</b>	<b>9 872,5</b>	<b>2 373,4</b>	<b>5 508,8</b>	<b>1 718,6</b>	<b>5 543,7</b>	<b>13 782,1</b>	<b>3 690,5</b>	<b>867,3</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	3 995,6	4 621,2	589,0	1 751,3	364,0	2 175,5 <sup>3</sup>	4 537,6 <sup>3</sup>	1 458,5	375,4
122	Bausgaben	54,8	131,3	2,2	64,1	19,2	10,0	6,4	5,2	6,9
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	637,6	826,7	–	752,7	–	–	–236,6	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	4 645,8	1 799,9	961,0	1 950,7	647,9	2 942,1	6 217,2	3 295,8	466,7
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 549,9</b>	<b>119,2</b>	<b>177,6</b>	<b>– 483,0</b>	<b>13,7</b>	<b>– 442,6</b>	<b>– 1 686,1</b>	<b>– 623,6</b>	<b>– 208,2</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	149,3	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	5,2	–	–	–	–	895,0	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	144,1	–	–	–	–	–895,0	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	– 1 259,8	– 743,5	– 370,2	– 1 988,1	– 607,2	– 1 075,0	– 5 086,8	– 355,7	– 73,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	715,3	2 310,3	–	– 732,9	–	–	– 203,1	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	356,3	153,9	–	0,1	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 791,5	2 047,5	634,4	1 433,0	357,2	124,1	5 407,4	753,0	141,3
32	Vorschüsse	3 501,7	7 542,9	888,7	334,5	0,6	607,5	15,5	55,5	– 11,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	314,3	3 511,4	–	889,4	348,5	1 753,9	861,1	2,3	13,0
34	Saldo (31–32+33)	604,1	– 1 984,0	– 254,3	1 987,9	705,1	1 270,5	6 253,0	699,8	165,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 134,0	0,0	– 446,9	– 1 215,9	111,6	– 247,1	– 1 618,0	– 279,6	– 116,4
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	158,7	–	–	418,0	2 895,0	280,0	165,4
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	438,0	–	211,0	–	–	–
56	Zusammen	–	–	158,7	438,0	–	629,0	2 895,0	280,0	165,4
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	– 134,0	0,0	– 288,2	– 777,9	111,6	381,9	1 277,0	0,4	49,0
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	1 388,4	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 753,9	834,8	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne April-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: April 2008.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
in Mio. €									
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>4 203,6</b>	<b>2 340,8</b>	<b>1 855,7</b>	<b>2 579,4</b>	<b>6 192,9</b>	<b>914,0</b>	<b>2 469,3</b>	<b>67 259,9</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	2 325,0	1 297,2	1 450,9	1 335,3	2 757,9	535,7	1 999,5	49 996,5
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	279,7	164,2	24,2	160,4	887,0	170,0	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	– 555,2	1 583,2	331,2	376,5	1 655,1	750,0	– 636,7	16 686,6
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>3 577,5</b>	<b>2 559,1</b>	<b>2 223,1</b>	<b>2 503,0</b>	<b>5 264,9</b>	<b>1 078,9</b>	<b>2 850,7</b>	<b>70 444,3</b>
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	1 047,4	518,3	949,0	514,1	1 838,5	328,6	756,4	25 820,4
122	Bausgaben	96,2	23,6	22,9	24,4	14,8	23,0	48,4	553,4
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	88,2	– 55,4
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 455,2	1 272,9	730,5	738,2	3 506,7	616,4	–	31 247,0
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>626,1</b>	<b>– 218,3</b>	<b>– 367,4</b>	<b>76,4</b>	<b>928,0</b>	<b>– 164,9</b>	<b>– 381,4</b>	<b>– 3 184,4</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	128,8	–	278,1
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	48,8	–	949,0
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	80,0	–	– 670,9
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	– 2 012,7	338,7	– 399,8	– 364,8	– 1 842,4	133,5	– 633,1	– 16 340,7
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	683,2	–	–	–	–	– 420,1	– 1 303,9	1 048,8
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	510,3
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	464,0	1 173,7	0,0	45,6	521,9	61,0	2 600,9	19 556,5
32	Vorschüsse	1 898,9	1 383,5	0,0	2,7	–	– 26,0	390,8	16 585,5
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 022,9	70,1	0,0	206,5	401,6	157,5	758,5	11 311,0
34	Saldo (31–32+33)	588,0	– 139,7	0,0 <sup>5</sup>	249,4	923,5	244,5	2 968,6	14 282,0
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 115,4	– 19,3	– 767,2	– 39,0	9,1	– 127,1	650,2	– 4 355,0
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	24,3	–	170,1	130,0	4 241,5
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	649,0
56	Zusammen	–	–	–	24,3	–	170,1	130,0	4 890,5
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	– 115,4	– 19,3	– 767,2	– 14,7	9,1	43,0	780,2	535,5
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	–	–	1 388,4
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	401,6	47,5	758,5	3 796,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne Januar-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: April 2008.

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbs- quote <sup>2</sup>	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
					Veränderung in % p. a.			in %	
1991	38,6	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	50,0	3,1	7,5	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 0,9	51,6	3,9	9,2	– 0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,1	0,7	0,5	17,5
2005	38,8	– 0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,3	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	2,9	2,2	2,4	18,0
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,8	0,8	18,5
2002/1997	38,6	0,9	51,0	3,5	8,3	1,7	0,8	1,7	20,5
2007/2002	39,1	0,3	52,1	4,0	9,3	1,4	1,1	1,2	17,9

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. <sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. <sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2008.

## 2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Bruttoinlandsprodukt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucherpreisindex (2000=100)	Lohnstückkosten <sup>2</sup>
	Veränderung in % p. a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,8	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,8	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	1,0	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	1,9	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,5	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,1	- 0,4	1,3	1,6	1,7	- 0,4
2005	1,5	0,7	- 1,3	1,2	1,6	1,5	- 0,7
2006	3,5	0,6	- 1,5	1,1	1,4	1,6	- 1,1
2007	4,4	1,8	0,7	1,6	1,7	2,3	0,1
2002/1997	2,3	0,6	- 0,2	0,7	0,9	1,3	0,5
2007/2002	2,5	1,1	- 0,3	1,3	1,6	1,6	- 0,3

<sup>1</sup> Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: Februar 2008.

### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,93	44,76	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	9,9	7,5	111,03	98,51	38,3	33,3	5,0	4,5
2005	8,3	9,2	113,33	105,76	40,9	35,8	5,0	4,7
2006	14,0	14,3	126,38	121,80	45,1	39,6	5,4	5,2
2007	8,3	4,6	170,85	167,59	46,7	39,7	7,0	6,9
2002/1997	7,8	5,9	35,9	- 4,6	31,6	29,8	1,7	- 0,3
2007/2002	8,2	7,6	117,5	97,4	40,4	35,2	5,2	4,3

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: Februar 2008.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-einkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	- 0,7
2004	4,2	13,4	0,4	68,2	69,6	0,6	0,8
2005	1,4	5,9	- 0,6	66,8	68,4	0,3	- 1,2
2006	3,6	7,2	1,7	65,6	67,2	0,9	- 1,5
2007	4,2	6,9	2,8	64,7	66,3	1,5	- 0,8
2002/1997	1,8	0,9	2,2	71,2	72,1	1,4	0,9
2007/2002	3,0	7,5	0,9	68,0	69,3	0,9	- 0,7

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. <sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). <sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2008.

## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>1,9</b>	<b>3,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>1,1</b>	<b>0,8</b>	<b>2,9</b>	<b>2,5</b>	<b>1,8</b>	<b>1,5</b>
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,7	2,8	2,7	1,7	1,5
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	5,0	4,6	3,8	4,2	4,0	3,4	3,3
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,1	3,3	3,6	3,9	3,8	2,2	1,8
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,1	2,5	1,7	2,0	1,9	1,6	1,4
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	4,5	4,4	6,0	5,7	5,3	2,3	3,2
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,5	0,6	1,8	1,5	0,5	0,8
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,9	4,2	3,9	4,0	4,4	3,7	3,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	2,1	4,9	5,0	6,1	5,1	3,6	3,5
Malta	-	-	6,2	6,4	- 0,3	0,2	3,4	3,4	3,8	2,6	2,5
Niederlande	2,7	4,2	3,1	3,9	0,3	2,2	1,5	3,0	3,5	2,6	1,8
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,2	2,3	2,0	3,3	3,4	2,2	1,8
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 0,8	1,5	0,9	1,3	1,9	1,7	1,6
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,8	4,4	4,1	5,7	6,1	4,2	3,8
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,7	2,8	4,9	4,4	2,8	2,6
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,8	0,8	2,1	1,6	2,8	2,6	1,7	1,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	5,0	6,6	6,2	6,3	6,2	5,8	5,6
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,4	2,3	2,5	3,9	1,8	1,3	1,1
Estland	-	-	4,5	9,6	7,2	8,3	10,2	11,2	7,1	2,7	4,3
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,7	10,6	12,2	10,3	3,8	2,5
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,9	7,7	8,8	6,1	3,7
Polen	-	-	7,0	4,3	3,9	5,3	3,6	6,2	6,5	5,3	5,0
Rumänien	-	-	7,1	2,1	5,2	8,5	4,2	7,9	6,0	6,2	5,1
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	1,9	4,1	3,3	4,1	2,6	2,2	1,8
Slowakei	-	-	5,8	1,4	4,8	5,2	6,6	8,5	10,4	7,0	6,2
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,5	6,4	6,4	6,5	4,7	5,0
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,2	4,8	4,1	3,9	1,3	1,9	3,2
Vereinigtes Königreich	3,5	0,8	2,9	3,8	2,8	3,3	1,8	2,9	3,0	1,7	1,6
EU-27	-	-	2,6	3,9	1,3	2,5	1,9	3,1	2,8	2,0	1,8
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	1,4	2,7	1,9	2,4	2,0	1,2	1,1
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,6	3,1	2,9	2,2	0,9	0,7

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.

Stand: April 2008.



## 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>1,0</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>2,3</b>	<b>2,9</b>	<b>1,8</b>
Belgien	1,5	1,9	2,5	2,3	1,8	3,6	2,3
Griechenland	3,4	3,0	3,5	3,3	3,0	3,7	3,6
Spanien	3,1	3,1	3,4	3,6	2,8	3,8	2,6
Frankreich	2,2	2,3	1,9	1,9	1,6	3,0	2,0
Irland	4,0	2,3	2,2	2,7	2,9	3,3	2,4
Italien	2,8	2,3	2,2	2,2	2,0	3,0	2,2
Zypern	4,0	1,9	2,0	2,2	2,2	3,8	2,5
Luxemburg	2,5	3,2	3,8	3,0	2,7	4,2	2,5
Malta	1,9	2,7	2,5	2,6	0,7	3,4	2,2
Niederlande	2,2	1,4	1,5	1,7	1,6	2,7	2,9
Österreich	1,3	2,0	2,1	1,7	2,2	3,0	1,9
Portugal	3,3	2,5	2,1	3,0	2,4	2,8	2,3
Slowenien	5,7	3,7	2,5	2,5	3,8	5,4	3,3
Finnland	1,3	0,1	0,8	1,3	1,6	3,4	2,3
Euroraum	1,9	2,1	2,2	2,2	2,1	3,2	2,2
Bulgarien	2,3	6,1	6,0	7,4	7,6	9,9	5,9
Dänemark	2,0	0,9	1,7	1,9	1,7	3,3	2,3
Estland	1,4	3,0	4,1	4,4	6,7	9,5	5,1
Lettland	2,9	6,2	6,9	6,6	10,1	15,8	8,5
Litauen	– 1,1	1,2	2,7	3,8	5,8	10,1	7,2
Polen	0,7	3,6	2,2	1,3	2,6	4,3	3,4
Schweden	2,3	1,0	0,8	1,5	1,7	2,4	1,9
Slowakei	8,4	7,5	2,8	4,3	1,9	3,8	3,2
Tschechien	– 0,1	2,6	1,6	2,1	3,0	6,2	2,7
Ungarn	4,7	6,8	3,5	4,0	7,9	6,3	3,7
Vereinigtes Königreich	1,4	1,3	2,1	2,3	2,3	2,8	2,2
EU-27	2,1	2,3	2,3	2,3	2,4	3,6	2,4
Japan	– 0,3	0,0	– 0,3	0,3	0,1	0,7	0,6
USA	2,3	2,7	3,4	3,2	2,8	3,6	1,6

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.  
Stand: April 2008.

## 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>	<b>7,2</b>	<b>4,8</b>	<b>8,0</b>	<b>7,5</b>	<b>9,3</b>	<b>9,7</b>	<b>10,7</b>	<b>9,8</b>	<b>8,4</b>	<b>7,3</b>	<b>7,1</b>
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,2	7,5	7,3	7,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,7	10,5	9,8	8,9	8,3	8,3	8,0
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,6	9,2	8,5	8,3	9,3	10,6
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,0	9,3	9,2	9,2	8,3	8,0	8,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,7	4,5	4,3	4,4	4,5	5,6	5,8
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	6,8	6,1	6,0	5,9
Zypern	–	–	2,6	4,9	4,1	4,6	5,2	4,6	3,9	3,7	3,5
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,7	4,7	4,5	4,4
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,3	6,4	6,3	6,2
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,2	2,9	2,8
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	4,7	4,4	4,2	4,3
Portugal	9,1	4,8	7,1	3,9	6,3	6,7	7,6	7,7	8,0	7,9	7,9
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,0	4,8	4,7	4,7
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	6,9	6,3	6,1
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	8,6	8,8	8,8	8,2	7,4	7,2	7,3
Bulgarien	–	–	12,7	16,4	13,7	12,0	10,1	9,0	6,9	6,0	5,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,9	3,7	3,1	3,2
Estland	–	–	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,9	4,7	6,0	6,0
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	6,8	6,0	6,4	6,9
Litauen	–	0,0	6,9	16,4	12,4	11,4	8,3	5,6	4,3	4,5	4,8
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,8	9,6	7,1	6,1
Rumänien	–	–	6,1	7,2	7,0	8,1	7,2	7,3	6,4	6,1	5,9
Schweden	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	13,4	11,1	9,8	9,3
Slowakei	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,4	7,0	6,1	6,2	6,5
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,1	5,3	4,5	4,4
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,5	7,4	8,3	7,8
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,5	4,9	4,7	4,8	5,3	5,2	5,4	5,7
EU-27	–	–	–	8,7	8,9	9,0	8,9	8,1	7,1	6,8	6,8
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,6	4,6	5,4	6,2

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.

Stand: April 2008.

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

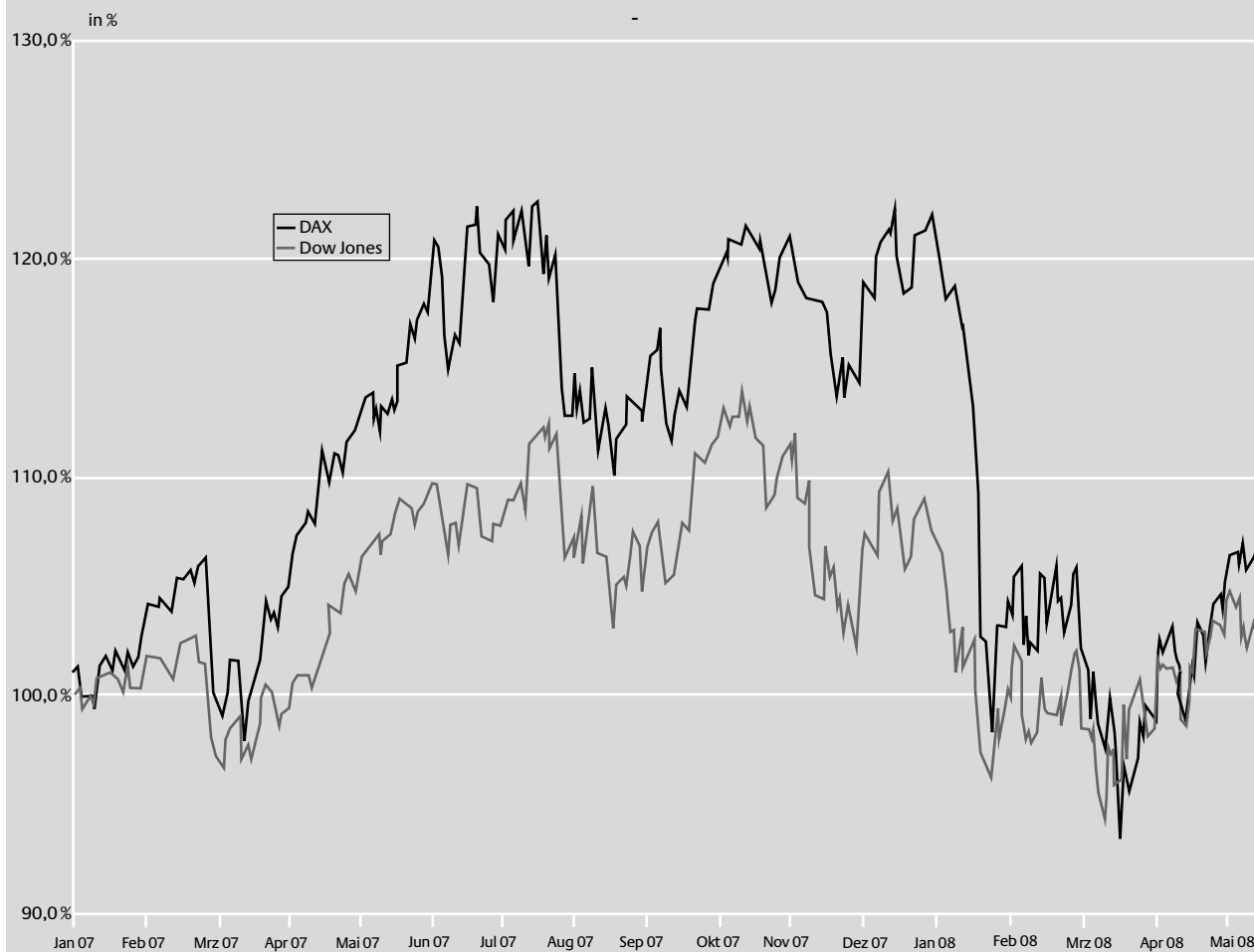
	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2006	2007	2008 <sup>1</sup>	2009 <sup>1</sup>	2006	2007	2008 <sup>1</sup>	2009 <sup>1</sup>	2006	2007	2008 <sup>1</sup>	2009 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft unabhängiger Staaten</b>	<b>8,2</b>	<b>8,5</b>	<b>7,0 ↓</b>	<b>6,5 ↓</b>	<b>9,5</b>	<b>9,7 ↓</b>	<b>13,1↑</b>	<b>9,5↑</b>	<b>7,5</b>	<b>4,5 ↓</b>	<b>4,8↑</b>	<b>2,4↑</b>
darunter												
Russische Föderation	7,4	8,1	6,8 ↓	6,3 ↓	9,7	9,0	11,4↑	8,4	9,5	5,9	5,8↑	2,9↑
Ukraine	7,1	7,3	5,6	4,2 ↓	9,0	12,8	21,9↑	15,7↑	-1,5	-4,2 ↓	-7,6 ↓	-9,7 ↓
<b>Asien</b>	<b>8,9</b>	<b>9,1↑</b>	<b>7,5 ↓</b>	<b>7,8 ↓</b>	<b>3,7</b>	<b>4,8</b>	<b>5,5↑</b>	<b>3,9 ↓</b>	<b>5,7</b>	<b>6,5 ↓</b>	<b>5,3 ↓</b>	<b>5,2 ↓</b>
darunter												
China	11,1	11,4	9,3 ↓	9,5 ↓	1,5	4,8	5,9↑	3,6 ↓	9,4	11,1	9,8 ↓	10,0 ↓
Indien	9,7 ↓	9,2 ↑	7,9 ↓	8,0 ↓	6,2	6,4	5,2↑	4,0 ↑	-1,1↑	-1,8 ↓	-3,1 ↓	-3,4 ↓
Indonesien	5,5	6,3	6,1	6,3 ↓	13,1	6,4	7,1↑	5,9	3,0↑	2,5 ↑	1,8↑	1,2↑
Korea	5,1 ↑	5,0 ↑	4,2 ↓	4,4 ↓	2,2	2,5	3,4↑	2,9↑	0,6	0,6	-1,0 ↓	-0,9 ↓
Thailand	5,1	4,8 ↑	5,3↑	5,6↑	4,6	2,2	3,5	2,5	1,1 ↓	6,1↑	3,4↑	1,3 ↓
<b>Lateinamerika</b>	<b>5,5</b>	<b>5,6</b>	<b>4,4↑</b>	<b>3,6 ↓</b>	<b>5,3</b>	<b>5,4</b>	<b>6,6↑</b>	<b>6,1↑</b>	<b>1,5</b>	<b>0,5↑</b>	<b>-0,3 ↑</b>	<b>-0,9</b>
darunter												
Argentinien	8,5	8,7	7,0↑	4,5	10,9	8,8	9,2	9,1	2,5	1,1↑	0,4↑	-0,5↑
Brasilien	3,8	5,4 ↑	4,8↑	3,7 ↓	4,2	3,6	4,8	4,3	1,3	0,3	-0,7 ↓	-0,9 ↓
Chile	4,0	5,0	4,5 ↓	4,5 ↓	3,4	4,4	6,6↑	3,6↑	3,6	3,7 ↓	-0,5 ↓	-1,3 ↓
Mexiko	4,8	3,3	2,0 ↓	2,3 ↓	3,6	4,0	3,8 ↓	3,2 ↓	-0,3	-0,8	-1,0 ↑	-1,6 ↑
Venezuela	10,3	8,4	5,8	3,5	13,7	18,7	25,7↑	31,0↑	14,7	9,8↑	7,2↑	5,0↑
<b>Sonstige</b>												
Türkei	6,9 ↑	5,0 ↑	4,0 ↓	4,3 ↓	9,6	8,8	7,5↑	4,5 ↓	-6,1↑	-5,7↑	-6,7↑	-6,3 ↑
Südafrika	5,4	5,1 ↑	3,8 ↓	3,9 ↓	4,7	7,1	8,7↑	5,9	-6,5	-7,3↑	-7,7 ↓	-7,9 ↓

<sup>1</sup> Prognosen des IWF [↑/↓= aktuelle Prognose ggü. der vorigen (Oktober 2007) angehoben/gesenkt].  
Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2008.

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2007 = 100 %

(2. Januar 2007 bis 15. Mai 2008)



## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

### Aktienindizes

	Aktuell 15.5.2008	Ende 2007	Änderung in % zu Ende 2007	Tief 2008	Hoch 2008
Dow Jones	12 993	13 265	– 2,05	11 740	13 058
Eurostoxx 50	2 372	3 684	– 35,62	2 873	3 635
Dax	7 081	8 067	– 12,23	6 182	7 949
CAC 40	5 058	5 614	– 9,91	4 431	5 550
Nikkei	14 252	15 308	– 6,90	11 788	14 691

### Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 15.5.2008	Ende 2007	Spread zu US-Bond	Tief 2008	Hoch 2008
			in %		
USA	3,82	4,03	–	3,31	3,92
Bund	4,21	4,36	0,39	3,69	4,30
Japan	1,67	1,50	– 2,15	1,25	1,68
Brasilien	13,69	13,23	9,87	12,37	13,99

### Währungen

	Aktuell 15.5.2008	Ende 2007	Änderung in % zu Ende 2007	Tief 2008	Hoch 2008
Dollar/Euro	1,54	1,46	5,84	1,44	1,60
Yen/Dollar	104,71	111,00	– 5,99	97,00	112,00
Yen/Euro	161,73	162,00	– 0,47	153,00	165,00
Pfund/Euro	0,79	0,74	7,81	0,73	0,81

## 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	2,9	2,5	1,8	1,5	1,8	2,3	2,9	1,8	9,8	8,4	7,3	7,1
OECD	3,1	2,6	1,8	1,6	1,8	2,2	2,3	1,8	8,1	6,4	5,7	5,6
IWF	2,9	2,5	1,4	1,0	1,8	2,3	2,5	1,6	9,8	8,4	7,9	7,7
<b>USA</b>												
EU-KOM	2,9	2,2	0,9	0,7	3,2	2,8	3,6	1,6	4,6	4,6	5,4	6,2
OECD	2,9	2,2	2,0	2,2	3,2	2,8	2,7	1,9	4,6	4,6	5,0	5,0
IWF	2,9	2,2	0,5	0,6	3,2	2,9	3,0	2,0	4,6	4,6	5,4	6,3
<b>Japan</b>												
EU-KOM	2,4	2,0	1,2	1,1	0,3	0,1	0,7	0,6	4,1	3,9	4,0	4,2
OECD	2,2	2,1	1,6	1,8	0,2	0,0	0,3	0,4	4,1	3,8	3,7	3,6
IWF	2,4	2,1	1,4	1,5	0,3	–	0,6	1,3	4,1	3,9	3,9	3,9
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	2,0	1,9	1,6	1,4	1,9	1,6	3,0	2,0	9,2	8,3	8,0	8,1
OECD	2,2	1,9	1,8	2,0	1,9	1,5	2,2	1,9	8,8	8,0	7,5	7,4
IWF	2,0	1,9	1,4	1,2	1,9	1,6	2,5	1,7	9,2	8,3	7,8	7,9
<b>Italien</b>												
EU-KOM	1,8	1,5	0,5	0,8	2,2	2,0	3,0	2,2	6,8	6,1	6,0	5,9
OECD	1,9	1,5	1,3	1,3	2,2	2,0	2,4	1,9	6,8	5,9	5,8	5,8
IWF	1,8	1,5	0,3	0,3	2,2	2,0	2,5	1,9	6,8	6,0	5,9	5,8
<b>Vereinigtes Königreich</b>												
EU-KOM	2,9	3,0	1,7	1,6	2,3	2,3	2,8	2,2	5,3	5,2	5,4	5,7
OECD	2,8	3,1	2,0	2,4	2,3	2,3	2,2	2,0	5,5	5,5	5,7	5,5
IWF	2,9	3,1	1,6	1,6	2,3	2,3	2,5	2,1	5,4	5,4	5,5	5,4
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
OECD	2,8	2,7	2,4	2,7	2,0	2,4	1,7	1,8	6,3	6,0	5,8	5,8
IWF	2,8	2,7	1,3	1,9	2,0	2,1	1,6	2,0	6,3	6,0	6,1	6,3
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	2,8	2,6	1,7	1,5	2,2	2,1	3,2	2,2	8,2	7,4	7,2	7,3
OECD	2,9	2,6	1,9	2,0	2,2	2,1	2,5	2,0	7,7	6,8	6,4	6,4
IWF	2,8	2,6	1,4	1,2	2,2	2,1	2,8	1,9	8,2	7,4	7,3	7,4
<b>EU-27</b>												
EU-KOM	3,1	2,8	2,0	1,8	2,3	2,4	3,6	2,4	8,1	7,1	6,8	6,8
IWF	3,3	3,1	1,8	1,7	2,3	2,4	3,1	2,2	–	–	–	–

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007.

OECD-Interims-Projektion, März 2008, für 2007 zu BIP.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, April 2008.

Stand: April 2008.

## 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	2,8	2,7	1,7	1,5	2,3	1,8	3,6	2,3	8,2	7,5	7,3	7,5
OECD	2,9	2,6	1,9	2,0	2,3	1,7	2,3	2,0	8,2	7,7	7,3	7,0
IWF	2,9	2,7	1,4	1,2	2,3	1,8	3,1	1,9	8,2	7,5	7,6	8,3
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	4,9	4,4	2,8	2,6	1,3	1,6	3,4	2,3	7,7	6,9	6,3	6,1
OECD	4,9	4,2	2,9	2,6	1,3	1,5	2,3	2,4	7,7	6,6	6,3	6,1
IWF	4,9	4,4	2,4	2,1	1,3	1,6	2,8	1,9	7,7	6,8	6,7	6,7
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	4,2	4,0	3,4	3,3	3,3	3,0	3,7	3,6	8,9	8,3	8,3	8,0
OECD	4,3	4,1	3,7	3,9	3,3	2,9	3,3	3,1	9,3	8,6	8,4	8,3
IWF	4,2	4,0	3,5	3,3	3,3	3,0	3,5	2,7	8,9	8,3	7,5	7,4
<b>Irland</b>												
EU-KOM	5,7	5,3	2,3	3,2	2,7	2,9	3,3	2,4	4,4	4,5	5,6	5,8
OECD	5,7	5,2	2,9	4,2	2,7	2,8	2,5	2,0	4,4	4,8	5,6	5,4
IWF	5,7	5,3	1,8	3,0	2,7	3,0	3,2	2,1	4,4	4,6	5,3	5,0
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	6,1	5,1	3,6	3,5	3,0	2,7	4,2	2,5	4,7	4,7	4,5	4,4
OECD	6,0	5,2	4,9	4,1	3,0	2,6	3,3	3,0	4,4	4,4	4,2	3,9
IWF	6,1	5,4	3,1	3,2	2,7	2,3	2,9	2,1	4,5	4,4	4,8	4,9
<b>Malta</b>												
EU-KOM	3,4	3,8	2,6	2,5	2,6	0,7	3,4	2,2	7,3	6,4	6,3	6,2
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	3,4	3,8	2,2	2,0	2,6	0,7	3,4	2,5	7,3	6,3	6,5	6,8
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	3,0	3,5	2,6	1,8	1,7	1,6	2,7	2,9	3,9	3,2	2,9	2,8
OECD	3,0	3,0	2,4	2,3	1,7	1,6	2,0	2,4	4,1	3,3	2,9	2,7
IWF	3,0	3,5	2,1	1,6	1,7	1,6	2,4	1,8	3,9	3,2	2,8	2,9
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	3,3	3,4	2,2	1,8	1,7	2,2	3,0	1,9	4,7	4,4	4,2	4,3
OECD	3,1	3,3	2,5	2,5	1,7	2,1	2,4	2,0	5,4	5,3	5,3	5,5
IWF	3,3	3,4	1,9	1,7	1,7	2,2	2,8	1,9	4,8	4,4	4,4	4,5
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	1,3	1,9	1,7	1,6	3,0	2,4	2,8	2,3	7,7	8,0	7,9	7,9
OECD	1,3	1,8	2,0	2,2	3,0	2,4	2,6	2,2	7,7	7,9	7,6	7,3
IWF	1,3	1,9	1,3	1,4	3,0	2,4	2,4	2,0	7,7	7,7	7,6	7,4
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	5,7	6,1	4,2	3,8	2,5	3,8	5,4	3,3	6,0	4,8	4,7	4,7
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	5,7	6,1	4,1	3,5	2,5	3,6	4,0	2,4	5,9	4,8	4,8	5,0
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	3,9	3,8	2,2	1,8	3,6	2,8	3,8	2,6	8,5	8,3	9,3	10,6
OECD	3,9	3,8	2,5	2,4	3,6	2,8	3,6	2,5	8,5	8,1	8,1	8,3
IWF	3,9	3,8	1,8	1,7	3,6	2,8	4,0	3,0	8,5	8,3	9,5	10,4
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	4,0	4,4	3,7	3,7	2,2	2,2	3,8	2,5	4,6	3,9	3,7	3,5
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	4,0	4,4	3,4	3,5	2,2	2,2	4,0	2,9	4,6	3,9	3,9	3,9

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, April 2008.

Stand: April 2008.

## 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	6,3	6,2	5,8	5,6	7,4	7,6	9,9	5,9	9,0	6,9	6,0	5,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	6,3	6,2	5,5	4,8	7,4	7,6	9,7	6,0	–	–	–	–
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	3,9	1,8	1,3	1,1	1,9	1,7	3,3	2,3	3,9	3,7	3,1	3,2
OECD	3,5	2,0	1,7	0,8	1,9	1,6	2,4	2,7	3,9	3,5	3,4	3,6
IWF	3,9	1,8	1,2	0,5	1,9	1,7	2,3	2,0	4,0	2,8	3,1	3,2
<b>Estland</b>												
EU-KOM	11,2	7,1	2,7	4,3	4,4	6,7	9,5	5,1	5,9	4,7	6,0	6,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	11,2	7,1	3,0	3,7	4,4	6,6	9,8	4,7	–	–	–	–
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	12,2	10,3	3,8	2,5	6,6	10,1	15,8	8,5	6,8	6,0	6,4	6,9
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	11,9	10,2	3,6	0,5	6,5	10,1	15,3	9,2	–	–	–	–
<b>Litauen</b>												
EU-KOM	7,7	8,8	6,1	3,7	3,8	5,8	10,1	7,2	5,6	4,3	4,5	4,8
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,7	8,8	6,5	5,5	3,8	5,8	8,3	6,1	–	–	–	–
<b>Polen</b>												
EU-KOM	6,2	6,5	5,3	5,0	1,3	2,6	4,3	3,4	13,8	9,6	7,1	6,1
OECD	6,2	6,5	5,6	5,2	1,3	2,3	3,6	4,2	13,8	9,7	8,4	7,7
IWF	6,2	6,5	4,9	4,5	1,0	2,5	4,1	3,8	–	–	–	–
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	7,9	6,0	6,2	5,1	6,6	4,9	7,6	4,8	7,3	6,4	6,1	5,9
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,9	6,0	5,4	4,7	6,6	4,8	7,0	5,1	–	–	–	–
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	4,1	2,6	2,2	1,8	1,5	1,7	2,4	1,9	7,0	6,1	6,2	6,5
OECD	4,5	3,4	3,2	2,6	1,4	1,9	2,5	2,6	5,3	4,6	3,8	3,6
IWF	4,1	2,6	2,0	1,7	1,5	1,7	2,8	2,1	7,0	6,1	6,6	7,1
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	8,5	10,4	7,0	6,2	4,3	1,9	3,8	3,2	13,4	11,1	9,8	9,3
OECD	8,3	9,3	7,3	6,9	4,5	2,7	3,2	2,8	13,3	11,0	10,1	9,4
IWF	8,5	10,4	6,6	5,6	4,4	2,8	3,6	3,8	–	–	–	–
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	6,4	6,5	4,7	5,0	2,1	3,0	6,2	2,7	7,1	5,3	4,5	4,4
OECD	6,4	6,1	4,6	4,9	2,6	2,7	4,6	3,1	7,2	5,4	5,0	4,7
IWF	6,4	6,5	4,2	4,6	2,5	2,8	6,0	3,5	–	–	–	–
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	3,9	1,3	1,9	3,2	4,0	7,9	6,3	3,7	7,5	7,4	8,3	7,8
OECD	3,9	1,8	2,6	3,8	3,9	7,8	4,7	3,4	7,5	7,3	7,2	7,1
IWF	3,9	1,3	1,8	2,5	3,9	7,9	5,9	3,5	–	–	–	–

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, April 2008.

Stand: April 2008.



## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Deutschland</b>												
EU-KOM	-1,6	0,0	-0,5	-0,2	67,6	65,0	63,1	61,6	5,2	6,9	7,2	7,3
OECD	-1,6	0,0	0,1	0,3	67,5	64,5	62,8	60,9	4,9	6,0	6,0	6,0
IWF	-1,6	0,0	-0,7	-0,4	66,0	63,2	62,4	61,9	5,0	5,6	5,2	4,9
<b>USA</b>												
EU-KOM	-2,6	-3,0	-5,0	-5,9	-	-	-	-	-6,1	-5,1	-5,0	-4,0
OECD	-2,6	-2,8	-3,4	-3,5	-	-	-	-	-6,2	-5,6	-5,4	-5,3
IWF	-2,6	-2,5	-4,5	-4,2	60,1	60,8	63,2	66,5	-6,2	-5,3	-4,3	-4,2
<b>Japan</b>												
EU-KOM	-1,4	-1,6	-1,9	-2,7	-	-	-	-	3,9	4,8	5,1	5,0
OECD	-2,9	-3,4	-3,8	-3,4	-	-	-	-	3,9	4,7	4,8	5,2
IWF	-3,8	-3,4	-3,4	-3,3	194,7	195,5	197,5	196,0	3,9	4,9	4,0	3,9
<b>Frankreich</b>												
EU-KOM	-2,4	-2,7	-2,9	-3,0	63,6	64,2	64,4	65,1	-2,2	-2,6	-2,9	-3,0
OECD	-2,6	-2,5	-2,6	-2,6	64,1	65,1	66,2	67,2	-1,3	-1,3	-2,2	-2,3
IWF	-2,5	-2,4	-2,8	-3,0	64,1	64,0	64,6	65,6	-1,3	-1,3	-2,4	-2,5
<b>Italien</b>												
EU-KOM	-3,4	-1,9	-2,3	-2,4	106,5	104,0	103,2	102,6	-2,0	-1,7	-2,0	-2,0
OECD	-4,5	-2,2	-2,3	-2,0	106,7	105,0	104,2	102,9	-2,6	-2,0	-2,1	-2,2
IWF	-3,4	-1,9	-2,5	-2,5	106,5	104,0	103,6	104,0	-2,6	-2,2	-2,4	-2,3
<b>Großbritannien</b>												
EU-KOM	-2,6	-2,9	-3,3	-3,3	43,1	43,8	45,6	48,2	-3,9	-4,2	-3,2	-3,2
OECD	-2,8	-2,9	-3,4	-2,7	44,0	44,7	46,3	47,1	-3,1	-2,9	-3,1	-3,5
IWF	-2,6	-3,0	-3,1	-3,2	43,0	43,0	43,5	43,5	-3,9	-4,9	-4,8	-4,4
<b>Kanada</b>												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	1,0	1,3	0,7	0,6	-	-	-	-	1,6	1,9	1,8	1,6
IWF	1,0	1,0	0,1	0,0	73,5	68,4	66,2	63,8	1,6	0,9	-0,9	-1,2
<b>Euroraum</b>												
EU-KOM	-1,3	-0,6	-1,0	-1,1	68,5	66,4	65,2	64,3	-0,2	0,0	-0,1	-0,1
OECD	-1,6	-0,7	-0,7	-0,6	68,7	66,9	65,8	64,5	0,0	0,2	-0,1	-0,2
IWF	-1,4	-0,6	-1,1	-1,1	68,6	66,3	65,4	64,8	-0,1	-0,2	-0,7	-0,9
<b>EU-27</b>												
EU-KOM	-1,4	-0,9	-1,2	-1,3	61,3	58,7	58,9	58,4	-0,9	-0,9	-0,9	-0,9

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007 und Februar 2008 (nur für Staatsschuldenquote).

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, April 2008.

Stand: April 2008.

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Belgien</b>												
EU-KOM	0,3	-0,2	-0,4	-0,6	88,2	84,9	81,9	79,9	3,3	3,3	2,7	2,5
OECD	0,2	-0,2	-0,4	-0,2	88,1	85,3	82,9	80,7	2,7	2,6	2,9	2,7
IWF	0,4	-0,1	-0,3	-	88,1	-	-	-	2,7	3,2	2,9	2,8
<b>Finnland</b>												
EU-KOM	4,1	5,3	4,9	4,6	39,2	35,4	31,9	29,1	4,9	4,4	3,4	3,2
OECD	3,7	4,0	4,4	4,2	39,1	36,8	35,2	32,2	5,1	6,0	6,1	5,8
IWF	4,1	5,3	5,0	-	39,2	-	-	-	4,6	4,6	3,8	3,9
<b>Griechenland</b>												
EU-KOM	-2,6	-2,8	-2,0	-2,0	95,3	94,5	92,4	90,2	-14,4	-16,2	-16,2	-16,2
OECD	-2,8	-2,9	-2,0	-2,0	95,3	93,2	90,3	87,5	-11,1	-11,9	-11,7	-11,5
IWF	-2,5	-2,7	-1,6	-	95,3	-	-	-	-11,0	-13,9	-13,9	-14,1
<b>Irland</b>												
EU-KOM	3,0	0,3	-1,4	-1,7	25,1	25,4	26,9	28,8	-4,2	-5,0	-4,8	-4,7
OECD	2,9	2,2	1,0	0,2	25,0	24,9	25,7	25,6	-4,2	-4,0	-3,0	-2,8
IWF	2,9	0,5	-1,3	-	25,0	-	-	-	-4,2	-4,5	-3,2	-2,9
<b>Luxemburg</b>												
EU-KOM	1,3	2,9	2,4	2,3	6,6	6,8	7,4	7,6	10,3	9,1	6,2	6,3
OECD	0,7	1,2	1,0	1,7	6,6	9,3	12,2	14,6	10,3	11,0	10,1	9,6
IWF	0,7	1,1	0,0	-	4,6	-	-	-	10,3	9,5	8,2	7,3
<b>Malta</b>												
EU-KOM	-2,5	-1,8	-1,6	-1,0	64,2	62,6	60,6	58,8	-8,3	-5,5	-5,9	-5,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	-2,7	-2,7	-	64,3	-	-	-	-6,7	-6,2	-6,1	-5,8
<b>Niederlande</b>												
EU-KOM	0,5	0,4	1,4	1,8	47,9	45,4	42,4	39,0	7,6	8,4	9,0	10,0
OECD	0,5	-0,1	0,6	1,1	47,9	46,5	44,7	42,3	8,6	6,9	6,5	6,3
IWF	0,6	-	-	-	48,0	-	-	-	8,3	6,6	5,9	5,6
<b>Österreich</b>												
EU-KOM	-1,5	-0,5	-0,7	-0,6	61,8	59,1	57,7	56,8	3,5	4,7	5,0	5,2
OECD	-1,5	-0,8	-0,6	-0,2	61,7	60,4	59,4	58,0	3,2	4,7	4,9	5,5
IWF	-1,5	-0,8	-0,8	-	61,7	-	-	-	2,4	2,7	2,9	2,9
<b>Portugal</b>												
EU-KOM	-3,9	-2,6	-2,2	-2,6	64,7	63,6	64,1	64,3	-9,8	-9,8	-10,1	-9,4
OECD	-3,9	-3,0	-2,4	-1,5	64,8	65,5	65,8	65,5	-9,4	-8,1	-8,2	-7,9
IWF	-3,9	-3,0	-2,4	-	64,7	-	-	-	-9,4	-9,4	-9,5	-9,5
<b>Slowenien</b>												
EU-KOM	-1,2	-0,1	-0,6	-0,6	27,2	24,1	23,4	22,5	-2,8	-4,8	-4,9	-4,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,8	-0,1	-0,6	-	27,5	-	-	-	-2,8	-4,8	-4,8	-4,9
<b>Spanien</b>												
EU-KOM	1,8	2,2	0,6	0,0	39,7	36,2	35,3	35,2	-8,8	-10,0	-11,0	-11,2
OECD	1,8	1,9	1,5	1,3	39,7	35,8	32,9	30,4	-8,6	-9,8	-10,0	-10,1
IWF	1,8	2,2	0,5	-	39,8	-	-	-	-8,6	-10,1	-10,5	-10,3
<b>Zypern</b>												
EU-KOM	-1,2	3,3	1,7	1,8	64,8	59,8	47,3	43,2	-5,9	-7,3	-8,5	-8,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,2	1,4	0,3	-	64,8	-	-	-	-5,9	-7,1	-7,7	-7,1

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007 und Februar 2008 (nur für Staatsschuldenquote).

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, April 2008.

Stand: April 2008.

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009
<b>Bulgarien</b>												
EU-KOM	3,0	3,4	3,2	3,2	22,7	18,2	14,1	10,8	-16,3	-22,0	-21,2	-20,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,5	3,7	3,7	-	24,6	-	-	-	-15,6	-21,4	-21,9	-18,9
<b>Dänemark</b>												
EU-KOM	4,8	4,4	3,9	2,9	30,4	26,0	21,7	18,4	2,6	1,1	0,9	1,1
OECD	4,7	4,8	3,8	3,0	30,3	25,6	21,8	19,0	2,4	1,2	1,0	0,7
IWF	4,9	4,5	3,6	-	30,3	-	-	-	2,7	1,1	0,7	1,3
<b>Estland</b>												
EU-KOM	3,4	2,8	0,4	-0,7	4,2	3,4	3,4	3,5	-15,7	-15,7	-11,2	-9,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,3	2,9	0,0	-	4,0	-	-	-	-15,5	-16,0	-11,2	-11,2
<b>Lettland</b>												
EU-KOM	-0,2	0,0	-1,1	-2,1	10,7	9,7	10,0	11,2	-22,5	-22,9	-17,7	-15,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,4	0,7	0,3	-	9,9	-	-	-	-22,3	-23,3	-15,0	-10,5
<b>Litauen</b>												
EU-KOM	-0,5	-1,2	-1,7	-1,5	18,2	17,3	17,0	16,8	-10,5	-13,8	-12,3	-11,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,5	-1,9	-1,2	-	18,2	-	-	-	-10,8	-13,0	-10,5	-8,8
<b>Polen</b>												
EU-KOM	-3,8	-2,0	-2,5	-2,6	47,6	45,2	44,5	44,1	-3,1	-3,7	-4,6	-5,5
OECD	-3,8	-2,8	-3,2	-3,0	47,6	47,5	47,9	47,5	-3,2	-4,9	-5,7	-6,2
IWF	-4,0	-2,6	-2,9	-	47,6	-	-	-	-3,2	-3,7	-5,0	-5,7
<b>Rumänien</b>												
EU-KOM	-2,2	-2,5	-2,9	-3,7	12,4	13,0	13,6	14,9	-10,4	-13,9	-16,1	-16,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,5	-2,3	-1,7	-	12,4	-	-	-	-10,4	-13,9	-14,5	-13,0
<b>Schweden</b>												
EU-KOM	2,3	3,5	2,7	2,3	45,9	40,6	35,5	31,9	8,5	6,5	5,9	5,6
OECD	2,3	2,9	3,1	3,1	47,0	39,5	34,2	29,1	7,1	7,0	6,7	6,8
IWF	2,3	3,2	2,1	-	45,9	-	-	-	8,5	8,3	6,4	6,7
<b>Slowakei</b>												
EU-KOM	-3,6	-2,2	-2,0	-2,3	30,4	29,4	29,2	29,7	-7,7	-5,4	-4,0	-3,1
OECD	-3,7	-2,6	-2,3	-1,8	30,9	34,6	36,4	37,2	-8,3	-4,1	-3,0	-1,8
IWF	-3,7	-2,2	-2,0	-	30,4	-	-	-	-7,1	-5,3	-5,0	-4,7
<b>Tschechien</b>												
EU-KOM	-2,7	-1,6	-1,4	-1,1	29,4	28,7	28,1	27,2	-3,1	-2,4	-2,9	-2,6
OECD	-2,9	-3,7	-3,1	-2,5	30,2	30,9	30,6	30,8	-3,1	-2,9	-1,5	-0,6
IWF	-2,9	-2,8	-2,2	-	30,1	-	-	-	-3,1	-2,5	-3,0	-2,8
<b>Ungarn</b>												
EU-KOM	-9,2	-5,5	-4,0	-3,6	65,6	66,0	66,5	65,7	-6,5	-5,0	-4,4	-3,9
OECD	-9,3	-6,4	-4,3	-3,5	65,6	68,1	69,3	69,2	-6,5	-4,6	-3,8	-3,5
IWF	-9,2	-5,8	-4,0	-	65,6	-	-	-	-6,5	-5,6	-5,5	-5,1

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, April 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2007 und Februar 2008 (nur für Staatsschuldenquote).

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2008 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, April 2008.

Stand: April 2008.







**HERAUSGEBER:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT  
WILHELMSTRASSE 97  
10117 BERLIN  
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
ODER  
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

**REDAKTION:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT  
[REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE](mailto:REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE)  
BERLIN, MAI 2008

**SATZ UND GESTALTUNG:**

HEIMBÜCHEL PR,  
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,  
BERLIN/KÖLN

**DRUCK:**

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

**BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES**

**BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:**

TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90<sup>1</sup>

PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup> JEWEILS 0,12 €/MIN. AUS DEM FESTNETZ DER T-COM, ABWEICHENDE  
PREISE AUS ANDEREN NETZEN MÖGLICH.

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.